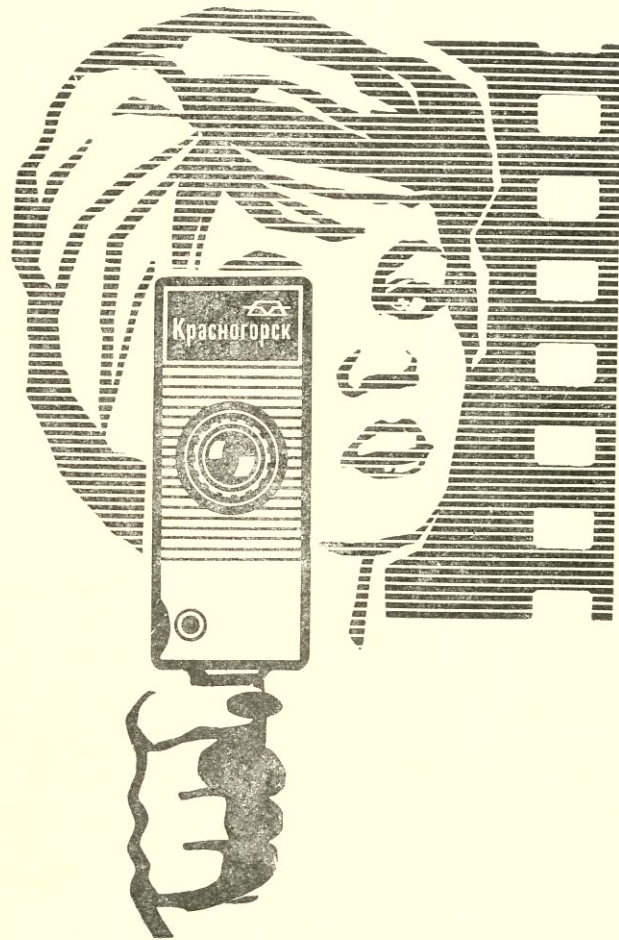


Unbegrenzte Möglichkeiten,
vielerlei sehenswerte Filme zu kurbeln



Filmapparate für Amateure
voll- und halbautomatische Kameras,
Universal-Vorführapparate

*Besuchen Sie unsere Stände
auf der Leipziger Herbstmesse!*



V/O MASHPRIBORINTORG,
UdSSR, Moskau

На немецком языке

NEUE ZEIT

Stärke und Schwächen

der lateinamerikanischen Arbeiterklasse

Marschall Sudez: Zum Jahrestag der Befreiung Rumäniens

Die atlantischen Ränke gegen Frankreich

Eine krankende Gesellschaft

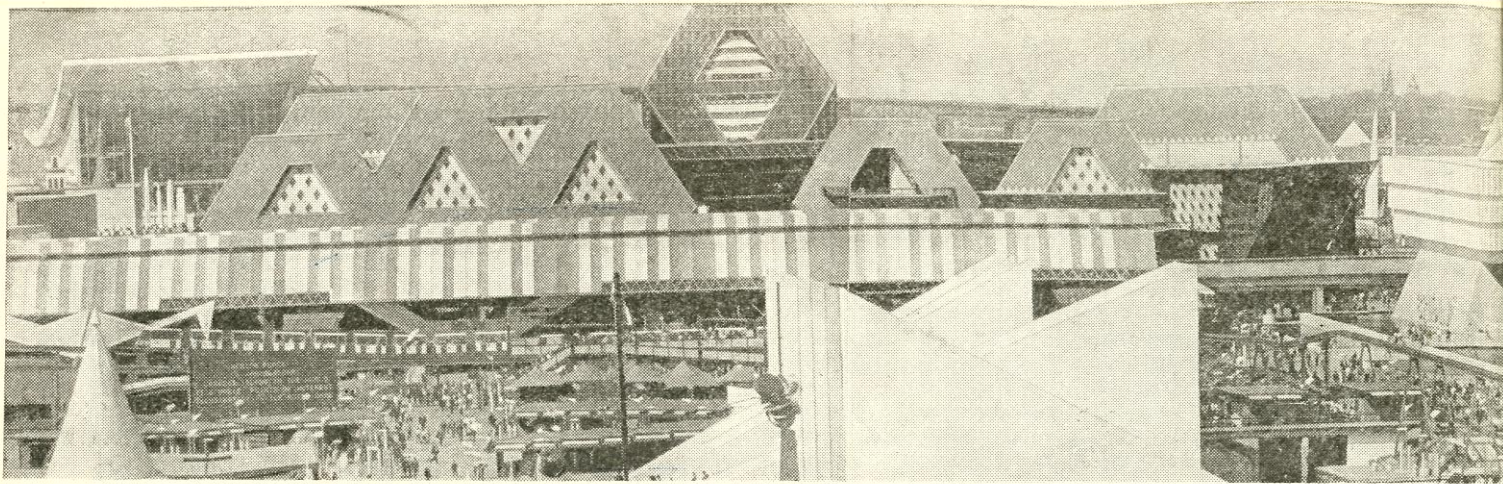
Ein Wunder des 20. Jahrhunderts

34

23. AUGUST

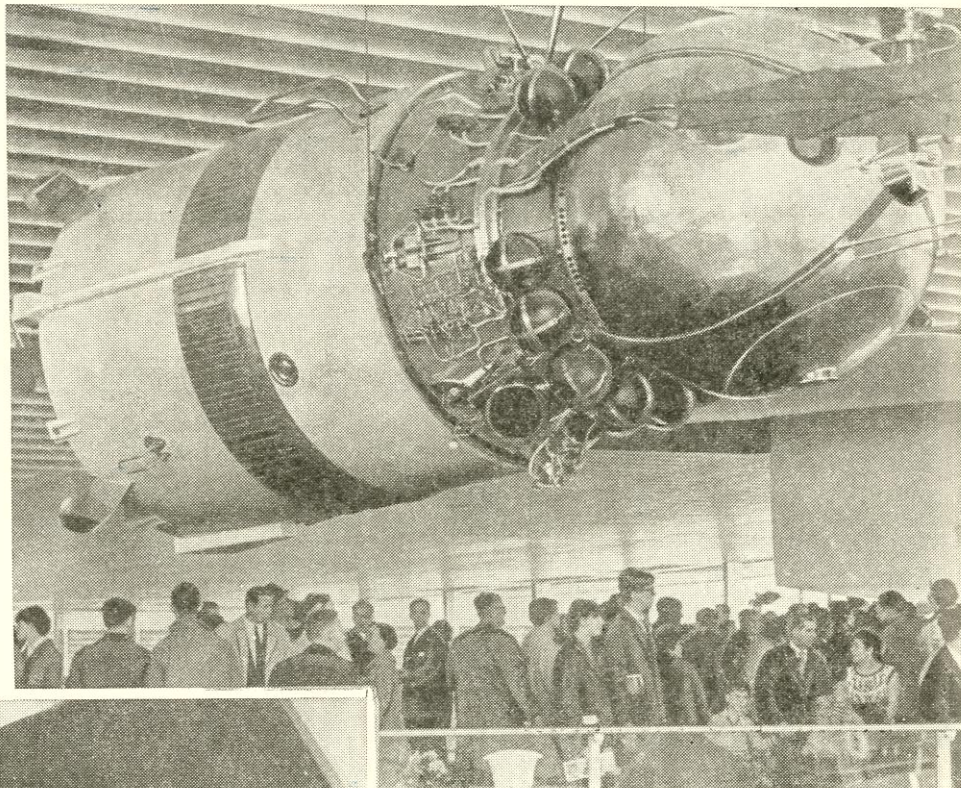
1967

WOCHENSCHRIFT FÜR WELTPOLITIK



EXPO 67

Gesamtansicht (oben); Raumschiff Wostok in der sowjetischen Halle (rechts); turkmenische Darbietungen vor der sowjetischen Halle; eine kanadische Familie auf der Ausstellung (unten)



NEUE ZEIT

Nr. 34

23. August 1967
Wochenschrift für Weltpolitik
Verlag der Zeitung „Trud“
Moskau

25. Jahrgang

Erscheint in russischer,
deutscher, englischer, französischer,
spanischer, polnischer und tschechischer
Sprache.

Sämtliche Ausgaben
entsprechen der russischen.
Russisch am 18. August erschienen.

In diesem Heft:

Observator – Stärke und Schwächen der lateinamerikanischen Arbeiterklasse	1
Luftmarschall W. Sudez – Die Operation im Raum Iaşi-Kischinew	4
L. Widjassowa – Die atlantischen Ränke gegen Frankreich	7
J. Rubinin – Die Sowjetrepublik und die Ostvölker	10
W. Polonski – Das Pakistan unserer Tage	13
N. Schimmel – In Korea	15
I. O. – Was hinter den Pekinger Provokationen steckt	16
N. Sergejew – Eine krankende Gesellschaft	17
V. Bereshkow – Die Erde der Menschen	18
M. Kremnjow – Was in den von Israel annektierten Gebieten vorgeht	21
W. Rosen – Kleide dich gut!	22
I. Fessunenکو – Ein Wunder des 20. Jahrhunderts (Bericht aus Brasilia)	23
Internationale Umschau	26
W. Kassis und S. Swirin – Regen in Bangkok	28
J. Nemtschinski – Die Front im Dschungel (Bücherschau)	31
Biographisches: Fidel Sánchez Hernández	6
Leserbriefe	20, 30
Chronik	32

Stärke und Schwächen der lateinamerikanischen Arbeiterklasse

OBSERVATOR

Die in Prag erscheinende Zeitschrift der kommunistischen und Arbeiterparteien für Theorie und Information *Probleme des Friedens und des Sozialismus* brachte in ihrem Juliheft mehrere Aufsätze über Fragen der lateinamerikanischen Arbeiterbewegung. Diesen Aufsätzen liegen Diskussionsbeiträge von einem Seminar zugrunde, das die Redaktion vor einiger Zeit veranstaltete und dem die Vertreter der lateinamerikanischen kommunistischen Parteien in der Redaktion der genannten Zeitschrift wie auch einige Gewerkschaftsfunktionäre beiwohnten.

Auf dem Seminar wurde auch die Frage der Struktur des lateinamerikanischen Proletariats behandelt.

In Lateinamerika (mit Ausnahme von Mexiko und einigen Ländern im Süden des Kontinents) entwickelte sich die Arbeiterklasse hauptsächlich nach der Weltwirtschaftskrise 1929–1932, am stärksten jedoch nach dem zweiten Weltkrieg. Nach Schätzungen von F. Mieres, einem namhaften venezolanischen Ökonomen, beträgt die zahlenmäßige Stärke des städtischen Proletariats in Lateinamerika heute etwa 15 Millionen bei einer Gesamtbevölkerung von 250 Millionen. Die Gesamtzahl der in den Städten im Lohnverhältnis Stehenden unter Einschluß der Arbeiter und Angestellten der Dienstleistungssphäre wie auch einiger Kategorien von Staatsangestellten beläuft sich auf etwa 30 Millionen. In der Landwirtschaft sind weitere 15 Millionen Proletarier und Halbproletarier beschäftigt, sowohl Lohnarbeiter als auch solche, für die die Lohnarbeit die Hauptart der Tätigkeit darstellt.

Insgesamt macht das Land- und Stadtproletariat also fast 40 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung des Kontinents aus. Rechnet man die übrigen Lohnarbeiter in der Stadt hinzu, so zeigt sich, daß es sich um die Mehrheit der erwerbstätigen Bevölkerung handelt. Dabei wächst die städtische Bevölkerung viermal rascher als die ländliche und wird diese 1967 im gesamtkontinentalen Maßstab übertreffen.

Auf Grund dieser Tatsachen stellten die Seminarteilnehmer fest, daß das Proletariat in der lateinamerikanischen Gesellschaft eine bedeutende Macht darstellt, und zwar eine viel stärkere als in der überwiegenden Mehrheit der afro-asiatischen Länder. Zugleich ist der Kern der Arbeiterklasse Lateinamerikas, das Industrieproletariat, relativ klein (7 Millionen, d. h. nicht einmal ein Viertel aller Werktätigen des Kontinents).

Diese Besonderheit in der Struktur der Arbeiterklasse erklärt sich mit der frühen Urbanisierung Lateinamerikas, die lange vor dem Einsetzen seiner industriellen Entwicklung begann, wie auch mit den Faktoren, die seine Wirtschaft deformierten und sich unmittelbar auf seine Abhän-

gigkeit vom Yankee-Imperialismus und auf die Gewaltherrschaft der einheimischen Oligarchien zurückführen lassen. Daraus ergeben sich höchst komplizierte und schwer zu bewältigende sozialpolitische Probleme. Die Arbeiterklasse nimmt zahlenmäßig eine hervorragende Stellung ein und wächst ständig, doch im Gegensatz zur Lage in Europa während der bürgerlich-demokratischen Revolutionen ist ihre Rolle nicht größer, sondern geringer als ihr Anteil an der sozialen und wirtschaftlichen Struktur der Gesellschaft.

Gerade deswegen schreitet die Entwicklung der Arbeiterbewegung in den lateinamerikanischen Ländern trotz ihrer Erfolge im ganzen nur langsam voran. In der revolutionären Bewegung der meisten Länder Lateinamerikas äußert sich die Hegemonie der Arbeiterklasse und ihre Avantgarderolle viel weniger markant als in Europa.

Indessen hat sich, wie die Vertreter vieler kommunistischer Parteien feststellen, auf dem Kontinent eine Situation ergeben, die nicht eine Definition der gesamtgeschichtlichen Rolle der Arbeiterbewegung schlechthin erheischt, sondern eine Bestimmung der konkreten Rolle, die sie im gegebenen Augenblick spielen kann und muß.

Die Entwicklung des revolutionären Prozesses, insbesondere die kubanische Revolution, hat die Probleme, an deren Lösung die revolutionäre und die nationale Befreiungsbewegung auf dem Kontinent geht, auf eine neue Stufe gehoben. Wie die anderen fortschrittlichen Kräfte Lateinamerikas bedarf auch die Arbeiterklasse der Eroberung demokratischer Freiheiten und deren Festigung, durchgreifender sozialökonomischer Umbildungen, der Abschaffung der alten Produktionsverhältnisse, die immer noch in der Landwirtschaft bestehen, wie auch der Beseitigung der Gewaltherrschaft der bürgerlich-gutsherrlichen Oligarchie, die der Stützpfeiler der imperialistischen Unterjochung ist. Der Umbruch der alten Stützen wird eine noch größere Vertiefung des revolutionären Prozesses nach sich ziehen, in dessen Verlauf sich jedes Land des Kontinents vor die Frage der Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft gestellt sehen wird. Auf dem Seminar wurde festgestellt, daß am Aufbau dieser Gesellschaft zusammen mit den Kommunisten die Vertreter der anderen fortschrittlichen Gruppen und Strömungen teilnehmen werden, die um die Befreiung vom Imperialismus und von der Oligarchie kämpfen.

Alle diese Probleme werden jetzt vom Leben selbst aufgeworfen. Darum gewinnt die Diskussion über die Stellung der Arbeiterklasse in der

Revolution eine besondere Bedeutung. Es bedarf einer gründlichen Analyse, um die Ursachen der zeitweiligen Schwächen der lateinamerikanischen Arbeiterklasse aufzudecken. Nur dann kann das Proletariat jene führende Rolle in der jetzigen revolutionären Bewegung erringen, die den Sieg dieser Bewegung und die Erreichung der grundlegenden Ziele der Arbeiterklasse gewährleisten kann. Unter diesen Umständen tragen die kommunistischen Parteien als politische Avantgarde eine noch größere Verantwortung.

Das ist der Schluß, zu dem die Teilnehmer des Seminars gekommen sind. Sie halten es für irrig und falsch, die Lage in der Arbeiter- und der Gewerkschaftsbewegung Lateinamerikas in rosigem Licht darzustellen. Es wurde ja früher oft so hingestellt, als ob die Arbeiterklasse automatisch und immer „in der Vorhut schreitet“. Daraus wurde geschlossen, daß man vor allem unter den anderen Gesellschaftsschichten arbeiten müsse, die an der Revolution teilnehmen: unter der Bauernschaft, dem städtischen Kleinbürgertum und der sogenannten nationalen Bourgeoisie.

In diesem Fall wurden die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der historischen Entwicklung und die konkrete Situation nicht auseinandergehalten, und an die Stelle der konkreten Analyse trat die Konstatierung philosophischer Leitsätze. Als bereits existent wurde das erklärt, was noch errungen werden muß. Indessen hängt die Perspektive sozialer Umbildungen in den allermeisten Ländern Lateinamerikas vor allem davon ab, daß die Schwächen der Arbeiterbewegung überwunden werden. Damit man sie überwinden kann, muß man sie aber vor allem erkennen und analysieren.

In erster Linie muß dabei festgestellt werden, wie das lateinamerikanische Proletariat beschaffen ist. Auf dem Seminar wurden dazu sehr bedeutsame Hinweise gegeben.

Der stürmische Zustrom neuer Kontingente von Werktätigen in den Jahren 1940–1955 ließ den alten Arbeiterkern gleichsam verwittern. Gerade der neuen Kontingente des Proletariats bedienen sich die reformistische Bourgeoisie und die proimperialistischen Oligarchenregimes, die sich einige demagogische Tricks zu eigen gemacht haben. Die neuen, noch nicht im Feuer der Klassenkämpfe gestählten Kolonnen der Arbeiterklasse gerieten unter den Einfluß der reaktionären Kreise und der sozialen Demagogen und zeigten sich daher nicht gewillt, denen zu folgen, die sie zum Kampf, zu einer wirklichen Revolution aufriefen.

In vielen Ländern Lateinamerikas wirkte sich

auf die Arbeiterbewegung auch der Umstand aus, daß sich Entstehung, Formierung und Entwicklung des Proletariats inmitten einer Masse von Halbproletariern, Lumpenproletariern und Kleinbürgern vollzogen, die es ihrer zahlenmäßigen Stärke nach um ein Vielfaches übertrafen. Ferner fiel ins Gewicht, daß es der Arbeiterklasse in Lateinamerika immer noch besser geht als den unterdrückten Massen des Dorfes. Viele von denen, die erst unlängst vom Lande in die Stadt gekommen sind und ständige Arbeit gefunden haben, sind überzeugt, ihre soziale und wirtschaftliche Lage gründlich verbessert und sozusagen ihre „individuelle Revolution“ vollbracht zu haben.

Natürlich bedeutet das nicht, daß alle solche Elemente politisch träge seien. Sie haben mit eigenen sehr ernststen Problemen zu kämpfen: der drohenden Arbeitslosigkeit, der Unterernährung, der Wohnungsnot. Die Lage dieser Schichten der Werktätigen wird angesichts der jetzigen Stagnation der Wirtschaft immer schwieriger. In einigen Ländern Lateinamerikas haben sich gerade diese halbproletarischen Bevölkerungsschichten, die sich durch wachsenden Protestgeist und leichte „Entflammbarkeit“ auszeichnen, als ein höchst wichtiges revolutionäres Element erwiesen.

Die soziale Mentalität dieser Schichten des Proletariats ist jedoch labil, und sie fallen leicht aus einem Extrem ins andere. Revolutionäre Strömungen, die auf dieser Grundlage entstehen, neigen oft zum Abenteuerertum.

In der Aussprache wurden Beispiele angeführt, in denen Träger solcher linksradikalistischen Tendenzen unmittelbar mit antikommunistischen Kräften zusammenhingen, die an der Spaltung der revolutionären Reihen interessiert sind. In anderen Fällen, wurde auf dem Seminar erklärt, entspricht die Haltung dieser Leute „den Hegemoniegelüsten dieser oder jener politischen Gruppe“. Schließlich sind solche Tendenzen manchmal auch eine Reaktion der Verzweiflung darüber, daß sich der revolutionäre Prozeß auf dem Kontinent nicht schnell und leicht entwickelt.

Vertreter der letztgenannten Spielart der „Linksradikalen“ behaupten, die Arbeiterklasse sei in Lateinamerika nicht imstande, die Revolution zu leiten, und an ihre Spitze müßten die Studentenschaft, die Bauernschaft und das städtische Halbproletariat treten. Praktisch stellen solche Leute die Massen vor die Alternative: Entweder sofortiger bewaffneter

Kampf oder gar kein Kampf. Damit engen sie das reiche Arsenal der mannigfaltigen Kampfmittel und -methoden ein, die die Völker Lateinamerikas gerade jetzt besonders benötigen, da der amerikanische Imperialismus die Lehren aus den Erfahrungen der kubanischen Revolution gezogen hat und da der revolutionäre Prozeß in Lateinamerika, der einen mächtigen Impuls erhalten hat, komplizierter geworden ist.

Behauptungen, die Arbeiterklasse sei nicht fähig, im revolutionären Prozeß die Führung auszuüben, halten keiner Kritik stand. Der Kampf der Völker Lateinamerikas gegen den USA-Imperialismus und die einheimische Reaktion setzt voraus, daß die Hauptmassen des Proletariats aktiv an ihm teilnehmen, sonst können die antiimperialistischen Kräfte nicht siegen. Die Konsolidierung einer siegreichen Revolution und ihr Hinüberwachsen in eine sozialistische Revolution sind ohne die führende Rolle der Arbeiterklasse unmöglich.

Diese Wahrheit wird nicht nur durch die Erfahrungen der Arbeiterbewegung, sondern auch durch die Geschichte Lateinamerikas bestätigt. In den Ländern des Kontinents, in denen die Arbeiterklasse nicht imstande war, die führende Rolle zu spielen, waren die revolutionären Prozesse infolge der Umtriebe des Imperialismus und der versöhnlerischen Bourgeoisie zum Abklingen oder zur Deformation verurteilt. Davon zeugten die Vorgänge in Chile, Bolivien, Brasilien und Venezuela während der vierziger und fünfziger Jahre. In noch stärkerem Maße offenbart sich diese Gesetzmäßigkeit auf dem Kontinent heute.

Aus diesen Gründen verwiesen die Teilnehmer des Seminars auf die gewaltige Wichtigkeit, die die Kristallisierung des Klassen- und des revolutionären Bewußtseins des lateinamerikanischen Proletariats hat. Die hierauf abzielende Arbeit der fortschrittlichen Kräfte ist eng verbunden mit der Organisation des tagtäglichen Kampfes des Proletariats gegen den Yankee-Imperialismus und seine Verbündeten in den einzelnen Ländern. Und diesen Kampf führt das Proletariat in einem engen Bündnis mit den anderen Kräften, die an der Revolution teilnehmen, unter Einsatz der verschiedenartigsten Mittel und Methoden.

Die Überwindung der zeitweiligen Schwächen der Arbeiterbewegung ist ein wichtiges und kompliziertes Problem, vor dem die fortschrittlichen Kräfte Lateinamerikas stehen.

Zum 23. Jahrestag der Befreiung Rumäniens



W. A. Sudez.
Rumänien, 1944

Am 23. August begeht das rumänische Volk den 23. Jahrestag seiner Befreiung vom faschistischen Joch. An den damit zusammenhängenden Ereignissen, auf die hier eingegangen werden soll, war ich als Befehlshaber der 17. Luftarmee (3. Ukrainische Front) beteiligt.

Im Frühjahr 1944 hatten die Truppen der 2. Ukrainischen Front im Zuge der Befreiung der Ukraine rechts des Dnepr den Dnestr und den Pruth überschritten und das nördliche Moldaugebiet sowie Nordostrumänien erreicht, während die Truppen der 3. Ukrainischen Front zum Dnestr vorgestoßen waren. Das Oberkommando hatte verfügt, den sowjetischen Vormarsch zeitweilig einzustellen.

Zu jener Zeit verhandelten in Kairo Vertreter der Sowjetunion, der USA und Englands über die Bedingungen des Waffenstillstands mit Rumänien. Am 12. April überreichte ein sowjetischer Vertreter dem rumänischen Delegationsleiter die vereinbarten Bedingungen.

DIE OPERATION IM RAUM IASI—KISCHINEW

Luftmarschall
Wladimir SUDEZ

Um Zeitgewinn bemüht, beeilte die Regierung Antonescu sich nicht mit der Antwort. Im Mai 1944 suchten deutsche und rumänische Truppen immer noch, die Verbände der 3. Ukrainischen Front von den Brückenköpfen zurückzudrängen, die sie sich am rechten Dnestr-Ufer bei Tiraspol und Bendery geschaffen hatten, und Ende Mai unternahm der Gegner aus dem Raum Iasi eine Großoffensive gegen die 2. Ukrainische Front. Diese Operationen hatten jedoch keinen Erfolg.

Das nazistische OKW hatte im Frühjahr 1944 einen Vorstoß der sowjetischen Truppen im Süden erwartet und an diesem Schwerpunkt über 40 deutsche Divisionen und starke Verbände der Luftwaffe konzentriert. Wie Generaloberst Jodl, damals Chef des Wehrmachtführungsstabes, angab, erklärte Hitler im Frühjahr 1944, er wolle lieber die belorussischen Wälder als das rumänische Erdöl verlieren. Binnen kurzem hatte die Wehrmacht jedoch beides eingebüßt.

Im Sommer 1944 unternahmen die sowjetischen Truppen Großoffensiven in Belorussland und in der Westukraine. Sie rückten 500—600 Kilometer nach Westen vor, erreichten die Grenze Ostpreußens und Warschau und schufen sich im Raum Sandomierz einen großen Brückenkopf am linken Ufer der Wisla. Mitte Juli gingen die Leningrader und die Baltische Front in die Offensive. Mehrere allgemeine und Panzerarmeen sowie einzelne Verbände der 2. und der 3. Ukrainischen Front, darunter solche der Luftstreitkräfte, wurden auf Weisung des sowjetischen Oberkommandos im Frühjahr eingesetzt, um unsere Truppen am Zentralschwerpunkt, in Belorussland und in der Westukraine, zu verstärken.

Das OKW war genötigt, an diesen Schwerpunkt mehrere Dutzend Divisionen von anderen Abschnitten der sowjetisch-deutschen Front zu verlegen,

um die Katastrophe in der Hauptstoßrichtung — Berlin und Warschau — abzuwenden. Es wurden namentlich elf Divisionen aus der deutschen Heeresgruppe Südukraine abgezogen, unter ihnen mehrere Panzerdivisionen wie auch ein beträchtlicher Teil der dortigen Luftwaffenverbände.

Das OKW hielt es für ausgeschlossen, daß die Sowjetarmee im Sommer 1944 Offensivoperationen in Richtung Iasi—Kischinew unternehmen könnte. Diesen irreparablen Fehler bei der Einschätzung der Lage und der Möglichkeiten der sowjetischen Streitkräfte mußte es im August mit schweren Verlusten büßen.

Im Raum von den nordöstlichen Karpatenausläufern bis zum Schwarzen Meer hatte der Gegner gegen die Truppen unserer beiden Fronten 52 Divisionen und Brigaden mit rund 900 000 Mann stehen. Gegen die 2. Ukrainische Front (Befehlshaber Armeegeneral R. J. Malinowski) waren an einem Abschnitt von 340 Kilometer 29 Divisionen und Brigaden eingesetzt.

Die 3. Ukrainische Front (Befehlshaber Armeegeneral F. I. Tolbuchin) hatte an ihrem 270 Kilometer breiten Abschnitt 23 Divisionen des Gegners vor sich, darunter 14 deutsche. Die stärkste Gruppe stand ihr am Schwerpunkt Kischinew entgegen, wo namentlich die 6. deutsche Armee stand. Diese Armee war nach ihrer Zerschlagung und Gefangennahme bei Stalingrad und ihrer nochmaligen Aufreißung im Frühjahr 1944 während der Schlachten in der Ukraine rechts des Dnepr von der Naziführung zum drittenmal aufgestellt worden. Auch diesmal war ihr die totale Vernichtung beschieden.

Die Truppen unserer beiden Fronten

hatten eine vorteilhafte Stellung bezogen, die die in der Kischinewer Ausbuchtung stehende große Feindgruppe im Halbkreis umfaßte. Wir waren dem Gegner an Divisionen, Panzern, Geschützen, Flugzeugen und Mannschaften überlegen. Hinzu kam unsere große moralisch-politische Überlegenheit über die Kräfte der feindlichen Koalition.

Zu jener Zeit hatten sich die Beziehungen zwischen der Militär- und Staatsführung Rumäniens und Deutschlands beträchtlich zugespitzt. Die herrschende Schicht des Königreichs Rumänien verstand, daß ihr nach den Fehlschlägen und schweren Verlusten an der Front von 1942 bis 1944 die Vergeltung für die auf sowjetischem Boden begangenen Missetaten drohte. Sie forderte von Hitler verstärkte militärische Hilfe und erhob Einspruch dagegen, daß ein Teil der Nazitruppen an andere Abschnitte verlegt wurde. Selbst Antonescu, der sich „den ersten Soldaten Deutschlands“ genannt hatte, äußerte nach seiner letzten Begegnung mit Hitler (August 1944) dem Befehlshaber der Heeresgruppe Südukraine, General Frießner, gegenüber seine Unzufriedenheit mit der Rumänienpolitik Deutschlands.

Ein Teil der rumänischen Spitzenschicht, der von dem stellvertretenden Ministerpräsidenten geleitet wurde, führte mit Wissen König Mihais in Kairo Verhandlungen mit Vertretern Englands und der USA über ein Luftlandeunternehmen der Alliierten in Rumänien, um sich die Macht im Lande zu bewahren. Vor Antonescu wurden diese Verhandlungen geheimgehalten.

Sehr zugespitzt hatten sich die Beziehungen zwischen der herrschenden Schicht Rumäniens und der Ungarns. Ungarn hielt seine Truppen an seiner Grenze und lehnte es ab, sie nach Rumänien zu schicken. Bukarest war auch mit der Politik der bulgarischen Regierung unzufrieden, die sich nicht entschlossen hatte, Truppen an die sowjetisch-deutsche Front zu schicken.

Doch das Wichtigste war, daß das rumänische Volk, die rumänischen Soldaten ihre korrupten Staatsmänner haßten und daß unter dem größten Teil des Offizierskorps, das des Krieges und der Mißerfolge müde war, defätistische Stimmungen um sich griffen. Die Armeegruppe des deutschen Generals Wöhler (der übrigens seine Truppen im Frühjahr 1944 bei Korsun-Schewtschenkowski im Stich gelassen hatte) bestand zu 70 Prozent aus rumänischen Divisionen, die Armeegruppe des rumänischen Generals Dumitrescu aber zu 70 Prozent aus deutschen Divisionen:

Die Deutschen hatten kein Vertrauen zu ihren rumänischen Verbündeten.

Ende Juli wurden die Befehlshaber der 2. und der 3. Ukrainischen Front, die Armeegenerale Malinowski und Tolbuchin, ins Hauptquartier des Oberkommandos berufen, wo die Vorbereitungen zur Operation Iasi—Kischinew besprochen wurden.

Am 2. August erhielten die Fronten die Direktive des Hauptquartiers zur Operation. In dieser Direktive wurden der 2. und der 3. Ukrainischen Front die Aufgabe gestellt, die Gruppe des Gegners im Raum Iasi—Kischinew—Bendery zu schlagen, worauf die 2. Ukrainische Front die Offensive nach Süden längs der Karpatenausläufer gegen Focşani und die 3. Ukrainische Front den Vorstoß gegen Ismail und Galaţi fortsetzen sollte.

Im Raum Huşi—Fälciu sollten beide Fronten die Kischinewer Gruppe des Gegners östlich des Pruth einschließen und zerschlagen, ohne ihr die Möglichkeit zu geben, über den Pruth auf Focşani zurückzufallen. Die 3. Ukrainische Front sollte ferner die 3. rumänische Armee umzingeln und schlagen, die sich längs des Dnestr (südlich von Bendery) bis zum Schwarzen Meer verteidigte, und verhindern, daß sie hinter Pruth und Donau zurückwich.

Mit der Vorbereitung dieses Unternehmens wurde ein sehr kleiner Kreis führender Offiziere der Fronten und Armeen betraut. Schriftliche Direktiven und Befehle erhielten die Truppen erst zwei bis drei Tage vor Beginn des Unternehmens, den Divisionen und Regimentern wurden die Kampfaufgaben am Vorabend der Operation, am 18. und 19. August, gestellt.

In kurzer Zeit wurde, ohne daß man es den Feind merken ließ, an den Hauptstoßrichtungen, an denen die Verteidigung des Gegners durchbrochen werden sollte, das Gros der Kräfte beider Fronten konzentriert. Diese Maßnahmen wurden sehr geschickt unter Anwendung von Maßnahmen der operativen Tarnung durchgeführt. So täuschte die 3. Ukrainische Front die Bildung einer „Heeresgruppe“ mit der Stoßrichtung Kischinew vor, wobei sie eine massive Zusammenziehung von Panzern, Artillerie und starken Infanteriekräften markierte. Das spielte bei der Abwicklung des Unternehmens eine große Rolle, da der Gegner erwartete, die Truppen der 3. Ukrainischen Front würden ihren Hauptschlag in Richtung Kischinew versetzen, und darum dort starke Kräfte sammelte.

Zur Teilnahme an der Operation

wurde die Schwarzmeerflotte unter Admiral F. S. Oktjabrski und die Donau-Militärflottille unter Konteradmiral S. G. Gorschkow herangezogen. Die Kampfoperationen der Fronten wurden von Marschall der Sowjetunion S. K. Timoschenko als Vertreter des Hauptquartiers des Oberkommandos koordiniert.

Die Operation begann in den Morgenstunden des 20. August mit einer starken Artillerie- und Fliegervorbereitung. Am Abend des 24. August waren die Stoßgruppen der Fronten im stürmischen Angriff nach Süden und Westen über 120 Kilometer vorgerückt und hatten sich bei Fälciu und Huşi am Pruth vereinigt, womit die Hauptkräfte der Heeresgruppe Südukraine südwestlich von Kischinew eingeschlossen waren. An diesem Tag nahm die 5. Stoßarmee mit Unterstützung von Truppen der 2. Ukrainischen Front Kischinew, die Hauptstadt des Moldaugebiets. Am südlichen Abschnitt der 3. Ukrainischen Front hatte die 46. Armee unter General I. T. Schljomin zu diesem Zeitpunkt gemeinsam mit einer Landungsgruppe, die die Donau-Militärflottille ausgesetzt hatte, den Dnestr-Liman überschritten, die 3. rumänische Armee umzingelt und Akkerman genommen.

Am 23. August organisierte die Kommunistische Partei Rumäniens unter Ausnutzung der günstigen Situation den Aufstand im Lande. Die Regierung Antonescu wurde gestürzt. Die neugebildete Regierung erklärte Rumäniens Ausscheiden aus dem Krieg auf seiten Hitlerdeutschlands und erklärte diesem den Krieg. Die Regierung und der König versprachen jedoch dem deutschen Kommando, seine Truppen ungehindert aus Rumänien abziehen zu lassen, und sie versuchten, es nicht sofort zum Einmarsch der sowjetischen Truppen in den Zentralteil des Landes kommen zu lassen, weil sie darauf rechneten, daß britische und amerikanische Luftlandetruppen in Rumänien ausgesetzt würden. Dieser Plan wurde durch den stürmischen Vorstoß der Sowjetarmee vereitelt. Dabei spielte die Kommunistische Partei Rumäniens eine große Rolle, die die Volksmassen zusammenschloß und die Ränke der Reaktion enthüllte.

In Fortsetzung der Offensive befreiten die Truppen der 2. Ukrainischen Front am 27. August Focşani und richteten den Vorstoß nun auf Ploesti und Bukarest, während die Truppen der 3. Ukrainischen Front sich Galaţi bemächtigten.

Auch die Kampfhandlungen zur Liquidierung der bei Kischinew einge-

schlossenen Truppen des Gegners entwickelten sich erfolgreich. Die Hauptkräfte der Heeresgruppe Südukraine waren in einen gigantischen Kessel geraten. Vom 24. bis zum 27. August wurden am Ostufer des Pruth erbitterte Vernichtungskämpfe gegen die eingeschlossene Gruppe geführt.

Bei der Durchbrechung der Verteidigungslinie und der Liquidierung der umzingelten Gruppe des Gegners wurden unsere Truppen stark durch die Artillerie und die Luftstreitkräfte unterstützt. Das Oberkommando der Heeresgruppe Südukraine schätzte das Vorgehen unserer Luftstreitkräfte folgendermaßen ein: „Die feindliche Luftflotte ist unerhört stark. Sie macht, was sie will.“

Der Befehlshaber der 3. Ukrainischen Front, Armeegeneral Tolbuchin, machte sich Sorgen um die Lage der rechten Flanke der gegen Westen vorstoßenden 37. und 57. Armee, die von der Kischinewer Gruppe des Gegners bedroht war. Die Front hatte keine zweite Staffel, so daß es dem Gegner nicht schwergefallen wäre, die Reihen unserer angreifenden Truppen zu durchbrechen und der Einkesselung zu entgehen. Darum befahl mir Tolbuchin am 23. August, alle Fliegerverbände gegen die Kischinewer Gruppe einzusetzen, um

den Abzug der feindlichen Truppen aufzuhalten und den Kessel völlig abzu-dichten. Unsere Sturzkampfflieger und Jäger flogen über 2000 Einsätze, bei denen sie den durch die Moldautäler zurückflutenden Truppen des Gegners Schläge versetzten und seine Kampf-technik, seine lebende Kraft und die Pruth-Übergänge vernichteten.

Den Pruth erreichten die Truppen des Gegners zu Fuß, ohne Artillerie und ohne Panzer. Es waren nur noch wilde Haufen, keine Truppenteile mehr. Der Befehlshaber der Heeresgruppe Süd-ukraine, General Frießner, beschrieb die Lage in jenen Tagen in seinen Kriegs-memoiren folgenderweise:

„Von einer planmäßigen und geregelten Truppenführung konnte in diesen anormalen Verhältnissen natürlich keine Rede sein. Mit Ausnahme von ein paar Feldsendern hatten wir im Grunde genommen fast keine techni-schen Mittel der Truppenleitung behal-ten...“

Die rasche Offensive unserer Truppen ging weiter. Am 29. August nahmen Einheiten der 2. Ukrainischen Front die Kämpfe um Ploesti auf, und am 31. Au-gust zogen sie in Bukarest ein, um den rumänischen Patrioten zu helfen, die gegen die Gruppe des Gegners nördlich

von Bukarest kämpften. Gleichzeitig mit den sowjetischen Truppen zog die heroische erste rumänische Freiwilli-gendivision „Tudor Vladimirescu“ in die rumänische Hauptstadt ein.

Die Truppen der 3. Ukrainischen Front erreichten am 29. August Süd-umänien. Sie überschritten die Donau und besetzten gemeinsam mit der Schwarzmeerflotte Stadt und Hafen Constanța, worauf sie Anfang Septem-ber die rumänisch-bulgarische Grenze erreichten.

Die Operation Iasi-Kischinew endete mit der vollen Zerschmetterung der Heeresgruppe Südukraine, die das Vor-gelände der südosteuropäischen Länder abgeriegelt hatte. Bei Iasi und Kischi-new wurden 18 von 24 deutschen Divi-sionen vernichtet, die übrigen Divisi-onen verloren ihre Kampffähigkeit. 22 Divisionen und 5 Brigaden des König-reichs Rumänien kapitulierten. Es wur-den über 372 000 Soldaten und Offizie-re sowie 24 Generale gefangengenom-men, darunter 19 deutsche.

Dank dieser Operation, einer der größten und ihrer strategischen und militärpolitischen Bedeutung nach wich-tigsten, wurde die Befreiung des so-wjetischen Moldaugebiets von den fa-schistischen Eindringlingen vollendet. Rumänien schied aus dem Krieg auf-seiten Nazideutschlands aus und kehrte die Waffen gegen Deutschland um. Die 2. Ukrainische Front hatte am 15. Sep-tember 12 rumänische Divisionen in ihrem Bestand, und in der abschließen-den Etappe des Krieges nahmen an den Kämpfen gegen die Nazis in Ungarn und in der Tschechoslowakei rund 30 rumänische Divisionen teil. Im Endsta-dium des Krieges kämpften die so-wjetischen und die rumänischen Solda-ten Schulter an Schulter.

Die sozialistischen Länder Europas sind der Lehren der Geschichte einge-denkt. Sie betrachten die Festigung der Sicherheit des europäischen Kontinents als eine ihrer wichtigsten Aufgaben. Diesem Zweck dient zuverlässig die Warschauer Vertragsorganisation, der auch die Sozialistische Republik Rumä-nien angehört.

Am 23. Jahrestag der Befreiung Ru-mäniens wünschen die sowjetischen Menschen, wünschen die Angehörigen unserer Streitkräfte den rumänischen Werktätigen Erfolg beim Aufbau des Sozialismus und bei der Festigung der brüderlichen Freundschaft unserer Völ-ker, die im Feuer des Krieges entstan-den ist.

Die atlantischen Ränke gegen Frankreich

Lubow WIDJASSOWA

In der Sturzflut des Weltgeschehens mag der Zwischenfall während der Kanadareise des französischen Staats-präsidenten nebensächlich erscheinen. Dennoch nehmen die Stellungnahmen, Mutmaßungen und Kommentare zum unterbrochenen Besuch General de Gaulles kein Ende.

Das kommt wohl daher, daß die Äußerungen des französischen Staats-chefs in Kanada erneut an die Aspek-te der französischen Politik erinnern, die den NATO-Gewaltigen und den atlantischen Propagandisten in Frank-reich selbst wider den Strich gehen, die dagegen sind, daß Frankreich die über-seesische Vormundschaft abschüttelt und eine selbständige Außenpolitik betreibt.

Die meisten politischen Kommentato-ren sind der Ansicht, daß seit dem Aus-tritt Frankreichs aus dem militärischen Getriebe der NATO seine Außenpolitik unveränderlich ist und ihr Hauptzweck die Festigung der Unabhängigkeit bleibt. So schreibt Prof. Alfred Grosser, der als Kenner außenpolitischer Pro-bleme gilt, in *Le Monde*:

„Trotz ihrer scheinbaren Variationen hat die Außenpolitik General de Gaulles nie aufgehört, auf dem gleichen Grund-prinzip zu beruhen... Dieses Prinzip ist einfach: Frankreich ist ein westliches Land, das völlige Unabhängigkeit haben muß.“ Daher die Hauptaufgabe der französischen Außenpolitik: „der Kampf gegen den Alliierten“ (lies: gegen die USA). Er schreibt sogar, die französi-sche Regierung habe eine fixe Idee: die Übermacht der USA.

Das ist offensichtlich nicht Angst vor einer Übermacht im Wortsinne, son-dern der Widerwille, eine Vormacht-stellung der USA in der westlichen Welt zu dulden. Nimmt man sich die Äußerungen französischer Politiker, sa-gen wir, aus den letzten Wochen vor, so wird man sich darüber klar, daß der Wunsch, das Joch der „atlantischen Partnerschaft“ abzuschütteln, ein außen-politisches Leitmotiv der französischen Regierung war und bleibt.

In der Universität Montreal sagte de Gaulle:

„Ihr seid der Nachbar eines Riesen-

staates, dessen Dimensionen euer Eigen-wesen in Frage stellen.“

Einige Tage zuvor hatte der franzö-sische Präsident in Bonn das politische Credo seiner Regierung völlig eindeutig dargelegt:

„Im Grunde gibt es eine Tatsache, die die Wirklichkeit zu beherrschen scheint: die enorme amerikanische Macht... Die Vereinigten Staaten sind die größte Macht geworden und neigen automatisch dazu, ihre Macht auszu-breiten. Ich sage nicht zu herrschen, sondern ein Übergewicht, d. h. eine Hegemonie über die anderen, auszu-üben.“

Daraus ergäben sich, setzte de Gaulle fort, zwei Möglichkeiten. Die eine bestehe darin, sich mit dem Sachver-halt abzufinden, „Teil eines Ganzen zu sein, in dem die amerikanische Macht vorherrschen würde“. Die andere Mög-lichkeit bestehe darin, „unsere natio-nale Eigenart zu bewahren... Das ver-anlaßt uns, Amerika gegenüber in ge-wissen Fragen eine unterschiedliche Haltung einzunehmen.“

De Gaulle betonte, daß Frankreich „gegen die physische Präsenz der USA in Europa nichts einzuwenden“ habe. Das dürfe aber Frankreich nicht davon abhalten, die Dinge mit eigenen Augen zu betrachten. Als Beispiel einer un-terschiedlichen Haltung Frankreichs und der USA nannte er Vietnam und den Nahen Osten.

Allein schon diese brennenden Pro-bleme zeigen, daß die Haltung Frank-reichs sich wesentlich von der unter-scheidet, die Washington seinen Part-nern aufzwingen will. Bekanntlich ver-urteilt Frankreich die amerikanische Aggression in Vietnam und tritt dafür ein, daß die Situation in Indochina auf der Basis der Genfer Abkommen von 1954 reguliert wird. Als Israel mit dem Segen und Dazutun der USA seine ara-bischen Nachbarn überfiel, erklärte de Gaulle unumwunden, daß Frankreich die Kriegsoperationen Israels verurteilt und keine daraus resultierende Verän-derung anerkennen wird.

In der Sitzung des Ministerrats vom 21. Juni 1967 unterstrich de Gaulle den

direkten Zusammenhang zwischen den Geschehnissen im Nahen Osten und dem militärischen Konflikt in Vietnam.

„Der Geist und das Faktum des Krieges breiten sich erneut in der Welt aus“, sagte er. „Ein Konflikt trägt zur Entstehung eines anderen bei. Der in Vietnam durch die amerikanische In-tervention entfesselte Krieg, die Zer-störung von Leben und Gütern in seinem Gefolge, die ihm eigene Sterili-tät, wie gewaltig die angewandten Mittel und wie grauenhaft die Folgen auch sein mögen, säen unweigerlich Unruhe nicht nur an Ort und Stelle, sondern auch fernab...“

Nach de Gaulles Ansicht könnte eine dauerhafte Regelung im Nahen Osten nur im Falle der Beendigung des Viet-namkrieges und der dortigen Interven-tion erzielt werden. Des weiteren setzte sich die französische Regierung für die sofortige Einstellung der Kampfhand-lungen im Nahen Osten, die Einberu-fung einer Sondertagung der UNO-Vollversammlung, für die Behebung der Folgen der israelischen Aggression ein.

Ein wesentlicher Beweggrund Frank-reichs, sich von den abenteuerlichen Aktionen des transatlantischen Alliierten zu distanzieren, ist zweifellos das Streben, nicht zuzulassen, daß die Ver-pflichtungen aus der atlantischen Part-nerschaft Frankreich automatisch in gefährliche Konflikte verstricken. Der Austritt Frankreichs aus der militäri-schen Organisation des Atlantikblocks war von dem Wunsch diktiert, dieser Automatik ein Ende zu setzen.

Unter den Umständen, da Washing-ton die Doktrin lokaler Kriege aktiver anwendet und Spannungsherde in ver-schiedenen Weltgebieten einschließlich Europas stiftet, hat ein solcher Kampf gegen die „Automatik“ der NATO zweifellos positive Bedeutung, vor al-lem für Frankreich selbst.

Diese weltpolitische Linie Frankreichs äußert sich auch in anderen außenpo-litischen Schritten, darunter in seinen Beziehungen zur Bundesrepublik und in seinem Verhalten zur Aufnahme Eng-lands in die EWG.

Biographisches

Fidel Sánchez Hernández

Der neue Staatspräsident von Salva-dor, der am 1. Juli sein Amt antrat, Oberst Fidel Sánchez Hernández, wurde 1918 geboren, absolvierte eine Schule des spanischen Generalstabs in Madrid und die amerikanische Militärschule in Fort Knox (Kentucky). Er war Militär-attaché in Washington und Innenminister in der Regierung des früheren Präsi-den-ten von Salvador Oberst Julio Rivera. Bei den Präsidentschaftswahlen vom 5. März 1967 kandidierte Hernández von der Regierungspartei, der Partei der Nationalen Versöhnung, der Vertreter der Bourgeoisie, der Gutsbesitzer, des Klerus und der Militärs angehören.



In seiner Antrittsrede erklärte Hernán-dez, die Beziehungen zu den USA festi-gen und Privatinvestitionen des Aus-lands fördern zu wollen.

Mitte Juli reiste de Gaulle nach Bonn. Regelmäßige Gipfeltreffen sind nämlich in dem französisch-westdeutschen Vertrag vom Januar 1963 vorgesehen. Damals meinte man in Frankreich, das Bündnis mit der Bundesrepublik werde ihm die Führerschaft wenn nicht gar in ganz Westeuropa, so doch zumindest in der EWG sichern. Das bewahrheitete sich aber nicht. Westdeutschland zog die Bindungen mit den USA vor.

Die Hoffnungen von 1963 erhielten gewissen Auftrieb, als in Westdeutschland die strikt auf Washington orientierte Regierung Erhard von der „großen Koalition“ Kiesingers abgelöst wurde. Die hielten aber nicht lange vor.

Als de Gaulle im Sommer wieder nach Bonn kam, wurde ihm nach Gebühr ein gastlicher Empfang bereitet. Die französische und die westdeutsche Presse schrieb von einer „herzlichen Atmosphäre“ der Verhandlungen. Als Kiesinger seinen Gast im Flughafen verabschiedete, erklärte er, von den Gesprächen restlos zufrieden zu sein, die eine Belebung des Vertrags von 1963 darstellten. Es wurden einige Beschlüsse gefaßt, darunter der, eine Studie über die „politische und strategische Lage in den 70er Jahren vom Standpunkt der europäischen Sicherheit“ zu erarbeiten, ferner Vertreter zur Koordinierung der interministeriellen Kommissionen zu ernennen, die auf dem Vertrag von 1963 basieren und sich laut *Le Monde* im Dämmerzustand befanden. Schließlich wurde eine gemeinsame Kommission gegründet, die die Zusammenarbeit der beiden Länder in Wirtschaft, Industrie und Technik überwachen soll.

Dennoch sind in den außenpolitischen Hauptfragen Differenzen zu beobachten: in den Beziehungen zu den USA, im Verhalten zur Nahostlage und zum eventuellen Beitritt Englands zur EWG.

Le Figaro meint, daß man in Bonn von der Kritik de Gaulles an Washington gar nicht erbaut war. Wie die westdeutsche Nachrichtenagentur DPA meldete, klagte Kiesinger darüber, daß zwischen Bonn und Paris keine Eintracht hinsichtlich des Nahostkonflikts herrscht; die Agentur meldet, daß die beiden Delegationen festgestellt hätten, daß gegenwärtig ein gemeinsames Vorgehen der Bundesrepublik und Frankreichs im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt unmöglich sei.

Als europäische Probleme zur Sprache kamen, forderte de Gaulle die Bundesrepublik auf, die „Einheit Europas“

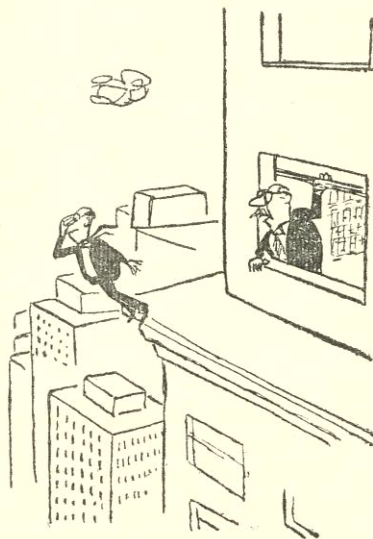
anzustreben und mit Frankreich zusammenzuarbeiten. In konkreten Fragen jedoch bestehen, laut *Frankfurter Allgemeine*, die Meinungsverschiedenheiten fort.

Über die Aufnahme Englands in die EWG ist man, wie die westliche Presse schreibt, östlich des Rheins der Ansicht, daß Paris sich England in den Weg stellt, da es befürchtet, von England verdrängt zu werden. Dieses könnte ein gefährlicher Rivale Frankreichs im Ringen um die westeuropäische Führerschaft werden.

Allerdings bringt Frankreich bei seinem Einspruch andere Motive vor, u. a. die Gefahr, daß das jetzige „europäische“ System zu einem „atlantischen“ werden könnte. Nach dem Eintritt in die EWG, so überlegt man in Paris, würde England den USA Tür und Tor nach Westeuropa öffnen, die europäischen Organisationen würden dann fester an die NATO und folglich an Washington gebunden werden. Ein zweites Motiv ist die Befürchtung, daß die Aufnahme Englands dem Ausbau der Beziehungen zur Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern Europas schaden könnte. Darauf verwies namentlich der französische Außenminister im Juli während des Brüsseler Treffens mit seinen Kollegen.

Darauf legt Frankreich nicht geringen Wert. In den letzten Jahren ist das

In der „freien Welt“



„Aber doch nicht während der Arbeitszeit, Mann!“

Süddeutsche Zeitung

Streben nach Anbahnung und Ausbau der Beziehungen zur Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern zu einer Hauptausrichtung der französischen Außenpolitik geworden. Die regelmäßigen sowjetisch-französischen Kontakte über internationale Probleme, die erfolgreiche Verwirklichung der zahlreichen mannigfachen Abkommen über Handel, Wirtschaft und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit sowie über kulturelle Verbindungen sind zu einem bezeichnenden Faktor der europäischen Situation geworden. Französische Politiker betonen immerzu, daß der kalte Krieg mit seinen Begleiterscheinungen — dem Mißtrauen, der Feindseligkeit, der Handelsdiskriminierung, dem Abbruch herkömmlicher Freundschaftsbindungen zwischen Nationen — immer mehr der Vergangenheit anheimfällt.

„Heute nimmt sich der kalte Krieg lächerlich aus“, sagte de Gaulle in einer Ansprache.

Die Verbesserung der Beziehungen zwischen Frankreich und der Sowjetunion ist keine zufällige und keine zeitweilige Erscheinung. Sie ist vom Zeitgeschehen diktiert und widerspiegelt die objektive Entwicklung in Europa, wo sich in letzter Zeit neue Strömungen immer nachdrücklicher bemerkbar machen. Die proamerikanischen Konzeptionen weichen Konzeptionen, die bezwecken, das kapitalistische Europa zu einer unabhängigen Kraft zu machen, die eine selbständige Rolle in der Weltpolitik spielen könnte.

Dieser Aspekt des politischen Kurses Frankreichs löst aber bei den NATO-Führern und den atlantischen Fürsprechern Ärger aus. Die Aussicht, daß dem Beispiel Frankreichs auch andere Länder des Kontinents folgen könnten, die vorläufig noch fest in den NATO-Netzen verstrickt sind, macht ihnen angst und bange.

Höchst aufgebracht ist z. B. der frühere NATO-Generalsekretär Paul-Henri Spaak. Die Handlungsweise der französischen Regierung habe in vieler Hinsicht die Betretenheit im Westen verursacht, schreibt er in *Le Soir* (Brüssel). „Frankreich zieht es vor, Zweiter bei der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion als einer von vielen Partnern im Bündnis mit den USA zu sein“, ironisiert Spaak. Er ist entrüstet: Frankreich ist gegen die Aufnahme Englands in die EWG, um es sich mit den kommunistischen Ländern nicht zu verderben! Um der Freundschaft mit der Sowjetunion willen opfert es alles hin!

Nach der Abreise de Gaulles aus Kanada versandte die amerikanische Nachrichtenagentur UPI einen bezeichnenden Kommentar, in dem betrußt festgestellt wird, daß de Gaulles Ansicht über die Zukunft der Welt von vielen geteilt wird. Einflußreiche Gruppen in einigen westlichen Ländern seien derselben Ansicht, nämlich daß „Europa von den USA unabhängiger sein müsse, daß die Asiaten schließlich Washington verwehren würden, in ihrem Namen nationale Probleme zu lösen, und daß die USA zu viel auf sich nähmen“.

Im Amtsblatt der NATO *Nouvelles de l'O.T.A.N.* (Juli—August) wurden Gespräche eines ungenannten Sprechers des State Departments nachgedruckt, der Frankreich schlankweg mit Isolierung droht. Es ist anzunehmen, daß es sich dabei um die Strategie handelt, die Washington auf Frankreich anzuwenden beabsichtigt. Dafür spricht die frankreichfeindliche Kampagne in Presseorganen von NATO-Ländern. Daher kommt auch das verstärkte Störfeuer gegen die Regierung in Frankreich selbst auf Betreiben der proatlantischen Opposition von rechts.

Diese Opposition in Frankreich entstand vor etwa zwei Jahren. Vor den Präsidentschaftswahlen von Dezember 1965 wurde sie vom ehemaligen Leader der Volksrepublikanischen Bewegung (MRP) Jean Lecanuet angeführt, der heute dem Demokratischen Zentrum vorsteht. Damals wurde er von gewissen Industriekreisen unterstützt. Am häufigsten erschienen unter diesen Industrielle des Nordens, die mit westdeutschen Kapitalisten liiert sind. Auf Lecanuet setzten auch die Gruppierungen von Großagrariern, die sich den Absatz ihrer Erzeugnisse in den EWG-Ländern versprochen.

Zur Zeit lamentiert Lecanuet über die „eng nationalistische“ Politik Frankreichs, ebenso auch ein anderer Ex-Präsidentschaftskandidat, Marilhac, der gleichfalls für die Rückkehr Frankreichs in die atlantische Gemeinschaft eintritt. Die Zeitungen *L'Aurore*, *Le Figaro* und *Les Echos*, Sprachrohre der proatlantischen Opposition, schreiben viel über die Wut, die Frankreich bei seinen NATO-Verbündeten auslöst. Sie bringen frankreichfeindliche Äußerungen aus amerikanischen, englischen, westdeutschen und sonstigen westlichen Blättern. Übrigens haben jene Zeitungen, von der Großindustrie finanziert, schon seit langem den außenpolitischen Kurs der französischen Regierung aufs Korn genommen. Während des Pariser Staatsbesuchs A. N. Kossygins im De-

zember v. J. geiferte *L'Aurore*, Frankreich vernachlässige seine Verpflichtungen dem Westen gegenüber, und drohte den Anhängern der Pariser Außenpolitik mit großen Unannehmlichkeiten bei den Parlamentswahlen. Diese Drohungen werden immer schriller. Der frühere französische Botschafter in Westdeutschland François-Poncet verweist warnend darauf, daß das jetzige Regime über die Außenpolitik stolpern werde.

Die Fortschrittskräfte Frankreichs, vor allem die französischen Kommunisten, unterstützen die außenpolitischen Schritte der Regierung zur Festigung des Weltfriedens und zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit, die den nationalen Interessen Frankreichs entsprechen. Sie haben den Austritt Frankreichs aus der militärischen Organisation der NATO sowie die Vertreibung der USA-

Truppen und -Militärämter aus dem Land gebilligt. Sie sind für die Zusammenarbeit Frankreichs mit den sozialistischen Ländern. In einem Interview der schweizerischen *Tribune de Lausanne* erklärte der Generalsekretär der KPF, Waldeck Rochet:

„Frankreich darf sich in die Isolierung nicht zurückziehen und auf seine Bindungen, auf seine freundliche Zusammenarbeit mit verschiedenen Ländern in West und Ost nicht verzichten... Die Mission Frankreichs besteht darin, zur Annäherung der Völker beizutragen, die Einschränkung der Rüstungen zu fördern und die gleichzeitige Auflösung der antagonistischen Militärblöcke anzustreben.“

Kein Zweifel, auf diesem Wege wird Frankreich zur Gewährleistung des Friedens und der Zusammenarbeit der Nationen beisteuern.

Ein Geschenk für die Monopole

In Bonn wurden am 10. August zwei wichtige Beschlüsse der Regierung bekanntgegeben. Erstens bringt sie nach langem Hin und Her und zahlreichen Änderungen ihre sogenannten mittelfristigen Finanzpläne für 1968—1971 in den Bundestag ein. Die Maßnahmen, die darin vorgesehen sind, werden von der Oppositionspresse schlicht als Sozialabbau bezeichnet: Kürzung der Sozialleistungen, Renten und Kinderbeihilfen sowie der Bewilligungen für den Wohnungsbau und die Landwirtschaft. Dagegen werden die Rüstungsausgaben entgegen den ursprünglichen Vorhaben nicht etwa vermindert, sondern erhöht.

Zweitens, und dieser Beschluß ist für den innenpolitischen Kurs der Bonner Führung besonders charakteristisch, wurde ein „Programm zur Konjunkturbelebung“ beschlossen. Es schenkt den Unternehmern staatliche Investitionen in Form von Aufträgen für die horrenden Summe von 5,3 Milliarden DM zu. Zum Unterschied von den mittelfristigen Finanzplänen, die erst später anlaufen sollen, trifft dieses Programm noch in

diesem Jahr in Kraft; 1968 soll es bereits erfüllt sein.

Ein Vergleich zwischen den mittelfristigen Finanzplänen und dem Konjunkturbelebungsprogramm zeigt, daß das Bonner Regime die Flaute dadurch angehen will, daß es alle ihre Lasten den Volksmassen aufbürdet. Dafür stehen dank Bonn den Unternehmern Milliardensubventionen und dem Militärklüngel noch üppigere Bewilligungen ins Haus. Daß daraus Inflation und ein neues Budgetdefizit resultieren, liegt auf der Hand.

Das neue Programm ist von den Monopolen diktiert. Schon am 30. Juni schrieb das Unternehmerorgan *Der Volkswirt* unter dem Titel „Krisenabwehr durch Defizit“:

„Kein Unternehmer investiert, weil der Haushalt des Bundes ‚ausgeglichen‘ ist. Entscheidend für die Investitionsneigung sind höhere Gewinne, Gewinne aber entstehen nicht durch ‚Vertrauen‘, sondern durch Aufträge.“

Der Wink mit dem Zaunpfahl hat also gewirkt.



Die Sowjetrepublik und die Ostvölker

Aus den Erinnerungen von Jewgeni RUBININ

Als ich im Oktober 1919 in Taschkent aus dem Zug stieg, war das meine erste Berührung mit Asien. Der Eindruck von der Neustadt, durch deren breite Straßen mit den geraden Reihen ebenerdiger Häuser und Vorgärten dunkelhäutige Menschen in gestreiften Chalats, mit bestickten Mützen und weichen Stiefeln wandelten, war überwältigend. Später lernte ich die Altstadt kennen, wo schon lauter Usbeken wohnten. Die schmalen Gassen, die fensterlosen Häuser (wie überall im Orient gingen die Fenster auf den Fremden verborgenen Innenhof hinaus) und die Stille verliehen der Stadt einen geheimnisvollen Anstrich.

Nach Taschkent war ich aus Moskau im Auftrag der kurz vorher gegründeten „Turkkommission“ gekommen. Der volle Name dieses Amtes lautete: „Kommission des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees und des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki) für turkestanische Angelegenheiten“. Nach der Oktoberrevolution war aus dem früheren von einem Generalgouverneur verwalteten Turkestan die Turkestanische Autonome Sozialistische Sowjetrepublik geworden, die der RSFSR angehörte. Die national-staatliche Abgrenzung, die zur Bildung der heutigen Unionsrepubliken Mittelasien führte, erfolgte erst später, 1924 bzw. 1925.

Nebenbei bemerkt: die Tätigkeit der Turkkommission lohnt eine spezielle Studie. Sie bestand bis 1923. Die Geschichte ihres dreijährigen Bestehens zeigt, wie geschmeidig und mannigfaltig die Methoden waren, die die Zentralstellen der Partei und des Sowjetstaates bei der Umgestaltung des Landes auf neuen, sozialistischen Bahnen anwandten. Zunächst waren die einheimischen Fachkräfte Turkestans dieser Aufgabe nicht gewachsen. Die Turkkommission war als eine provisorische Maßnahme gedacht, um den Werktätigen Turkestans Hilfe zu erweisen.

Die Schaffung eines sowjetischen Apparates in Turkestan war in jenen Jahren unvergleichlich komplizierter und schwieriger als im europäischen Rußland. Die unbeträchtliche proletarische Schicht setzte sich vor allem aus Arbeitern der Eisenbahnwerkstätten zusammen; das waren fast ausschließlich Russen. Die Stammbevölkerung, die sich vornehmlich mit Landwirtschaft beschäftigte und in den Städten Handwerk trieb, war stark von Mullahs und Beis beeinflusst. Diese Situation war weitgehend eine Folge der zari-

Der Autor ist Mitglied der KPdSU seit 1918 und war seit 1920 im Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten tätig.

stischen Politik, denn die Zarenregierung hielt es für sicherer, Turkestan als Agrar- und Rohstoffanhängsel der russischen Wirtschaft zu behalten. Die russischen Kapitalisten begnügten sich damit, Turkestan als Absatzmarkt und Rohstoffquelle auszubeuten und zeigten sich nicht geneigt, ihr Kapital dort im Industriesaufbau anzulegen.

Viele Jahre geduldiger und harter organisatorischer und ideologischer Arbeit vergingen, ehe das werktätige Volk den Einfluß der Beis und Mullahs abschüttelte und sich der Vorteile des neuen Gesellschaftssystems bewußt wurde, das ihm die Befreiung von der mittelalterlich brutalen Ausbeutung brachte.

In drei Jahren veränderte sich die Zusammensetzung der Turkkommission mehrmals. Die Zusammensetzung, der auch ich angehörte, bestand aus bekannten Persönlichkeiten. Vorsitzender war Schalwa Eliawa, Mitglieder: Michail Frunse, Valerian Kuibyschew, Jan Rudsutak und Philipp Golostschokin. Frunse war gleichzeitig Befehlshaber der Turkestanfront, Kuibyschew Mitglied des Revolutionären Kriegsrats und löste 1920 Dmitri Furmanow als Leiter der Politabteilung der Turkestanfront ab.

Zunächst war ich in der Turkkommission als Jurist tätig, dann schlug mir Eliawa vor, die Abteilung für auswärtige Beziehungen der Turkkommission mit zu organisieren. Etwa später wurde diese Abteilung in „Amt des Bevollmächtigten des Volkskommissariats für auswärtige Angelegenheiten der RSFSR für Turkestan“ umbenannt und der Turkkommission sowie dem Volkskommissariat unterstellt.

W. I. Lenin und G. W. Tschitscherin schenkten der Tätigkeit der lokalen Zweigstellen des Volkskommissariats große Beachtung, da sie sozusagen an der „Hauptkampflinie“ unserer außenpolitischen Front wirkten. Das Amt des Bevollmächtigten des Volkskommissariats für auswärtige Angelegenheiten der RSFSR für Turkestan hatte u. a. zur Durchführung der von der Sowjetregierung verkündeten neuen Politik den Ostländern gegenüber beizutragen. Diesen Ländern, die jahrhundertlang von der „Christenwelt“ zurückgesetzt wurden und ein Regime der Kapitulationen, Konzessionen und fremden Militärstützpunkte erdulden mußten, bot der Sowjetstaat nun die Möglichkeit, auf völliger Gleichberechtigung und Zusammenarbeit basierende Beziehungen herzustellen.

Gewiß, die Herstellung von Beziehungen des Vertrauens zwischen dem Sowjetstaat und seinen östlichen Nachbarn war keine leichte Sache und erforderte längere Bemühungen. Einerseits mußte der in diesen Ländern verwurzelte Argwohn überwunden werden, denn man war es dort ge-

wohnt, im zaristischen Rußland den imperialistischen Räuber zu sehen. Andererseits gab es in den sozial und ökonomisch rückständigen Ostländern, wo feudale und religiöse Elemente noch großen Einfluß hatten, viele Menschen, die die Freundschaft mit dem Arbeiter-und-Bauern-Staat scheuten.

Einen gewaltigen Eindruck machte überall im Osten die „Deklaration der Rechte der Völker Rußlands“, die vom Rat der Volkskommissare der RSFSR am 15. November 1917 angenommen wurde und das Prinzip der Gleichheit und Souveränität der Völker Rußlands verkündete. Die Ostvölker sahen darin die konsequente und großmütige Nationalpolitik der jungen Sowjetrepublik.

Anfänglich bestand die Tätigkeit des Amtes des Bevollmächtigten des Volkskommissariats für Turkestan (trotz des langen Namens war das Personal gering) darin, Informationen über die „Anrainerländer“ zusammenzutragen, zu denen Sowjetrußland damals noch keine regulären diplomatischen Beziehungen hatte. Turkestan grenzte an China, Afghanistan und Persien (den heutigen Iran). In den Grenzgebieten Chinas befanden sich weißgardistische Einheiten, die dort zeitweilig Unterschlupf gefunden hatten, und in Persien waren monarchistische Kosakeneinheiten geblieben. Unsere wichtigsten Informationsquellen waren die mehr oder weniger regelmäßigen Mitteilungen der örtlichen Sowjets oder Revolutionskomitees sowie abgehörte ausländische Funkmeldungen.

Im April 1920 wurde ich beauftragt, die Lage an Ort und Stelle zu untersuchen und den örtlichen Exekutivkomitees (zumeist Revolutionskomitees, denn nicht überall waren noch Sowjetwahlen durchgeführt) die wichtigsten Vorschriften zu erklären, an die sie sich zu halten hatten, falls Ausländer in ihren Gebieten auftauchen sollten oder sich sonst etwas an der Grenze ereignen sollte.

Die Route meiner Mission hing von den Transportbedingungen ab: ich mußte von Taschkent bis ans Ende der Mittelasiatischen Eisenbahn, nach Krasnowodsk an der Kaspische, fahren und unterwegs in Samarkand, Buchara (wo sich unsere bevollmächtigte Vertretung beim Emir befand), Tschardshui (dem heutigen Tschardshou), Merw (dem heutigen Mary) und Poltorazk (dem heutigen Aschchabad) Station machen.

In Buchara wurde ich von unserem Vertreter empfangen, der sich dort schon seit etwa zwei Monaten aufhielt und mir viel Aufschlußreiches über die Zustände und Sitten im Emirat mitteilen konnte, dessen Entwicklung gleichsam im 16. Jahrhundert steckengeblieben war. Die Bauernschaft und die werktätige Stadtbevölkerung, besonders die Jugend, waren jedoch auf jede Nachricht über die revolutionäre Bewegung in Rußland erpicht.

In Buchara selbst nahm die revolutionäre Gärung zu, die später, Ende Sommer 1920, in einen Volksaufstand mündete.

Der Emir entfloh mit seinen Frauen (etwa hundert), seinen Elefanten und seinen Schätzen nach Afghanistan. Übrigens hatte er, ein früherer Zögling des Pagenkorps, seine Kapitalien vorsorglich in ausländischen Banken untergebracht.

Die nächste Station auf unserer Dienstreise war Aschchabad. Dort war etwas früher eine Vertretung der Abteilung für auswärtige Beziehungen der Turkkommission gegründet worden. Bevollmächtigter für das Transkaspische mit der Hauptstadt Aschchabad war Pjotr Baranow, zugleich Mitglied des Revolutionären Kriegsrats der 1. Armee. Zu meinem Bedauern traf ich ihn in Aschchabad nicht

an, denn er mußte oft Truppenteile inspizieren, und im Revolutionären Kriegsrat konnte man mir nicht sagen, wann er wiederkehren würde.

Als politische Informationsquelle war Krasnowodsk sehr günstig. In der Nähe befand sich die persische Provinz Mazanderan; beiderseits der Grenze bestand die Bevölkerung vor allem aus Iomuden, einem turkmenischen Nomadenstamm, der ziemlich frei hin und her zog.

Die Lage in Persien war gespannt. In Teheran, Hamadan und Kazvin waren britische Okkupationstruppen die Herren. Von Nordpersien aus unternahmen die britischen Interventionen die Invasion Sowjetisch-Transkaukasiens und des Gebiets Krasnowodsk. Ihre Untaten gipfelten im September 1918 in der Erschießung der 26 Kommisare von Baku. Im Sommer 1919 wurde der sowjetische Diplomat I. O. Kolomijzew, der aus Moskau nach Teheran entsandt worden war, um diplomatische Beziehungen zu Persien herzustellen, von russischen Weißgardisten im Auftrag der britischen Okkupanten festgenommen und erschossen.

Anfang 1920 entfaltete sich in der persischen Provinz Gilan an der Kaspische eine nationale Freiheitsbewegung, die viel Gemeinsames mit der antiimperialistischen Bewegung in der Türkei hatte. An der Spitze der „Revolution von Gilan“ stand Kuthek Khan, der ein guter Massenorganisator war. Er war ein flammender Redner und äußerte sich in warmen Worten über Sowjetrußland und die Tätigkeit Lenins. Die „Revolution von Gilan“ setzte sich zum Ziel, die britischen Okkupanten zu vertreiben und Persien zu einem bürgerlich-demokratischen Staat zu machen.

Mit dem Beistand der Sowjetorgane von Krasnowodsk leiteten wir eine Reise meines Stellvertreters N. M. Goldberg nach Mazanderan in die Wege. Mit einem Fischerboot kam Goldberg bis zum Hafen Bender-Shah. Die dortigen persischen Behörden empfingen ihn in Ehren. Man gab ihm zu verstehen, daß man in Nordpersien Sowjetrußland Vertrauen entgegenbrachte und hoffte, die Sowjetregierung werde Persien behilflich sein, sich von der britischen Okkupation zu befreien.

Nachdem ich meine Informationen nach Taschkent übermittelt hatte, ließ mich der Bevollmächtigte des Volkskommissariats für auswärtige Angelegenheiten für Turkestan, D. J. Gopner, zu einer direkten telegraphischen Unterredung rufen. Er sagte mir, ich sei zum Bevollmächtigten des Volkskommissariats für das Transkaspische mit dem Sitz in Poltorazk (Aschchabad) ernannt und solle mich unverzüglich dorthin begeben, um die Geschäfte von P. I. Baranow zu übernehmen, der wegen seiner Hauptarbeit die Angelegenheiten des Volkskommissariats vernachlässigen mußte.

Bald nachdem ich meinen Sitz in Poltorazk aufgeschlagen hatte, stellten mir unsere Grenzer einen Brief aus einer kleinen persischen Ortschaft in der Nähe der Grenze zu. Ein gewisser Menshur-ul-Mulk schrieb, er sei von Teheran zur Grenze mit einer Ermächtigung der Regierung des Schahs gekommen, sich mit den sowjetischen Behörden in Verbindung zu setzen und über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und den Austausch von Botschaften Verhandlungen aufzunehmen. Menshur-ul-Mulk ersuchte ihn und seinem Sohn zu gestatten, nach Poltorazk zu Verhandlungen zu kommen.

Ich setzte D. J. Gopner telegrafisch davon in Kenntnis und sprach am gleichen Tag auch mit P. I. Baranow darüber. Es wurde unverzüglich angeordnet, die persischen Delegierten an der Grenze passieren zu lassen und ihnen Transportmittel zur Verfügung zu stellen.

Am dritten Tag erschienen in meinem Büro zwei orientalische Herren, die sich durch ihre tadellose europäische Kleidung vom militärisch-ruhen Milieu im damaligen Poltorazk kraß abhoben. Moshur-ul-Mulk stellte sich mir als einstiger persischer Generalkonsul in Tiflis vor. Sein Sohn hatte in Rußland Jura studiert. Beide sprachen gut russisch.

Sachlich und unumwunden sagten die Abgesandten Teherans, daß ihre Regierung die Wiederherstellung gutnachbarlicher Beziehungen zu Rußland wünsche, mit dem Persien wirtschaftliche, kulturelle und politische Interessen verbanden. Zunächst schlug die Teheraner Regierung vor, die diplomatischen Beziehungen herzustellen. In Teheran sei bereits ein persischer Botschafter für Moskau, Moshaverol-Memalek, vorgesehen. Sollte die Sowjetregierung diesem Vorschlag prinzipiell zustimmen, so könne man dieses Ersuchen zugleich als Antrag auf ein Agrément für Moshaverol-Memalek betrachten.

Ich sagte, daß die Herstellung und Unterhaltung normaler diplomatischer Beziehungen zu allen Staaten, besonders zu den Nachbarstaaten, dem Geist der Außenpolitik Sowjetrußlands entspräche und ich für mein Teil meine, daß die Sowjetregierung die Initiative Teherans begrüßen werde. Ich versprach, diesen Vorschlag zur Herstellung diplomatischer Beziehungen unverzüglich meiner Regierung zu übermitteln und Moshur-ul-Mulk sofort die Antwort mitzuteilen.

Er äußerte den Wunsch, daß unsere nächste Begegnung auf persischem Territorium stattfände, in der Ortschaft an der Grenze, wo er seinen Sitz aufgeschlagen hatte. Daran, daß diese Bitte wiederholt ausgesprochen wurde, erkannte ich, daß dies für die Teheraner Delegierten eine Prestigefrage war. Sie legten darauf Wert, schon im Verfahren der Gespräche die Gleichberechtigung der beiden Seiten hervorzuheben: ein Treffen auf sowjetischem, das andere auf persischem Territorium. Ich nahm diesen Antrag an.

Während der weiteren Aussprache, die schon inoffiziell war, ließ Moshur-ul-Mulk durchblicken, daß der vornehmliche Beweggrund der Teheraner Regierung dem Widerwillen Persiens entsprang, den Engländern allein gegenüberzustehen. Diese führten sich dort wie in einem eroberten Lande auf, vergriffen sich an den Staatsinteressen und beleidigten die nationale Würde der Perser. Die persische Regierung hoffte, daß die freundschaftlichen Beziehungen zu Sowjetrußland ihr ermöglichen würden, die britische Übermacht zu bekämpfen.

Den Inhalt dieser Gespräche leitete ich telegrafisch weiter, u. zw. gleichzeitig an Tschitscherin nach Moskau und an Gopner nach Taschkent. Bald wurde ich angewiesen, den Bescheid zu erteilen, daß die Sowjetregierung den Vorschlag zur Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen annehme und bereit sei, Moshaverol-Memalek als politischen Vertreter zu akzeptieren. Ihrerseits ersuchte die Sowjetregierung um das Agrément für Fjodor Rotstein, der zum bevollmächtigten Vertreter in Teheran ernannt wurde.

Diese Ernennung zeugte davon, daß die Sowjetregierung der Herstellung normaler Beziehungen zu einem seiner östlichen Nachbarn große Bedeutung beimaß. F. A. Rotstein, Mitglied der Kommunistischen Partei seit 1901, war der Verfasser einer klassischen Studie zur Geschichte der englischen Arbeiterbewegung und anderer Abhandlungen und ein angesehener Vertreter der Öffentlichkeit.

Als Emigrant in England beteiligte er sich an der Gründung der dortigen Kommunistischen Partei. Rotstein sprach fließend einige Sprachen und hatte auch sonst Fähigkeiten, die ihn als einen würdigen Vertreter Sowjetrußlands legitimierten.

Der Austausch der Botschafter erfolgte Ende 1920. F. A. Rotstein traf in Teheran und Moshaverol-Memalek traf in Moskau ein, wo er dann jahrelang Doyen des diplomatischen Korps war. Bald danach schlug die Sowjetregierung Persien Verhandlungen über einen auf völliger Gleichberechtigung basierenden bilateralen politischen Vertrag vor. Dieser Vorschlag fand bei der persischen Öffentlichkeit Anklang. Die Zeitung *Rechmema* schrieb: „In der Düsternis unseres politischen Horizonts leuchten plötzlich vom Norden, von Sowjetrußland her, gleißende Blitze. Sie haben uns ermöglicht, uns besser zu orientieren, einen festen und zuversichtlicheren Kurs einzuschlagen.“

Die Verhandlungen führten am 26. Februar 1921 zur Unterzeichnung eines Vertrags mit Persien in Moskau: das erste Abkommen Sowjetrußlands mit einem Ostland. Die Sowjetregierung verzichtete auf alle rechtungleichen Verträge zwischen dem zaristischen Rußland und Persien. Die beiden Partner verpflichteten sich, von jeder Einmischung in die internen Angelegenheiten des anderen abzu- sehen und nicht zuzulassen, daß sich auf seinem Territorium Organisationen, Gruppen oder Einzelpersonen aufhalten, die einen Kampf gegen Rußland oder Persien bezwecken. Artikel 6 des Vertrags stipulierte das Recht der Sowjetregierung, ihre Truppen in Persien einmarschieren zu lassen, falls eine dritte Macht versuchen sollte, persisches Territorium zu einem Bereitstellungsraum für Aktionen gegen Sowjetrußland zu machen.

Der Vertrag mit Persien war das erste der wichtigen Abkommen der Sowjetunion im Osten. Im Februar 1921 wurde ein politischer Vertrag mit Afghanistan unterzeichnet: der erste Vertrag in der Geschichte dieses Landes, in dem seine souveränen Rechte vorbehaltlos anerkannt wurden. Im März 1921 unterzeichnete Sowjetrußland mit der Türkei Kemal Atatürks einen Vertrag über Freundschaft und Brüderlichkeit. Schließlich schloß die Sowjetregierung im November 1921 einen politischen Vertrag mit der Mongolei.

So wurde das Fundament zu den gleichberechtigten Beziehungen mit den Ostländern gelegt, die unserem Staat bei allen Völkern, die für ihre nationale Unabhängigkeit kämpfen, Ansehen und Achtung verschafft haben.

DAS PAKISTAN UNSERER TAGE

Wsewolod POLONSKI

„So alt unsere Geschichte, so jung ist unser Staat. Wir haben noch viele Schwierigkeiten und Mängel zu bewältigen, aber auch schon Errungenschaften aufzuweisen. Wollen Sie unsere Probleme begreifen und unser Volk kennenlernen, so müssen Sie sich bemühen, Pakistan in seiner ganzen Mannigfaltigkeit zu sehen.“ Diesen Rat gab mir vor einigen Jahren, als ich als TASS-Korrespondent nach Karatschi kam, Kureshi, ein bekannter pakistanischer Journalist.

Auf der politischen Weltkarte tauchte Pakistan vor 20 Jahren auf, am 14. August 1947, als das ehemalige Britisch-Indien in die Staaten Indien und Pakistan geteilt wurde. Zwischen beide Landesteile, die Provinzen Westpakistan und Ostpakistan, ist ein 1500 Kilometer breiter Streifen indischen Gebiets geschoben.

Die Staatssprachen Pakistans sind Urdu, Bengali und Englisch. Urdu ist in Westpakistan verbreitet, das von Pandshabis, Pathanen, Sindhis und Belutschen bewohnt wird. Im östlichen Landesteil käme man mit dieser Sprache jedoch nicht durch: Die dort ansässigen Bengalen sprechen Bengali. Die Volksversammlung (das Parlament) tagt abwechselnd in West- und in Ostpakistan, wodurch die politische Gleichberechtigung beider Landesteile betont wird.

Neuankömmlinge lernen von Pakistan gewöhnlich zuerst Karatschi kennen, eine große Hafenstadt, die von den Verkehrslinien der größten internationalen Luftverkehrs- und Schiffahrtsgesellschaften berührt wird. Das stürmische Wachstum dieser zuvor stillen Stadt an der öden Küste des Arabischen Meeres begann im August 1947, als sie zur Kapitale des unabhängigen Pakistan wurde. Heute hat Karatschi über 2 Millionen Einwohner. In der Stadt sind modern ausgestaltete Bezirke entstanden. Im Zentrum stehen Glas- und Betonbauten von Banken, Industrie- gesellschaften, Handelsfirmen und Hotels. Jetzt ist die Hauptstadt zeitweilig in das kleine Rawalpindi verlegt worden. Zeitweilig, denn es wird eine neue Hauptstadt, Islamabad, gebaut. Ge-

schäfts- und Wirtschaftszentrum Pakistans bleibt jedoch Karatschi.

Trotz der beträchtlichen Bautätigkeit ist das Wohnungsproblem in Karatschi immer noch akut, besonders für die arbeitende Bevölkerung. Neben Luxusvillen liegen oft Slums mit Behausungen aus alten Brettern und Sackfetzen. Elf Monate im Jahr blaut über Karatschi ein wolkenloser Himmel, doch wenn die Monsunregen beginnen, geht es den Bewohnern der Slums schlecht.

Dakka, das Verwaltungszentrum von Ostpakistan, gilt gleichfalls als offizielle Landeshauptstadt. Obwohl der Ostteil Pakistans kaum ein Fünftel der Fläche des Westteils einnimmt, leben dort 60 Millionen von den insgesamt 110 Millionen Einwohnern Pakistans. Leidet Westpakistan unter Dürren und Wassermangel, so wird Ostpakistan der Wasserüberschuß zur Plage. Im Westen, im Pandshab und im Sind, wo man Weizen und Baumwolle anbaut, werden Bewässerungskanäle angelegt, in Ostbengalen dagegen Wehre und Dämme. Ostpakistan ist der größte Juteerzeuger der Welt. Der Reis, der dort am Gangesufer angebaut wird, gilt als der beste der Welt. Auf dem malerischen orientalischen Basar von Alt-Dakka türmen sich Ananas, Bananen und Mangofrüchte zu Bergen.

Pakistan ist ein Agrarland. 75 Prozent seiner Bevölkerung sind in der Landwirtschaft beschäftigt. Ihre Entwicklung ist für die Wirtschaft des gesamten Landes entscheidend.

Gegenwärtig hat Pakistan mit einer akuten Agrarkrise zu kämpfen. Zur Deckung seines Bedarfs muß das Land in diesem Jahr 2,5 Millionen Tonnen Brotgetreide einführen. Die langsame Entwicklung der Produktivkräfte im pakistanischen Dorf ist zum Teil damit zu erklären, daß der Zeitplan der von der Zentralregierung vorgesehenen Agrarumbildungen nicht eingehalten wird. Gehemmt werden sie durch die Grundbesitzer und die Wucherer, die

immer noch die Schlüsselstellungen auf dem Lande innehaben.

Wie die *Dawn* berichtete, sind die Lebensmittelpreise vom Juli 1966 bis zum April 1967 um 18 Prozent gestiegen. Das Emporschnellen der Lebenshaltungskosten hat im Lande eine Streik- und Demonstrationswelle ausgelöst. Anfang dieses Jahres legten Streiks den Seehafen Karatschi und die Westpakistan-Bahn, die wichtigste Verkehrsarterie des Landes, lahm.

Der Präsident Pakistans, Mohammed Ayub Khan, erklärte vor kurzem in einer Rundfunkrede, angesichts der jetzigen Situation schenke seine Regierung der Förderung der Landwirtschaft die Hauptaufmerksamkeit. Der gegenwärtig laufende dritte Fünfjahrplan für die wirtschaftliche Entwicklung Pakistans (1965/66—1969/70) wurde dementsprechend abgeändert. Die größten Bewilligungen kommen der Landwirtschaft sowie der Erschließung wasser- und energiewirtschaftlicher Ressourcen zugute.

In Ostpakistan ist die Be- und Entwässerung von 1,5 Millionen Acre im Gange. Ein Jahr vor dem Termin wurde in Westpakistan der Mangla-Damm seiner Bestimmung übergeben. Dadurch konnte die Wasserversorgung eines großen Agrarbezirks beträchtlich verbessert werden. In diesem Jahr muß auch der große westpakistanische Tarela-Damm fertig werden.

Die pakistanische Regierung hofft, daß es dank den Förderungsmaßnahmen für die Landwirtschaft möglich sein wird, Pakistan gegen 1970 zum Getreideselbstversorger zu machen. Man wird sehen, ob diese Hoffnung gerechtfertigt wird.

Zu den Problemen, über die die pakistanische Öffentlichkeit gegenwärtig diskutiert, gehört die Volksbildung. Über 80 Prozent der Bevölkerung sind Analphabeten. Die Schulräume reichen nicht aus. In Karatschi konnten im vorigen Jahr 15 000 Grundschulabgänger wegen Platzmangels in den Mittelschulen nicht weiterlernen. Besonders schlecht ist es damit auf dem Lande bestellt. Zudem klagt die pakistanische Presse über die Hochschulsituation. Es gibt in Pakistan zwar mehrere große Universitäten, aber von deren Absolventen erhalten nur zwei von je hundert eine technische Ausbildung. Indessen verspüren die im Aufbau begriffene Industrie und die Landwirtschaft einen großen Mangel an Fachleuten.

Die Regierung hat den Bau von 25 000 Grundschulen beschlossen, hauptsächlich auf dem Lande. Auch die Bewilligungen für die Volksbildung werden vergrößert. Man hofft in Rawalpindi, das Analphabetentum gegen 1975 im großen und ganzen beseitigt zu haben.

Als Britisch-Indien 1947 in zwei selbständige Staaten geteilt wurde, stand das heutige Pakistan faktisch ohne jede moderne Industrie da. Es mußte buchstäblich am Nullpunkt beginnen.

Inzwischen hat sich in Pakistan, hauptsächlich im Osten des Landes, die Juteindustrie entwickelt. Hauptdevisenquelle ist der Export von Jute und Juteerzeugnissen. Von 1947 bis 1965 ist die Erzeugung von Webstoffen auf das Achtfache, von Zement auf das Fünffache und von Zucker auf das Neunfache gestiegen. Auch sind große Wärme- und Wasserkraftwerke gebaut worden. Die Gasindustrie entwickelt sich. Auf der Werft von Karatschi ist im vorigen Jahr das erste von pakistanischen Arbeitern und Technikern gebaute Seehandelschiff vom Stapel gelaufen. In Ostpakistan wurde die erste Baufolge eines Stahlwerks in Betrieb genommen. Es soll einen Ausstoß von 250 000 Tonnen jährlich erreichen. Bisher muß Pakistan jährlich rund 100 Millionen Dollar für die Metalleinfuhr (hauptsächlich aus den USA) ausgeben.

Die Entwicklung der pakistanischen Industrie stößt auf große Schwierigkeiten, zum Teil deswegen, weil die industrielle Entwicklung des Landes bis vor wenigen Jahren hauptsächlich von den USA kontrolliert wurde, d. h. praktisch den Interessen der amerikanischen Monopole unterworfen war. Die pakistanische *Business Post* schrieb: „Wegen unserer Abhängigkeit von amerikanischen Dollars wurde unsere Wirtschaftsplanung durch unwissende amerikanische Berater beeinflusst, denen es vor allem darum zu tun war, Pakistans Abhängigkeit von der USA-Hilfe zu verstärken. Obwohl unsere Bevölkerung hauptsächlich in der Landwirtschaft beschäftigt ist, waren wir nicht imstande, auch nur ein Traktorenwerk zu bauen.“

Die Folgen der Abhängigkeit von den USA bekam Pakistan besonders 1965 zu spüren, als Washington ihm die Wirtschaftshilfe kürzte. Viele Zweige der pakistanischen Industrie, die auf Importrohstoffe und Ersatzteillieferungen angewiesen sind, gerieten in eine schwere Lage.

Darum trifft die pakistanische Regierung jetzt Maßnahmen, um diese Bande zu lockern. So sehen die im Juni 1967

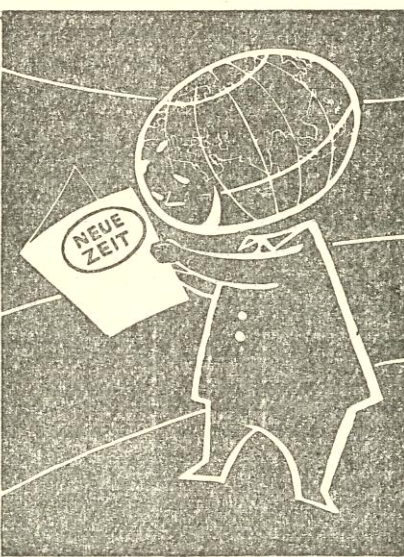
am dritten Fünfjahrplan vorgenommenen Korrekturen vor, daß von nun an nur Industriebetriebe gebaut werden, die zur Gänze mit örtlichen Rohstoffen in Gang gehalten werden können.

In den letzten Jahren bemüht sich Pakistan immer nachdrücklicher um den Ausbau seiner geschäftlichen Beziehungen zur Sowjetunion und zu den anderen sozialistischen Ländern und erwirbt bei ihnen industrielle Ausrüstungen für seine nationale Wirtschaft.

Im September v. J. wurde ein sowjetisch-pakistanisches Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit unterzeichnet. Nunmehr hilft die Sowjetunion Pakistan beim Aufbau einer Reihe von Industrieobjekten des staatlichen Sektors.

Große Bedeutung wird in Pakistan den Forschungen nach eigenen Erdöl- und Erdgasvorkommen beigemessen, da ein beträchtlicher Teil der Devisen des Landes für Erdölkäufe bei ausländischen Gesellschaften verwendet werden muß. Ich hatte wiederholt Gelegenheit, sowjetische Geologen und Bohrmeister zu besuchen, die gemeinsam mit pakistanischen Fachleuten bei diesen Forschungen beschäftigt sind. Ihre Arbeit hat bereits die ersten Ergebnisse gezeitigt. In Pakistan sind mehrere industriell verwertbare Erdgasvorkommen entdeckt worden.

Ich möchte nochmals die *Business Post* zitieren, die im Juli d. J. schrieb: „Die Zahlungsschwierigkeiten, die Unmöglichkeit, pakistanische Waren auf westlichen Märkten abzusetzen, sowie die



hohen Kosten westlicher Industrie- und Agrargüter ließen in Pakistan eine Krisensituation entstehen. Lediglich der Ausbau des Handels mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern hat Pakistan geholfen, diese Krise zu überwinden.“

Die Pakistaner haben sich aus eigener Erfahrung davon überzeugt, daß die frühere einseitige Orientierung auf die USA und die anderen Westmächte den Interessen des Landes nicht entsprach. Vor allem damit erklären sich die Wandlungen, die sich in den letzten Jahren in der Außenpolitik Pakistans vollzogen haben.

So wendet es sich allmählich von der CENTO und der SEATO, den Militärblöcken, ab, in die Washington es einbezogen hatte. Die SEATO-Teilnahme Pakistans ist eine rein formale geworden. Trotz des Drucks, den Washington auf Pakistan ausübte, hat dessen Regierung sich geweigert, die amerikanische Aggression gegen das vietnamesische Volk zu unterstützen. Sie tritt für eine friedliche Beilegung des Konflikts auf des Basis der Genfer Abkommen ein. Nachdrücklich hat sie die Aggression Israels verurteilt und für die nationale Befreiungsbewegung der arabischen Völker Partei genommen.

Die Regierung Ayub Khans hält Kurs auf die Zusammenarbeit mit allen Ländern, unabhängig von deren Gesellschaftsordnung.

Im April 1965 besuchte Präsident Ayub Khan die Sowjetunion und verhandelte mit den führenden sowjetischen Persönlichkeiten. Das spielte eine große Rolle bei der Festigung der gutnachbarlichen Beziehungen zwischen unseren Staaten. Gefördert wurde diese auch durch die Rolle der Sowjetunion bei der Regelung des pakistanisch-indischen Konflikts.

Anfang d. J. erklärte Präsident Ayub Khan: „Wir sind für den Ausbau der guten Nachbarschaft, des Verständnisses und der für beide Teile nützlichen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion. . . Die jüngsten Ereignisse zeigen, daß die Sowjetunion nicht nur an unserer Wohlfahrt und unserem Fortschritt interessiert ist, sondern auch an der friedlichen Regelung der Streitfragen auf dem vorderindischen Subkontinent.“

Pakistan, das nach einer unabhängigen Entwicklung strebt, ist 20 Jahre alt. Es steht ihm noch ein schwerer Weg bevor, aber es ist zu hoffen, daß das Volk des Landes sein Ziel erreichen wird.

Einmal sah ich in Pjöngjang einen jungen Südkoreaner, der unter Lebensgefahr die militärische Demarkationslinie überschritten hatte, weil er in der Koreanischen Volksdemokratischen Republik leben will.

Beim Lesen von Nachrichten über das Gedeihen dieser Republik, über die erstaunlich rasche Entwicklung ihrer Wirtschaft und Kultur, über die Leistungen ihrer Arbeiter, Bauern und Wissenschaftler und über die Werke ihrer Schriftsteller und Künstler mußte ich oft an den jungen Mann denken.

Obwohl die Pjöngjanger Zeitungen nicht nach Südkorea gelangen (nur Vögel können die Demarkationslinie unbehelligt überqueren), erfahren die Südkoreaner doch von der Lebenslage und den Erfolgen der Werktätigen in Nordkorea. Sie hören Radio Pjöngjang, und sie tun es heimlich, bei festverschlossenen Fenstern und Türen. Um so größer ist der Eindruck, den die Nachrichten aus dem Norden auf sie machen.

Radio Pjöngjang meldet: In Nordkorea ist seit diesem Jahr die landwirtschaftliche Naturalsteuer restlos aufgehoben. Man kann sich vorstellen, wie das auf die südkoreanischen Bauern wirkt, die unter Steuern und Abgaben ächzen.

Und noch eine Meldung: Seit diesem Schuljahr ist in Nordkorea die allgemeine neunjährige technische Ausbildungspflicht eingeführt. Jetzt bekommen alle Kinder bis zum 17. Lebensjahr kostenlos Mittelschulbildung und eine allgemeintechnische Ausbildung. In Südkorea dagegen können 2 Millionen Kinder wegen der Armut ihrer Eltern überhaupt nicht zur Schule gehen.

In den letzten Tagen haben Radio Pjöngjang und die nordkoreanische Presse den Südkoreanern besonders viel zu denken gegeben. Und nicht nur ihnen, sondern der ganzen Welt. Am 15. August wurde in Korea ein denkwürdiger Tag begangen. Vor 22 Jahren befreiten die Sowjetarmee und die Partisanenverbände Kim Ir Sens Korea von der japanischen Kolonialunterdrückung. Seitdem haben sich Nord- und Südkorea verschieden entwickelt. Der Norden hat den sozialistischen Weg eingeschlagen, den Weg zu Fortschritt und Gedeihen. Den Süden haben die USA-Imperialisten auf dem kapitalistischen Weg festgehalten, genauer: Sie haben ihn eine Halbkolonie bleiben las-

In Korea

sen. Seine Wirtschaft stagniert, und die Millionenmassen sind dem Elend preisgegeben.

Die Fortschritte des Nordens sind überwältigend.

Schon im Jahre 1965 erzeugte seine Industrie 15mal soviel wie im Jahre 1944. Früher erzeugten die Fabriken Nordkoreas primitive Dreschmaschinen und Pflüge, Gummischuhe und Hausrat, ferner Roheisen- und Kupferbarren, die an Maschinenfabriken im Ausland gingen. Jetzt baut Nordkorea Kraftwagen, Obusse, Traktoren, Elektroloks, moderne Werkzeugmaschinen, Elektromotoren, Turbinen, komplizierte Bau- und Landmaschinen und erzeugt schließlich Stoffe aus eigenen Kunstfasern.

Der Bau von Industriebetrieben in der Republik wird fortgesetzt. Gebaut oder ausgebaut werden das Wärmekraftwerk in Pjöngjang und die Kraftwerke in Unbon, Kanggye u. a. Es entstehen neue Bergwerke, Erzminen und Aufbereitungsfabriken, Hoch- und SM-Ofen, Maschinen-, Chemie-, Textil- und Lebensmittelfabriken sowie Meliorationsanlagen. Ein umfangreicher Bau von Wohnhäusern, Kulturstätten und Kommunaleinrichtungen ist im Gange.

Die Landwirtschaft Nordkoreas ist weit über ihren Vorkriegsstand hinausgelangt. Sie versorgt die Bevölkerung restlos mit Getreide und anderen Nahrungsmitteln und liefert der Industrie die notwendigen agrarischen Rohstoffe.

Von Jahr zu Jahr steigen der Lebensstandard und das Kulturniveau des Volkes. Die 98 Hochschulen haben rund 200 000 Studenten. In der Wirtschaft der Republik sind schon jetzt über 300 000 Ingenieure, Techniker und andere Fachkräfte beschäftigt. Und das in einem Land mit nur etwa 12 Millionen Einwohnern!

Für Südkorea dagegen waren die 22 Jahre Unglücksjahre. So oft dort die Präsidenten und die Ministerpräsidenten auch gewechselt haben, die Lage ist ebenso schwer und aussichtslos wie unter den japanischen Kolonialisten. Das Geschick Südkoreas zeigt, daß Kolo-

nialisten eben Kolonialisten bleiben, welche Flagge sie auch führen mögen, ob die japanische oder die amerikanische. Früher war Korea „ein Teil des japanischen Staates“, das verkündeten die japanischen Eroberer vor 60 Jahren. Jetzt ist Südkorea ein „unabhängiger Staat“ mit eigener Regierung und eigenem Parlament, regiert aber wird es wie früher von ausländischen Besatzern. Die Ergebnisse gleichen sich wie ein Ei dem andern: eine haarsträubende Ausbeutung und Entrechtung des arbeitenden Volkes, in den Städten Millionen Arbeitslose, auf dem Lande Ruin und Not, hunderttausende verwahrloste Kinder, steigende Lebenshaltungskosten, regelmäßige Steuererhöhungen, Millionen Analphabeten. Und obendrein werden dem Pentagon 50 000 südkoreanische Soldaten für die Schlachtbank in Vietnam geliefert.

Die wirtschaftliche Notlage Südkoreas ist nicht auf Orkane oder Überschwemmungen zurückzuführen, und das arbeitende Volk ist dort nicht weniger talentiert und arbeitsfreudig wie in Nordkorea. Auch seine Naturschätze sind nicht geringer, wenn sie auch anderer Art sind. Doch die Lage im Norden und im Süden steht in krassem Kontrast, denn die beiden Landesteile haben sich auf verschiedenen Wegen entwickelt.

Die USA-Imperialisten klammern sich an Südkorea, das sie zu einem Depot von Raketen und Kernwaffen und zu einer Kanonenfutterfabrik gemacht haben. Ihre Söuler Marionetten, die restlos von Washington abhängen, kommen dessen Forderungen nach.

Die amerikanische Besetzung Südkoreas ist die Ursache vieler Leiden und Qualen des Volkes. Ihretwegen ist Korea noch immer geteilt; ihretwegen schwelt auf koreanischem Boden ein neuer Kriegsherd; ihretwegen leben Millionen Südkoreaner in Not und Entrechtung. Kein Wunder, daß die nachdrücklichste Forderung der Koreaner lautet: „Ami, go home!“

Wir in der Sowjetunion gratulieren unseren koreanischen Brüdern zu dem denkwürdigen Jahrestag und wünschen ihnen neue Erfolge im Kampf für die Wiedervereinigung ihres Landes, für Frieden und Fortschritt. Das Sowjetvolk unterstützt entschieden ihre berechnete Forderung.

Nikolai Schimmel

Was hinter den Pekinger Provokationen steckt

Die Seeleute aller Breiten sind ein kühner, tapferer Menschenschlag. Sie sind daran gewöhnt, es mit dem Element aufzunehmen. Es bedarf aber einer besonderen Selbstbeherrschung und Standhaftigkeit, in Ehren die Heimsuchungen zu bestehen, die das sowjetische Schiff „Swirsk“ im Hafen Dalny zu bestehen hatte. Der ganzen Welt ist bekannt, wie die Pekinger Behörden mit diesem Schiff umgesprungen sind. Obwohl in Lebensgefahr, haben sich unsere Seeleute tapfer gehalten, waren organisiert, selbstbewußt und fielen nicht auf die Provokationen der Mao-Truppler und der „revolutionären Aufrührer“ herein.

Das energische Einschreiten der Sowjetregierung und das Telegramm, in dem Alexej Kossygin vom Premier des chinesischen Staatsrates eine sofortige Einstellung der Gesetzwidrigkeiten forderte, haben ihre Wirkung nicht verfehlt. Kapitän Korshow, dem es besonders schlimm ergangen ist, hat seinen Platz auf der Kommandobrücke wieder eingenommen. Er hat gefunkt, daß die Mannschaft vollzählig an Bord ist und daß die „Swirsk“ Kurs auf Wladiwostok genommen hat.

Die Pekinger Provokateure aber hausen weiter. Rudel von Mao-Trupplern belagern die Botschaft der Mongolischen Volksrepublik. Sie dringen ins Botschaftsgebäude ein, demolieren Räumlichkeiten und mißhandeln Diplomaten.

Peking will es so hinstellen, als seien diese Exzesse eine Antwort darauf, daß Beamte der mongolischen Botschaft die Souveränität der Volksrepublik China verletzt hätten. Der Fahrer eines mongolischen Botschaftswagens soll ein Bild Mao Tse-tungs zertrampelt haben. Der gleiche Vorwand wie bei den sowjetischen Seeleuten: Einer von ihnen soll ein Abzeichen mit einem Bildnis der „rötesten und hellsten Sonne im Herzen des chinesischen Volkes“ ins Meer geworfen haben. So etwas können höchstens die Mao-Truppler und die „Aufrührer“ glauben, die vom vielen Lesen der Zitate Mao Tse-tungs schon ganz wirr sind. Man hat sich diesen Vorwand ausgedacht, um den Chauvinismus dieser Rowdys noch mehr aufzuputtschen. Normale Leute aber, ob in China oder im Ausland, kann die Pekinger Propaganda nicht irreführen. Die Provokationen gegen die „Swirsk“ und die mongolische Botschaft waren von den Pekinger Behörden im voraus geplant,

und unverkennbar zu einem ganz bestimmten Zweck.

Die Gruppe Mao Tse-tungs geht darauf aus, das Verhältnis Chinas zu den sozialistischen Ländern zu verschlechtern. Die Zahl der Länder, gegen die sich die Provokationen Pekings richten, nimmt zu. Es handelt sich da um einen Versuch, die Beziehungen zu sozialistischen Ländern einzuengen. Unlängst hat China von sich aus die Abkommen aufgekündigt, die die Regierungen der Sowjetunion, der Koreanischen Volksdemokratischen Republik und der Volksrepublik China über die Rettung von Menschenleben und über Hilfeleistung an Schiffe und Flugzeuge in Seenot schlossen.

Wie die Regierung der Mongolischen Volksrepublik in einer Erklärung feststellt, gehören die gegen die Mongolei gerichteten Provokationen, die das Freundschaftsverhältnis zwischen dem mongolischen und dem chinesischen Volk erschüttern sollen, zu der Hetze und den feindseligen Akten der Pekinger Spalter gegen die Sowjetunion und andere sozialistische Länder, gegen die marxistisch-leninistischen Bruderparteien.

Die von Peking aufgezoogene neuerliche antisowjetische und antimongolische Kampagne ist zeitlich nicht von ungefähr mit der Zuspitzung der Situation in China selbst zusammengefallen. Maos Gruppe kann dieser Situation nicht Herr werden. Die Geschehnisse in Wuhan haben eine Art Kettenreaktion ausgelöst. Ausländische Nachrichtenagenturen berichten von Zusammenstößen in Nordostchina — in Schen-jiang, Charbin, Tschangtschun —, in den Ostprovinzen Fukien und Tschekiang sowie in Tschungking, der größten Stadt der Provinz Szetschuan. Peking macht sich über diese Entwicklung Sorgen. Ein Korrespondent der *France Presse* gibt durch, daß am 11. August auf dem Tienanmen-Platz Tausende demonstriert haben, die Befehl hatten, den „bewaffneten Kampf“ zu verurteilen. Daraus geht hervor, wie beunruhigt die Gruppe Mao Tse-tungs über das Aktivwerden ihrer Gegner ist.

Unter diesen Umständen unternimmt die Pekinger Führung ein Ablenkungsmanöver und versucht, die Aufmerksamkeit des chinesischen Volkes auf „auswärtige Probleme“ hinzulenken.

Peking verschlechtert das Verhältnis zu sozialistischen Ländern bei einer erhöhten allgemeinen internationalen Spannung. In Nahost ist es unruhig.

In den ersten Augustwochen debattierte der USA-Kongreß über Anträge betreffs der beiden Kriege, die Washington zur Zeit führt: zu Haus gegen die Neger und in weiter Ferne, in Übersee, gegen Vietnam. Die Sonderkommission, die die Ursachen der Negerunruhen zu untersuchen hatte, hat ihre Empfehlungen dafür gemacht, wie der Krieg gegen die Neger fortgesetzt werden soll, und das Pentagon und der Präsident haben Anträge zur Eskalation des Vietnamkrieges gestellt.

Die beiden Kriege und Probleme hängen eng miteinander zusammen. Das wird sogar in Amerika zugegeben. *Die Bomben, die in Vietnam fallen, explodieren bei uns zu Hause* — so beginnt eine in amerikanischen Zeitungen veröffentlichte Erklärung einer der zahllosen Gruppen von Amerikanern, die gegen den Vietnamkrieg auftreten.

Nannten die Amerikaner den vorigen Sommer wegen der Negerunruhen und der Antikriegsdemonstrationen heiß, so ist dieser Sommer glühend. Amerika hat wohl noch nie eine so unruhige und gespannte Zeit erlebt. In der gemäßigtsten bürgerlichen Presse liest man manchmal eine derart schonungslose Kritik an der Politik Washingtons, wie sie früher höchstens in der Presse erschien, die der Politik der Monopole und dem Vietnamkrieg gegenüber eine unerbittliche Haltung einnimmt.

Die ganze Welt weiß, daß die Arbeitslosigkeit, Armut und schwere soziale Lage der Millionen Neger in den USA vor allem an den Negerunruhen schuld sind. Vor kurzem veröffentlichte der bekannte amerikanische Gesellschafts-

Die amerikanischen Aggressoren haben ihre Überfälle auf Hanoi wiederaufgenommen. Johnson hat soeben einen Plan für die Ausdehnung der Bombenangriffe auf die DRV bestätigt. Auch viele andere Geschehnisse zeugen davon, daß die imperialistischen Kräfte reger werden.

In dieser Situation sind die Provokationen Pekings gegen sozialistische Länder besonders hanebüchen. Die Handlungsweise der Gruppe Maos setzt außer jeden Zweifel, daß diese Gruppe die Normalisierung der internationalen Lage erschweren will. Das erleichtert den Imperialisten selbstverständlich die geplante Ausdehnung des Kriegs in Vietnam und die Aufrechterhaltung der Gespanntheit in anderen Weltgegenden.

I. O.

Eine krankende Gesellschaft

Natalja SERGEJEWA

wissenschaftler Daniel Moynihan vom Technologischen Institut Massachusetts die Ergebnisse der Untersuchung eines Problems, das er das Problem der amerikanischen Städte nennt. Er ist der Ansicht, daß andere industrielle Nationen, die längst nicht so reich wie die USA sind, viel größere Fortschritte als diese bei der Behebung der Arbeitslosigkeit, Unwissenheit und Degradierung der Einwohnermassen ihrer Städte gemacht haben. Nur in den USA sei das Problem der Elendsquartiere derart akut. Und weiter: „Man kann mit Gewißheit sagen, daß ein Massenelend und eine Armut, wie sie fast in jeder amerikanischen Stadt anzutreffen sind, in ähnlichen Städten Europas, Kanadas oder Japans einfach nicht vorkommen.“

In der Tat, wo sonst sind beispielsweise die Ratten ein akutes Problem, das ernsteste soziale Folgen nach sich zöge? In den Großstädten der USA jedoch ist das der Fall. Ende Juli befaßte sich der Kongreß damit. In den Elendsvierteln der Großstädte veranstalten die Ratten Säuglinge, ganze Viertel sind von Ratten belagert, auch die Kinder in den Schulen haben unter ihnen zu leiden. Das alles wurde dem Kongreß vorgetragen. Die Mitglieder debattierten, äußerten Mitgefühl, aber der Antrag, eine größere Summe zur Bekämpfung der Rattenplage bereitzustellen, wurde mit 207 gegen 176 Stimmen abgelehnt.

Man braucht das Geld für andere Zwecke. Man braucht es für den Krieg in Vietnam, der ein Faß ohne Boden ist. Er hat schon über 50 Milliarden Dollar verschlungen. Heute nun redet und schreibt man in den USA, daß, solange die Finanzen der USA wegen der Kriegskosten überfordert seien, das vom Präsidenten aufgestellte Programm für die Bekämpfung der Armut auf dem Papier bleibe und von ernsthaften Maßnahmen zu einer Sanierung der Verhältnisse in

den Städten, namentlich zu einer Besserstellung der Neger, gar keine Rede sein könne.

General Westmoreland hat Truppenverstärkungen angefordert. Er bekommt noch 50 000 Mann. Die neuerlichen barbarischen Bombenangriffe gegen die DRV verschlingen Riesensummen. Im laufenden Rechnungsjahr wird der Staatshaushalt mit einem Fehlbetrag von mehr als 23 Milliarden Dollar abschließen. Die Ausgaben werden um 8,5 Milliarden größer als laut Haushaltsentwurf sein, die Einnahmen dagegen um 7 Milliarden geringer. Um einen Ausgleich zu schaffen, hat der Präsident eine 10prozentige Erhöhung der Steuern beantragt. Auch hat man vor, bei einigen Haushaltsposten einzusparen. Das soll natürlich nicht die Rustungsaufträge betreffen, an denen sich die Monopole bereichern, ebenso wenig wie die Belieferung der in Vietnam hausenden Armee, sondern die Sozialleistungen an das Volk. Die Steuererhöhung ist äußerst unpopulär, und wenn sich der Präsident so kurz vor Wahlen dazu entschließt, so zeugt das von einer finanziellen Hochspannung.

Doch der Krieg gegen Vietnam, der für den Staatshaushalt der USA so belastend ist, droht nicht nur mit ernststen wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Er verhindert vor allem vernünftige Maßnahmen zur Bewilligung der Forderungen, die die Negerbewegung stellt, d. h. zur Bekämpfung der haarsträubenden Not ziemlich breiter Bevölkerungsschichten. Um irgendeine Erleichterung zu schaffen und diese seit unvordenklichen Zeiten vernachlässigte Angelegenheit in Ordnung zu bringen, braucht man ja viel Geld. Das Geld geht aber für den Krieg drauf. Deshalb sucht man einen Ausweg in Repressalien. Es ist immer dieselbe Politik der Stärke, die der USA-Imperialismus auch international betreibt.

Das konnte der Kommission, die die Ursachen der Negerunruhen klärte, natürlich nicht entgehen. Sie hat aber

nicht empfohlen, die Lage der Neger und die Wohnverhältnisse in den Slums zu verbessern. Vielmehr hat sie vorgeschlagen, die Nationalgarde besser in der Unterdrückung von „Aufrührern“ zu drillen. Sie rät, die allgemeine Ausbildung sämtlicher Offiziere der Nationalgarde in diesem Sinne zu intensivieren.

Der Kongreß hat einen Zusatz zur Regierungsvorlage über die Bekämpfung der Kriminalität angenommen und es fertiggebracht, das Gesetz gegen das Gangsterunwesen, gegen Mörder und Plünderer der Unterdrückung der Negerunruhen dienstbar zu machen, als wollte er damit betonen, daß die Regierung der USA nicht beabsichtigt, die wichtigsten Probleme der Armut, Arbeitslosigkeit und Entrechtung der Neger zu bereinigen, sondern daß sie nur daran denkt, deren Proteste gewaltsam zu ersticken und mit den zur Verzweiflung getriebenen Menschen aufzuräumen. Das Gesetz gegen die Kriminalität ist zu einem Gesetz gegen Negeraufstände gemacht worden. In einem Aufwasch hat sich der Kongreß mit noch einer Bill beschäftigt: über „Agitatoren“. Ungeniert wärmte der Kongreß das alte Märchen auf, daß an allem professionelle „Agitatoren“ schuld seien, die das friedfertige Volk aufhetzen. Wie unhaltbar das ist, ist derart klar, daß in der USA-Presse Karikaturen von Senatoren aufgetaucht sind, die die alten Lieder von Agitatoren und Aufrührern singen.

Wegen der Haltung des Kongresses und der ganzen Situation, wie sie sich infolge des Vietnamkriegs und der Unruhen in den Slums gestaltet, herrscht im ganzen Land Alarmstimmung. Das findet in der amerikanischen Presse seinen Niederschlag. Offener denn je schreibt sie über die Unzulänglichkeiten und Fehler der amerikanischen Politik. Noch hat der Wahlkampf nicht begonnen, aber die politischen Leidenschaften erhitzen sich schon, und die Rivalen, von denen jeder dem anderen durch Enthüllung der Verfahrenheit seiner Politik eins auswaschen will, enthüllen damit wohl oder übel auch die Gebrechen des ganzen Systems. Ob sie es wollen oder nicht, sie lassen sehen, daß dieses System von Grund auf morsch ist, sie legen die Kehrseite der amerikanischen Lebensweise bloß, verraten, was für sture und schonungslose Obskuranten über das Geschick von Millionen entscheiden. Heute nennen manche 100prozentige Amerikaner ihr Land besorgt eine krankende Gesellschaft.

Allem Anschein nach haben sie recht.

Die Erde der Menschen

Jeden Tag bewegen sich lange vor 10 Uhr morgens, wenn die EXPO 67 geöffnet wird, ganze Menschenströme auf das Ausstellungsgelände in Montreal zu. Die drei Haupteingänge — auf Kap Mackay, in der Nähe des Hafens Montreal und auf St. Helena — führen zur „Erde der Menschen“, wie die Devise der Ausstellung nach einem Buchtitel von Antoine de Saint-Exupéry lautet.

Gleich bei den ersten Schritten spürt der Besucher, daß für ihn gesorgt ist. Er wird liebenswürdig darauf hingewiesen, daß er keine zweite Eintrittskarte zu lösen braucht, wenn er an einem Tag nochmals auf die Ausstellung kommen will. Am Ausgang werde man ihm einen unsichtbaren Stempel auf die Hand drücken, der später, beim Wiederkommen, mit speziellem Violettlicht bestrahlt wird, so daß am Eingang festgestellt werden kann, daß der Eintritt dieses Mal frei ist.

Wer kleine Kinder mit hat, kann einen niedrigen, großen Kinderwagen mieten, und für ältere Leute und Invaliden sind Rollstühle und kleine Klappstühle vorhanden, damit sie vor den Hallen nicht Schlange stehen müssen, sondern sitzend warten können, bis sie an der Reihe sind.

Die Ausstellung hat ihre eigenen Verkehrsmittel. Ein Elektro-Expres aus langen, mit Aluminium verkleideten Waggons befördert die Besucher gratis. Er geht alle 2 bis 3 Minuten ab, überquert das ganze Ausstellungsgelände und verbindet St. Helena und Kap Mackay mit der künstlichen Insel Notre-Dame. Diese ist aus dem beim Bau der Montrealer U-Bahn ausgehobenen Erdreich aufgeschüttet worden.

Man kann auch die Einschienenbahn Minirail benutzen, die in Höhe des ersten Stocks auf beiden Inseln verkehrt. Hier ist die Fahrt nicht gratis, und doch steht vor den Stationen immer eine Schlange, weil man von den Waggons der Minirail aus in alle Winkel der „Erde der Menschen“ hineinschauen kann. Überall bieten die Fahrer von Pedicabs ihre Dienste an. Es sind junge Männer in weißen Anzügen und Korkhelmen, größtenteils kanadische Studenten, die sich etwas verdienen wollen.

Valentin Bereshkow Eigenbericht von der EXPO 67

Jedes Pedicab hat zwei Plätze. Auf den Kanälen, die das Ausstellungsgelände durchqueren, verkehren Motorboote, Fähren und kleine Dampfer, und in der Luft surren Hubschrauber: Man kann sich die Ausstellung auch aus der Vogelschau ansehen. Wenn man hinzufügt, daß ein großer Teil der Besucher die eigenen Beine gebraucht — und für eine eingehende Besichtigung ist das wohl das bestgeeignete Verkehrsmittel —, so kann man sagen, daß das Verkehrsproblem auf der EXPO 67 gelöst ist.

Sehr gut haben die Veranstalter auch für die Verpflegung gesorgt. Trotz des großen Zuspruchs — an manchen Tagen hat die Ausstellung einige Hunderttausend Besucher —, sind überall Erfrischungsgetränke und Speiseeis zu bekommen und überall kann man etwas essen, anfangen von den Imbißstuben, wo man sofort einen „heißen Hund“, ein Würstchen mit Mostrich in einem aufgeschnittenen Brötchen, erhält, bis zu den großen Gaststätten der Hallen, wo man sich an erlesenen Gerichten der nationalen Küche und an teuren Weinen aller Kontinente delectieren kann. Auf den Wiesen, im Schatten der Bäume, sind Holztische und Bänke aufgestellt. Da kann man sich niederlassen, wenn man sein Essen mitgebracht hat.

Was die Möglichkeiten zum Kauf von Andenken und zum Amüsement betrifft, so haben sich die Veranstalter der Ausstellung selbst übertroffen. Überall, in den Hallen wie längs der Alleen, stehen kleine Kioske mit ganz verschiedenen Andenken, die allerdings horrend teuer sind. Außerdem hat jedes auf der Ausstellung vertretene Land seine eigenen Kioske. An den Nationaltagen werden Festspiele und andere Darbietungen veranstaltet. Ein Vergnügungspark, La Rond, nimmt auf St. Helena ein großes Gelände ein. Er ist von halb 10 früh bis halb 3 nachts geöffnet. Dort gibt es die verschiedensten Attraktionen zu

Landen, zu Wasser und in der Luft. Auch ein Teufelsrad ist da und eine Rutschbahn (in Rußland amerikanische und in Amerika russische Berge genannt). Man kann in einem aus einem riesigen Baumstamm gefertigten Kübel auf einem schmalen, reißenden Strom fahren, der bald drei Stockwerke hoch aufwärtsfließt, bald einen Wasserfall bildet. Für Liebhaber des kanadischen Wilden Westens ist im La Rond ein altertümliches Fort, das Fort Edmonton, rekonstruiert. Um Mitternacht gibt es am St.-Lorenz-Strom Feuerwerk, dessen bunte Garben die Wolkenkratzer des nächtlichen Montreal phantastisch beleuchten.

Kurz, man hat viel Erfindungsgeist an den Tag gelegt, um die Besucher zu unterhalten, und das wie auch die bunte, verschieden gekleidete Menge mögen es sein, die die EXPO 67 auf den ersten Blick wie ein Rummel anmuten lassen. Möglicherweise spielt dabei die Nähe der USA eine Rolle. Überhaupt spürt man den Einfluß der USA in Kanada sehr. Schon das Aussehen der Städte erinnert daran. Die Veranstalter der Ausstellung haben wahrscheinlich den Sitten und Gewohnheiten der amerikanischen Besucher Rechnung tragen wollen, die unter den Gästen die überwiegende Mehrheit darstellen.

Einmal drängten sich in der Halle der Telefongesellschaft Bell, wo in einem Rundkino ein wunderbarer Kanada-Film des Disney-Studios läuft, anderthalbtausend Besucher. Um sie bis zur nächsten Vorstellung zu unterhalten, forderte eine hübsche Hostesse alle, die aus den USA sind, auf, die Hände zu heben. Ein ganzer Wald von Händen erhob sich. Dann fragte sie:

„Ist jemand aus Kanada da?“

Da hoben sich nur dreißig oder vierzig Hände. Als sie gar nach den Europäern fragte, fand sich in dieser Menge außer uns kein einziger Besucher aus der Alten Welt. Die Statistik zeigt, daß 73 Prozent der Besucher Amerikaner und 20 Prozent Kanadier sind. Für alle anderen bleibt nur ganz wenig übrig.

Man kann nicht genau sagen, welcher Prozentsatz der Besucher die Ausstel-

lung nur als Amüsement ansieht und welcher Prozentsatz sich ernster zu ihr verhält. Und doch habe ich den Eindruck, daß die meisten Besucher die ausgestellten Stücke genau betrachten, die Länderhallen aufmerksam besichtigen und etwas Neues über das Leben anderer Völker und Länder erfahren wollen. Stundenlang stehen die Leute in der glühenden Sonne Schlange. Besonders lang ist die vor der amerikanischen Halle, der geodätischen Blase, wie sie genannt wird, und das ist auch begründet. Jeder Amerikaner fühlt sich verpflichtet, die Ausstellung seines Landes zu sehen. Um so bemerkenswerter ist es, daß die Schlange vor der sowjetischen Halle noch länger ist und niemals abreißt. Sie nimmt bei den beiden breiten Rolltreppen ihren Anfang, die sich irgendwo oben hinter der Glasfläche verlieren, die wie schwebend von dem riesigen Vordach herabhängt, führt um das große Wahrzeichen des Sowjetstaates, eine stahlgänzende Sichel mit einem ebensolchen Hammer, herum und zieht sich am Rodin-Kai und am Le-Moyne-Kanal entlang.

Am 15. August war der Nationaltag der Sowjetunion. Bis dahin hatten schon über 10 Millionen Besucher die sowjetische Halle passiert — die Ausstellung hatte insgesamt etwa 30 Millionen. Natürlich stimmen diese Zahlen nur bedingt, denn manche Besucher kommen mehrmals, während die Drehkreuze unbeteiligt jede Drehung zählen und das Gesamtergebnis als Besucherzahl gerechnet wird. Wie dem auch sei, jeder dritte, der durch ein Drehkreuz auf die EXPO 67 kommt, geht in die sowjetische Halle.

Das Interesse für sie und unser Land läßt sich ohne weiteres verstehen. Überall bekommen die Menschen irgendwelche Informationen und in manchen Ländern eher Desinformationen über das Leben in der Sowjetunion und ihre Politik. Im großen und ganzen aber weiß man schon fast überall sehr genau, daß im Sowjetland viele hervorragende wissenschaftliche Entdeckungen gemacht worden sind und daß unser Volk einen riesigen technischen Fortschritt erzielt hat.

Ganz besondere Bedeutung hat natürlich die Tatsache, daß dieses Jahr der 50. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution gefeiert wird. Die sowjetische Ausstellung ist in vieler Hinsicht als eine Art Bericht über die Errungenschaften unseres Volkes aus diesem halben Jahrhundert gestaltet. Die Besucher, besonders die Amerikaner und Kanadier, von denen viele nie in der Sowjetunion waren, müssen sich bei der Besichtigung der grandiosen so-

wjetischen Halle Gedanken darüber machen, wie das rückständige zaristische Rußland während der knappen Lebensdauer eines Menschen eine der größten Weltmächte mit einer hochleistungsfähigen, modernen Wirtschaft geworden ist, die in vieler Hinsicht einen Giganten der kapitalistischen Welt wie die USA schon eingeholt und in manchen Dingen ihn sogar überflügelt hat.

Die sowjetische und die amerikanische Halle stehen gegenüber, die wie Fischschuppen an der Sonne glitzernde Kugel Amerikas und die sowjetische Halle mit ihrem wie der Flügel eines Vogels zum Himmel geschwungenen Dach. Ein Amerikaner, neben dem wir zufällig auf der die beiden Hallen verbindenden Kosmos-Brücke standen, sagte zu mir:

„Die beiden Staaten dominieren auf der Ausstellung wie überhaupt auf der Welt. Wie haben Sie es bloß fertiggebracht, so schnell so weit zu kommen? Ich war schon zweimal in Ihrer Halle und habe da viel Interessantes gesehen, und doch kann ich irgendwie nicht recht glauben, daß Sie, den Krieg abgerechnet, nur vier Jahrzehnte gebraucht haben, um Onkel Sam auf die Hacken zu treten.“

Viele Besucher der sowjetischen Halle, besonders jene, die nur die kapitalistische Lebensweise kennen, können nicht begreifen, wie man ohne Unternehmer, ohne Monopolkonzerne und kapitalistische Banken eine moderne, technisch entwickelte Gesellschaft aufbauen kann, wie das Sowjetvolk es fertiggebracht hat, so schnell den Weg zurückzulegen, zu dem die entwickelten kapitalistischen Länder Jahrhunderte brauchten.

Ausstellung und Politik

Die Veranstalter der EXPO 67 beschlossen von Anfang an, daß die Ausstellung nichts mit Politik zu tun haben dürfe. Das war in gewissem Grade für das Gepräge der Hallen, natürlich auch der sowjetischen, bestimmend. Wir zeigen größtenteils konkrete Leistungen unseres Landes und die Lebensweise unseres Volkes und erzählen, soweit das unumgänglich ist, ganz knapp von dem Weg, den unser Land seit der Oktoberrevolution zurückgelegt hat, und mit unseren Plänen für die Zukunft machen wir die Besucher nur in ganz allgemeinen Zügen bekannt. Vergleichen wir das in unserer Halle Ausgestellte mit dem, was der Besucher in den meisten Hallen der westlichen Länder und auch in einigen

thematischen Hallen zu sehen bekommt, so stechen wir vorteilhaft mit der Solidität, Folgerichtigkeit und Ausführlichkeit unserer Ausstellung ab. Bei uns sind vielleicht nur die Möglichkeiten des Films zur Veranschaulichung der Lebensweise unseres Volkes, seiner Ideale und Bestrebungen — alles dessen, was die sozialistische Lebensweise dem sowjetischen Menschen bietet — nicht ausreichend genutzt. In dieser Hinsicht ist ein Versuch der Franzosen interessant. In jedem Stockwerk ihrer eleganten Halle gibt es viele kleine Nischen, sie sind mit dunklem Samt ausgeschlagen, und dort laufen ununterbrochen Filme über die verschiedenen Seiten des Lebens in Frankreich.

Und doch ist ganz klar, daß der denkende Besucher, der die Ursachen der schnellen und allseitigen Entwicklung unseres Landes ergründen will, das Ausschlaggebende erkennen muß: die sozialen Umgestaltungen, zu denen die Große Sozialistische Oktoberrevolution den Auftakt gab. Viele Eintragungen im Gästebuch, das erstaunlich schnell voll wird, zeugen davon. Manche lassen erkennen, daß die Schreiber verblüfft sind; andere schreiben, daß der Besuch der sowjetischen Halle bestätigt hat, was sie schon früher von der Sowjetunion als einer der größten Weltmächte wußten. Diese Eintragungen sind besonders zahlreich.

Von den sozialistischen Ländern sind auf der Ausstellung nur die Sowjetunion, die Tschechoslowakei, Jugoslawien und Kuba vertreten. Ihre Hallen sind sehr gut besucht. Sie stellen gleichsam ein Fenster zur sozialistischen Welt dar. Davon sind die an der ideologischen Front der kapitalistischen Länder Tätigen zweifellos bei der Gestaltung ihrer Ausstellung ausgegangen.

Obwohl die EXPO, wie gesagt, unpolitisch gedacht war, haben die Nachrichtenagenturen der kapitalistischen Länder, die da vertreten sind, keine Mühe gescheut, den Besuchern die kapitalistische Lebensweise und die kapitalistische Ideologie im besten Lichte vorzuführen und sie der sozialistischen Ideologie gegenüberzustellen.

Man kann es wohl als Zeichen der Zeit ansehen, daß jetzt kaum einer im Westen versucht, den Nachdruck auf Vorzüge der kapitalistischen Länder in Wissenschaft und Technik zu legen. Das wäre jetzt einfach sinnlos, denn die Leistungen der Sowjetunion, besonders auf dem Gebiet der Raumforschung und der Atomenergie, sind allbekannt, was, wie jeder weiß, unlösbar mit dem außerordentlich hohen Gesamtniveau der wissenschaftlichen und technischen

Entwicklung zusammenhängt. Deshalb benutzt man jetzt eine andere Taktik.

Man sagt den Besuchern gewissermaßen: Ja, die Sowjetunion hat in der wirtschaftlichen Entwicklung der Welt vorderste Stellungen eingenommen; ja, die wissenschaftlichen Erfolge der Sowjetunion sind nicht zu bestreiten. Manche stehen sogar nicht an zuzugeben, daß diese raschen Fortschritte unseres Landes wie auch der anderen sozialistischen Länder mit ihrer Gesellschaftsordnung zu tun haben. Aber dann wird die Frage aufgeworfen, welchen Platz bei alledem der einzelne, jedes konkrete Mitglied der Gesellschaft, einnimmt. Wie lebt es? Ist es, einfach gesagt, glücklich?

Und nun sagt man, daß die Men-

schen überall die gleichen Sorgen haben, daß die Entwicklung von Wissenschaft und Technik den einzelnen noch nicht glücklich mache, daß die Probleme des Individuums unter jeder Gesellschaftsordnung eigentlich ein und dieselben seien. Die Ideologen der Bourgeoisie geben bereitwillig zu, daß der Kapitalismus diese Probleme nicht gelöst hat, bezweifeln aber zugleich die Möglichkeit, sie in der sozialistischen Gesellschaft zu lösen. So flucht sich in die „unpolitische“ Atmosphäre der Ausstellung doch die Politik ein.

Allerdings, in vielen Hallen der westlichen Länder nehmen Ausstellungsstücke viel Raum ein, die den hohen Stand der modernen Technik

veranschaulichen: Kosmos, Atom, Elektronik, Raketenbau, Flugwesen, Wagenbau. Auch der Einfluß alles dessen auf die moderne Gesellschaft und den einzelnen wird im einen oder anderen Grade in den Hallen der USA, Großbritanniens, Frankreichs, Italiens, Westdeutschlands und vielen anderen veranschaulicht. Darüber, wie gut oder verfehlt das gezeigt wird, schreibt sowohl die ausländische wie die sowjetische Presse. Mir scheint aber doch, daß der Schwerpunkt in den Ausstellungen der kapitalistischen Länder bewußt nicht auf die Technik, sondern auf den Menschen und sein Geschick in der modernen, sich schnell wandelnden Welt gelegt ist. Aber darüber ein andermal.

Leserbriefe

BONN UND ISRAEL

Vor kurzem fand in Westdeutschland eine ganze Reihe von Zusammenrotungen revanchistischer Landsmannschaften statt. Die Aktivierung der revanchistischen Kreise des Landes ist der gefährliche Rückfall einer schweren politischen Erkrankung. Es ist wohl kein Zufall, daß dieser Rückfall mit dem neuen Eintreten unserer Regierung für aggressive Handlungen anderer Staaten einhergeht. Jetzt geht es darum, Israel zu unterstützen.

Allen Anzeichen nach erhoffen sich die revanchistischen Kreise der Bundesrepublik aus der israelischen Aggression gegen die arabischen Staaten politische Dividenden. Im Zusammenhang mit der neuen Offensive der Imperialisten gegen die nationale Befreiungsbewegung holt Bonn abermals den alten Popanz einer „kommunistischen Gefahr“ aus seiner Mottenkiste hervor. Mit diesem Popanz herumfuchtelnd, festigt es seine Positionen in der für Bonn so günstigen militärisch-politischen NATO-Allianz. Israels Aggression imponiert ihm: nun hat es einen neuen Verbündeten in seinem Bestreben, die Weltkarte gewaltsam umzuschneiden.

Bonns Unterstützung des Angriffs auf die arabischen Völker erinnert die Welt

abermals daran, wie notwendig es ist, alle Kräfte aufzubieten, um jeglicher Aggression entgegenzutreten. Die Revanchisten sind immer gern bereit, jedes militärische Abenteuer zu nutzen, das zu einem neuen Weltkrieg führen kann.

Gerd Wedemeyer
Wiesbaden, BRD

„WOHIN GEHT CHINA?“

Die Werktätigen und die ganze fortschrittliche Menschheit stehen zu den Positionen des chinesischen Volkes in seinem Verhalten zu den reaktionären Aktionen der Peking-Führer. Das Proletariat in aller Welt ist überzeugt, daß dieses Volk die Schwierigkeiten überwinden und noch stärker aus dem Kampf hervorgehen wird.

Es ist der Neuen Zeit hoch anzurechnen, daß sie den Artikel „Wohin geht China?“ von Palme Dutt gebracht hat.

Solche Publikationen sind eine unschätzbare Hilfe für die Völker der Länder mit einer unzulänglich informierten Presse.

Julio A. Jané
Pinar de Rio, Kuba

ROCKEFELLER ODER FAUBUS

Sie werden sicherlich Ihren Lesern mitteilen wollen, daß im Aufsatz „Ame-

rikanische Provinzeindrücke“ von N. Kurdjumow über seine Reise in die Südstaaten (Heft 29) ein Fehler unterlaufen ist. Der Autor schreibt, daß der Gouverneur von Arkansas, Winthrop Rockefeller, den ehemaligen Gouverneur Faubus ablöste, dem er bei den vorjährigen Wahlen eine Niederlage beibrachte.

In Wirklichkeit kandidierte Faubus bei diesen Wahlen nicht. Sicher hat dieser Rassist die Absicht, einen Sitz im Senat zu ergattern.

Stanley Bigar
New York, USA

Der Berichtigung unseres Lesers aus New York wollen wir nur hinzufügen, daß der Fehler in der englischen Ausgabe unserer Zeitschrift, u. zw. durch ein Versehen des Übersetzers, entstanden ist. In der russischen Ausgabe ist von einer Kandidatur Faubus' keine Rede. (Die Red.)

* * *

Ihre Zeitschrift gibt mir nützliche Informationen. Es freut mich, daß ich dank Ihrer Zeitschrift viel über Ihr Land erfahre. Herzlichen Dank!

J. P. Majumder
Burburi, Ostpakistan

An der Linie der arabisch-israelischen Front, die sich durch die Sandwüste der Sinai-Insel, am Jordan entlang und über die Golan-Höhen in Syrien hinzieht, ist es relativ still. Nur hin und wieder erinnert Geschütz- und Gewehrfeuer daran, daß im arabischen Osten bei weitem noch nicht fester Frieden herrscht.

Die israelischen Behörden führen sich in den okkupierten arabischen Gebieten ungeniert als Eroberer auf. Zehntausende Araber werden von ihren Wohnstätten vertrieben, mit Dynamit und Bulldozer werden ganze Siedlungen ausgeradiert, weil die Einwohner angeblich Waffen verborgen haben. Einigerorts stecken die Okkupanten Getreidefelder in Brand und geben die Bevölkerung dem Hunger preis. In El-Quneitra und anderen Ortschaften sind die Militärgefängnisse überfüllt.

Die Flut der arabischen Flüchtlinge nimmt kein Ende. Seit Anfang des Krieges sind nach jüngsten Schätzungen aus den von den Israelis besetzten Gebieten 235 000 Menschen nach Jordanien geflüchtet.

Die britischen Unterhausabgeordneten Ian Gilmour und Dennis Walters, die die Lage der Flüchtlinge untersuchten, haben die Behauptung Israels widerlegt, diese hätten ihre Heimstätten aus freien Stücken verlassen. „Nach Gesprächen mit vielen Flüchtlingen und vielen neutralen Beobachtern“, schreiben die britischen Abgeordneten in der Times, „sind wir zu der festen Überzeugung gekommen, daß mit Ausnahme derjenigen, die in der anfänglichen Panik flüchteten, die allermeisten Flüchtlinge nach wie vor gewaltsam vertrieben werden.“

Die britischen Parlamentarier heben hervor, daß die israelischen Behörden Gewalttaten und Terror gegen die arabische Bevölkerung anwenden, um das Gebiet westlich des Jordans von den Arabern zu säubern und es Israel einzuverleiben.

Autosegregation, Rassenreinheit und Exklusivität der Juden sind die drei Pfeiler der reaktionären Ideologie der herrschenden Kreise Israels. Das zionistische Kredo der Autosegregation duldet keine Koexistenz von Juden und Nichtjuden im „heiligen Land“. Die Nichtjuden sollen aus Palästina vertrieben werden, damit „das auserwählte Volk“ seine „besondere Sendung“ erfüllen kann. So untermauern die Theoretiker des Zionismus ideologisch den faktischen Krieg gegen die arabische Stammbevölkerung der von Israel annektierten Gebiete.

Was in den von Israel

annektierten Gebieten

vorgeht

Michail KREMNJOW

arabischen Arbeiter, dem Histadruth beizutreten. Er fand keine Beachtung, obwohl ihnen Hungersnot droht. Bald darauf wurde dieser Aufruf in einem Flugblatt als ein Manöver der Okkupanten angeprangert, die den Mangel an Arbeitskräften in der israelischen Industrie wegen der Mobilisierung überbrücken wollen.

Obwohl die israelische Regierung erklärt hat, daß der arabische Teil Jerusalems dem israelischen angeschlossen wird, gelingt es den Okkupanten nicht, die Stadtbevölkerung für die neue Ordnung zu gewinnen. In Jerusalem werden Flugblätter verteilt, die die arabische Bevölkerung auffordern, die Verfügungen der israelischen Behörden über die Annexion der Altstadt zu boykottieren. Der Protest der arabischen Bevölkerung äußert sich selbst in Nebensächlichem: sie boykottiert israelische Transportfirmen; obwohl offiziell der israelische Pfund eingeführt ist, zirkulieren in Jerusalem jordanische Dinare; die jordanischen Kaufleute weigern sich, beim israelischen Engros-Handel einzukaufen.

Die Handelskammer der Altstadt hat in einer Resolution gegen die Fusion der beiden Stadthälften protestiert und die Kaufleute aufgefordert, den neuen Behörden, d. h. Israel, keine Steuern zu entrichten. Am Montag, dem 7. August, schlossen die arabischen Kaufleute in der Neu- und der Altstadt ihre Geschäfte aus Protest gegen die Annexion Jerusalems, u. zw. auf den Appell einer Gruppe hin, die sich „Komitee zum Schutz des arabischen Jerusalems“ nennt. Das Geschäftsleben in der Stadt war gelähmt. Von den 12 jordanischen Richtern in der Altstadt üben 11 ihr Amt nicht aus. Die arabischen Rechtsanwälte haben sich einmütig ge-

weigert, die Annexion des jordanischen Teils Jerusalems anzuerkennen.

Ende Juli rief die Bevölkerung von Jenin einen Generalstreik aus Solidarität mit den Bewohnern von Jerusalem und Nablus aus. Der Streik hatte das Leben in der Stadt stillgelegt. Flugblätter mit der Unterschrift „Vorhut der Organisation „Heimkehr““ forderten

dazu auf, mit dem Feind nicht zusammenzuarbeiten.

Es kommt zu Überfällen auf die israelischen Soldaten, zu Sabotageakten auf den Straßen, da und dort treten Partisanen in Aktion. Die libanesische Zeitung *Al-Anwar* schrieb, daß die Partisanen Palästinas am 26. Juli im israelischen Hafen Ashdod einen Sabotageakt verübten, worauf ein Großbrand

entstand. Anfang August wurde in Acre ein Waffendepot gesprengt. Die Zeitung berichtet, daß alle arabischen Partisanenorganisationen, die vor dem Krieg in Israel tätig waren, sich zu einer Bewegung vereint haben, deren Namen vorläufig geheimgehalten wird. Der Brand in Ashdod war das erste Unternehmen der neuen Partisanenbewegung.

Am Menschen soll alles schön sein: das Gesicht, die Kleidung, das Fühlen und Denken. Diesen Ausspruch des Dichters Tschekow könnte man als Devise für die Internationale Bekleidungs Ausstellung wählen, die am 22. August in Moskau beginnt.

Der Leiter der Ausstellung, der auch fast alle großen internationalen Ausstellungen in Moskau veranstaltet hat, Alexander Pawlenko, sagt, daß auf der Bekleidungs Ausstellung Modelle für alle Lebenslagen vorgeführt werden sollen: für Erholung wie für den Beruf. Der Ausstellungsleiter hofft, daß die Besucher und natürlich die Besucherinnen einen Genuß haben werden und daß die Ausstellung zu ihrer Geschmackserziehung beitragen wird.

Die Ausstellung hat reges Interesse erweckt, und viele Firmen haben den Wunsch zur Teilnahme geäußert. Es ist unmöglich, allen Gesuchen zu genügen. Italien z. B., das einen hochentwickelten Maschinenbau für die Leichtindustrie hat, ersuchte um 8000 m² Ausstellungsfläche, es konnten ihm aber nur ca. 5500 m² eingeräumt werden. Etwa 6000 m² nimmt die DDR ein, 4000 die Bundesrepublik Deutschland, 2600 England, 1900 Ungarn, 1800 Finnland, 1600 Frankreich, 1200 Holland usw. Erstmals wird eine Moskauer Ausstellung auch von Spanien beschickt.

Separat beteiligt sich der Weltwollverband, er hat in Halle 15 600 m² gepachtet. Die Wolle hat einen schweren Stand gegen die Kunstfaser-

Kleide dich gut!

Wladimir ROSEN

stoffe, die knitterfrei, leicht und oben drein billig sind. Die Wollstofffabrikanten wollen beweisen, daß die Wolle nach wie vor die Königin der Stoffe ist.

Am Eingang zur Ausstellung, im Sokolniki-Park, wehen in der Allee der Nationen die Fahnen von 26 Ländern, die die Ausstellung beschickt haben. Dort ist auch die erste Nähmaschine ausgestellt, die 1872, vor 95 Jahren, auf einer Ausstellung im Moskauer Kreml zu sehen war.

Die an der Ausstellung beteiligten Firmen und Körperschaften aus 26 Ländern bemühen sich nach Kräften, die Aufmerksamkeit des Publikums auf sich zu lenken. Die berühmte französische Firma Christian Dior reproduziert z. B. in Miniaturaufgabe ihren Pariser Salon, sie wird ihr ganzes Sortiment einschließlich Parfümerien und unzähligen Zubehörs zur Damen- und Herrenkleidung vorführen.

In der sowjetischen Abteilung und an den Ständen der volkseigenen Textima-Betriebe aus der DDR sowie an denen der italienischen Firma Necci werden Taktstraßen zu sehen sein, die Bekleidung vom ersten bis zum letzten Handschlag erzeugen.

Die Ausstellung wird drei Sparten

haben: erstens die Vorführung von Kleidung und Zubehör, zweitens Maschinen und andere Anlagen für Bekleidungsindustrie, Speicherung, Verpackung und Beförderung, darunter technische Neuheiten wie Plättpressen mit programmierter, automatischer Steuerung, Pressen und Kammern zur Wärmebearbeitung von Erzeugnissen mit knitterfreiem Besatz, ferner die Verwendung von Elektronik, Ultraschall usw.

Die dritte Sparte wird ein Internationales Modefestival im Sportpalast Lushniki sein, wo Mannequins beiden Geschlechts von zahlreichen sowjetischen und ausländischen Firmen täglich die besten Schöpfungen der Modekünstler von Ost und West vorführen werden.

Zwei berühmte Pariser Firmen, Dior und Chanel, wünschten am Modefestival teilzunehmen, aber jede stellte die Bedingung, die einzige vertretene französische Firma zu sein. Die Veranstalter des Festivals haben sich für Chanel entschieden, weil von den Modellen dieser Firma mehr für die Serienfertigung taugen. Man erwartet, daß die Ausstellung großen Zuspruch haben wird, weil sie sehr sehenswert zu werden verspricht.

Ein Wunder des 20. Jahrhunderts

Wer die zum Horizont strebenden hellgrauen Wohnviertel von Brasilia betrachtet, die pittoresk weißen Paläste, die den Platz der drei Gewalten schmücken, die breiten Bänder der Autostraßen, die einander an Über- und Unterführungen in geometrisch vollkommenen Achterkreisen kreuzen, der kann es fast nicht glauben, daß hier vor zehn Jahren nichts war außer der Sertão, der Wüste.

Und doch ist es so. Es ist genau zehn Jahre her, daß der Grundstein zur neuen Hauptstadt Brasiliens gelegt wurde. Diese Stadt hat nicht ihresgleichen: so könnte man sich Bauwerke der Marsianer vorstellen. Als man sie in der roten Wüste in Angriff nahm, war das eine Sensation. Seither ist das Interesse natürlich abgekühlt. Jetzt wird über Brasilia weniger geschrieben. Aber die Stadt wird weitergebaut und entwickelt sich. Obwohl sie erst im Jahre 2000 ihre volle Größe erreichen soll, hat sie schon jetzt über 300 000 Einwohner, und in Kürze werden es doppelt soviel sein.

Anhänger und Gegner Brasiliens

Ich konnte mich davon überzeugen, daß die neue Hauptstadt Brasiliens wie wohl alle Städte Anhänger und Gegner hat. Manchen Neuankömmlingen mißfällt ihr Anblick, andere sind von ihm entzückt. Die einen sagen, es sei eine poetische, von Romantik erfüllte schöne Stadt, andere finden sie nüchtern und langweilig. Aber soweit ich feststellen konnte, gibt es unter den Einwohnern Brasiliens mehr Enthusiasten als Kritiker.

Die Liebe zu ihrer Stadt hilft den Einwohnern, die Schwierigkeiten zu ertragen, mit denen das Leben in ihr verbunden ist. Fast zwei Drittel der Bevölkerung der neuen Hauptstadt leben in Vororten, die 30—40 Kilometer vom Zentrum entfernt sind. Diese Siedlungen sind baulich noch nicht auf der Höhe. Das sagten mir der Präfekt Brasiliens, Plinio Cantanhede, und Armando Buchman, der Direktor der „Novacap“,

Igor Fessunenko schreibt uns aus Brasilia

des Bauamtes der Stadt. Die Siedlungen, in denen insgesamt 200 000 Menschen wohnen, entbehren oft die elementarsten Bequemlichkeiten. Aber der Bau Brasiliens dauert an und beschleunigt sich immer mehr. Zur gleichen Zeit werden über 100 Wohnblöcke gebaut, Straßen asphaltiert und Kommunikationen geschaffen. Die Bauarbeiter, die diese Wunderstadt hervorbringen, können jedoch nicht in ihr wohnen. Die Mieten in Brasilia sind für eine Arbeiterfamilie unerschwinglich.

Und auch diejenigen, die sich eine Wohnung in den Zentralbezirken leisten können, müssen oft Unbequemlichkeiten erdulden. Die neue Hauptstadt hat z. B. nicht genug Strom. Als unlängst der japanische Thronfolger Brasilia besuchte, mußten mehrere Bezirke vom Stromnetz abgeschaltet werden, damit der hohe Gast sich an der Illumination zu seinen Ehren ergötzen konnte. Die Kraftwerke sind überlastet, so daß einzelne Wohnblöcke oft stundenlang keinen Strom haben.

Doch allmählich renkt sich in Brasilia alles ein. Nach und nach verlagert sich auch der Schwerpunkt des politischen Lebens des Landes aus Rio de Janeiro in die neue Hauptstadt. Einige Ministerien werden nach Brasilia verlegt. Im nächsten Jahr sollen die Botschaften in die neue Hauptstadt umziehen. Brasilia, heute eine architektonische Sehenswürdigkeit für Touristen, verwandelt sich aus der Hauptstadt, die es nur dem Namen nach ist, in die wahre Kapitale, wird zu einer neuen Stadt, gehört den hier lebenden Menschen.

Politik und Bräuche

In den zehn Jahren, die Brasilia jetzt besteht, wogten im Lande ständig die politischen Leidenschaften. In dieser Zeit

lösten einander fünf Präsidenten ab. Drei von ihnen, Juscelino Kubitschek, Jânio Quadros und João Goulart, wurden die politischen Rechte abgesprochen. Zweimal, im Jahre 1963 und 1966, marschierte am Platz der drei Gewalten, auf dem sich das Präsidentschaftspalais Planalto, das Gebäude des Kongresses und der Justizpalast befinden, Militär auf. Das erstmal unterdrückte es den Aufstand eines Truppenteils der Garnison, der das Marineministerium besetzt hatte. Im zweiten Fall „befriedete“ Militär das Abgeordnetenhaus, das sich der Absicht des Präsidenten, des unlängst tödlich verunglückten Castelo Branco, widersetzte, mehrere Abgeordnete politisch zu ächten. Während die Abgeordneten Reden über die parlamentarische Immunität und die demokratischen Traditionen hielten, erließ der Präsident ein Dekret über die Auflösung des Parlaments. Er befahl, im Kongreßgebäude den Strom und das Wasser abzuschalten, und setzte schließlich Truppen gegen die Abgeordneten ein. Im Sitzungssaal erschien ein Forscher Oberst und gab das Kommando: „Einzelnen den Saal verlassen!“

Bald trat das Parlament wieder zusammen, aber in neuer Zusammensetzung. Um das Versäumte aufzuholen, mußten die Abgeordneten Überstunden machen. Die militärische Führung des Landes hatte es eilig, die neue Verfassung durchzusetzen. Im Sitzungssaal schaltete man sogar die Uhren aus, denn nach der Geschäftsordnung mußte das Grundgesetz bis Mitternacht bestätigt sein. Die Parlamentarier erledigten ihr Pensum erst gegen Morgen, aber die Uhren im ganzen Haus zeigten 23 Uhr 50.

Zweimal, 1963 und 1967, knallte es im Parlament: Abgeordnete bereinigten ihre Meinungsverschiedenheiten. 1963 wurde beim Schußwechsel ein Abgeordneter getötet. In diesem Jahr wurde wieder geschossen, aber es gab nur Verletzte.

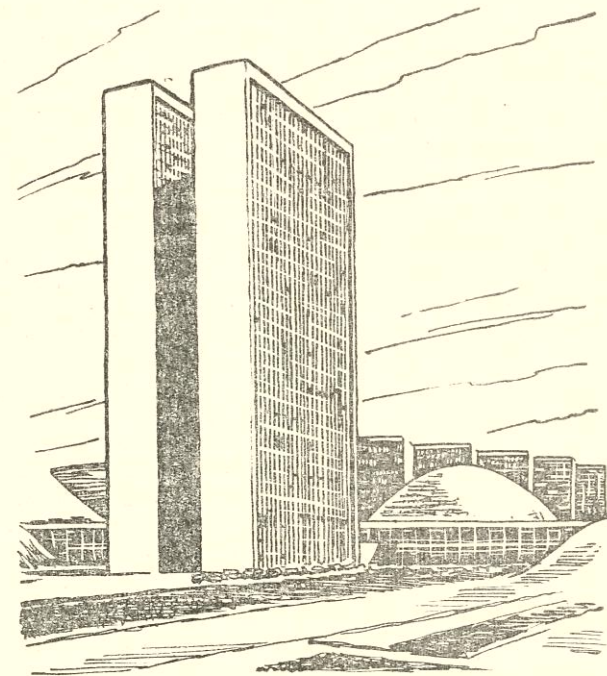
Es gibt ein Gesetz, nach dem niemand bewaffnet in den Kongreß kommen darf. Es gibt aber auch ein anderes Gesetz, das Leibesvisitationen von Abgeordneten verbietet. Was tun? Die

Polizei hat vor kurzem in einem konkreten Fall einen Ausweg gefunden. Man wußte, daß zwei Abgeordnete, Oseas Cardoso und Silvestre Pericles, gewisse Differenzen miteinander hatten und nach gutem alten Brauch bereits die Finger am Pistolenabzug hielten. Die Polizei von Brasilia läßt beide von Detektiven beschatten, die verhindern sollen, daß sich die Gegner in den Wandelgängen oder im Sitzungssaal treffen. Die Detektive sind mit Kleinfunksendern versehen, über die sie einander auf dem laufenden halten: „Hallo, mein Schutzbefehlener ist auf dem Weg zum Saalausgang.“ Der Detektiv, an den diese Warnung gerichtet ist, verstärkt die Beobachtung seines „Objekts“, und wenn es nicht anders geht, hindert er es daran, in diesem Augenblick das Gebäude zu verlassen.

Die Zeitungen Brasílias berichteten lange in allen Einzelheiten über diese Geschichte. Arapuá, ein hiesiger Feuilletonist, schrieb in diesem Zusammenhang:

„Die Parlamentsdebatte war in vollem Gange. Der Vorsitzer griff zur Glocke und erklärte:

„Meine Herren Abgeordneten! Wir schreiten zur Abstimmung. Nach der Geschäftsordnung haben Sie drei Minuten, um Unterstände und Gräber auszuheben.“



Platz der drei Gewalten

Natürlich äußern sich die politischen Leidenschaften im Lande nicht nur in solchen eher komischen Episoden. Aber das gehört nicht zum Thema dieses Artikels, der nur den Angelegenheiten Brasílias gilt.

„Flugzeug-Stadt“

Schon im vorigen Jahrhundert hieß es in Brasilien, die Hauptstadt müsse ins Landesinnere verlegt werden: „Dort, in der Sertão, liegen ungeheure Schätze, fruchtbare Felder und Weiden. Dort liegt die Zukunft des Landes.“ 1922, während der 100-Jahr-Feier der Unabhängigkeit Brasiliens, wurden auf dem Planalto Central in der Höhe von 1172 Metern über dem Meeresspiegel sogar die Grenzen der künftigen Hauptstadt abgepflockt. Von da an zeigten die Karten Brasiliens im Zentralgebiet ein mehrfarbiges Viereck mit der Aufschrift „Künftiger Bundesdistrikt“. Aber erst im September 1956 faßte Präsident Juscelino Kubitschek den Beschluß, den Bau der neuen Hauptstadt zu beginnen.

Einer Sonderkommission lagen 26 Stadtbauentwürfe vor. Ihre Wahl fiel auf das Projekt „Piloto“ des bekannten Städtebauers Lucio Costa. Seine Stadt erinnerte an ein Flugzeug: den Rumpf sollte das Viertel der Verwaltungs- und öffentlichen Gebäude bilden,

als Tragflächen schlossen sich die Wohnviertel im Norden und Süden an.

Im Herzen der Stadt, wo sich die „Tragflächen“ mit dem „Rumpf“ vereinen, wickelt sich der Verkehr auf den drei Ebenen einer Überführung ab, die von einem Tunnel unterquert wird, der den nördlichen mit dem südlichen „Flügel“ der neuen Hauptstadt verbindet, während die Längsebenen den Wagen die Möglichkeit bieten, in beliebiger Richtung auszuscheren. Das löst eines der schwierigsten Probleme jeder modernen Großstadt: Die Wohnviertel liegen abseits von den geräuschvollen Zentralstraßen und -plätzen, und die Verkehrsstraßen verlaufen so, daß man rasch und ungehindert durch die Geschäftsviertel fahren kann, da es dort fast keine Straßenkreuzungen gibt.

Lucio Costa schuf den Plan der künftigen Hauptstadt gemeinsam mit dem Architekten Oscar Niemeyer, der später die wichtigsten öffentlichen Gebäude wie auch viele Wohnviertel entworfen und erbaut hat.

Bereits Anfang der 40er Jahre hatte Kubitschek, zu jener Zeit Präfekt der Stadt Belo Horizonte, den damals noch jungen Schüler Le Corbusiers Oscar Niemeyer mit dem Bau mehrerer Anlagen im Stadtbezirk Pampulha beauftragt. Darunter war eine Kirche, und sie war so kühn gebaut, daß die Geistlichkeit der Region und des ganzen Landes 17 Jahre diskutierte, ob man dieses Gotteshaus, das einer gigantischen Muschel gleicht, einweihen sollte oder nicht. Heute ist die Kirche von Pampulha in Belo Horizonte ebenso eine Sehenswürdigkeit wie der Eiffelturm in Paris oder Big Ben in London, und ihr Schöpfer galt bereits 1957 als einer der besten Architekten der Welt.

Ich habe Gebäude Oscar Niemeyers in Rio de Janeiro, in São Paulo und in Belo Horizonte gesehen. In allem, was er entworfen hat, ob Wohnhäuser, Kirchen, Schulen oder Verwaltungsgebäude, Warenhäuser oder das Präsidentenpalais, paart sich eine verblüffende Originalität, ja Bizarrie der Form mit wohlgedachter Sorge um die Bequemlichkeit des Menschen, der in dem betreffenden Hause wohnen, arbeiten, lernen oder sich erholen soll. Besonders deutlich sieht man das in den Wohnvierteln, die Niemeyer erbaut hat. Die Lage der Häuser im Verhältnis zur Sonne, die Form und die Verteilung der elektrischen Schaltdosen und der Wasserhähne in jeder Wohnung, das Vorhandensein von Friseurstuben, Bäckereien, Nähateliers und Milchläden, Schusterwerkstätten und Flei-



Oscar Niemeyer

schereien in nächster Nähe von den Wohnungen — all das ist bis auf die kleinste durchdacht. Die Häuser haben in der Regel kein Erdgeschoß. Das gewährleistet die freie Luftzirkulation in den Wohnvierteln. Die ganzwändigen Fenster sind nicht nur ein dekoratives Element. Betritt man eine beliebige Wohnung, so kommt man sich wie in einem Reich des Lichtes und der Luft vor. Durch die Glastür tritt die Umwelt gleichsam in das Domizil des Menschen ein.

Eine Begegnung mit Oscar Niemeyer

Ich habe nicht nur die Werke dieses Baumeisters kennengelernt, sondern auch ihn selbst. Er war gern bereit, einen sowjetischen Korrespondenten zu empfangen.

Der Architekt, Kommunist und Friedenskämpfer Oscar Niemeyer wurde nach dem Militärputsch von 1964 der politischen Rechte beraubt und mußte das Land verlassen. Erst Anfang 1967 konnte er heimkehren und seine Arbeit in Brasilia wiederaufnehmen. Wir sprachen über diese Stadt. Er sagte:

„Wenn ich an die ersten Monate und Jahre des Baus von Brasilia zurückdenke, erinnere ich mich vor allem an die Schwierigkeiten und Hindernisse, mit denen wir fertigwerden mußten. Es waren so viele, als habe sie jemand

eigens ausgeheckt. Wir sahen uns vor rein technische Probleme gestellt: Gebaut wurde an einem Ort im Landesinnern, der keinerlei Verbindung mit großen Städten hatte. Bis zur nächsten Großstadt, Belo Horizonte, sind es 750 Kilometer. Ständig reichten uns die Mittel nicht. Im Lande gab es ja eine starke Opposition, die es nicht zur Verwirklichung der Initiative Präsident Kubitscheks kommen lassen wollte. Man hinderte uns unter allen möglichen Vorwänden, suchte die Arbeit zum Stillstand zu bringen. Gebaut werden mußte sehr rasch: Die Präsidentschaft Kubitscheks ging zu Ende, und wir mußten unter allen Umständen zur Zeit ihres Ablaufs wenigstens die erste Baustappe bewältigen und die Hauptstadt eingeweiht haben. Wir zweifelten nicht im geringsten daran, daß Brasilia nie erbaut werden würde, wenn uns das nicht gelingen sollte. Es ist schwer, Ihnen die Atmosphäre des Schöpfertums, der Begeisterung zu schildern, die unter uns, den Baumeistern, den Ingenieuren und Arbeitern, herrschte. Wir sahen ja jeden Tag die Früchte unserer Arbeit: ein Gebäude nach dem anderen wurde seiner Bestimmung übergeben. Es war ein Glück und eine Ehre, am Aufbau der neuen Hauptstadt beteiligt zu sein.“

Als Kubitscheks Präsidentschaft abgelaufen war, wurden die Bauarbeiten tatsächlich praktisch eingestellt. Das einzige, was unter Jânio Quadros gebaut wurde, war ein Taubenschlag auf dem Platz der drei Gewalten. Unter Präsident João Goulart wurde die Universität errichtet. Bald nach seinem Sturz durch das Militär wurde die Universität Brasilia übrigens für lange Zeit geschlossen und ihre Professoren wurden entlassen. Aber von jener Zeit der Geschichte Brasílias spricht der Architekt nicht gern. Er spricht lieber darüber, was das Land bereits der neuen Hauptstadt verdankt.

Mit ihrem Entstehen stieß der Fortschritt in die Binnengebiete vor, in denen gewaltige Räume auch jetzt noch unerschlossen sind. Brasilia wurde zu einem Vorposten der Zivilisation in diesen Räumen. Die Verlegung der Hauptstadt nach Brasilia schuf nicht nur einen Brennpunkt der Zivilisation im geographischen Zentrum des Landes. Jetzt führen von der neuen Hauptstadt bereits Autostraßen nach Belem an der Amazonas-Mündung und nach Rio Branco im äußersten Nordwesten, und längs dieser Straßen entstehen neue Siedlungen und Städte.

Oscar Niemeyer ist 59 Jahre alt. Er spricht von Schaffenskraft, arbeitet viel

im In- und Ausland. In Brasilia ist eben das nach seinem Projekt erbaute Gebäude des Innenministeriums eingeweiht worden. Nun steht die Arbeit an einer Kathedrale, am Gebäude des Justizministeriums und an neuen Wohnvierteln bevor, die Niemeyer entworfen hat. Nach seinem Projekt wird in Paris der Sitz des Zentralkomitees der KP Frankreichs erbaut, im Libanon eine internationale Ausstellungshalle, in Portugal die neue Stadt Algarvo.

Und doch schwingen in seinen Worten Unbefriedigtsein und Bitternis mit. Er sagt:

„Wissen Sie, am meisten betrübt es mich, daß ich mein Leben lang für bürgerliche Regierungen, für die Machthaber, arbeiten mußte. Lucio Costa und ich waren von der Idee beseelt, daß in der neuen Hauptstadt die Arbeiter, ihre Erbauer, wohnen würden. Daraus ist nichts geworden. Ich erinnere mich daran, wie in den ersten Monaten der Bautätigkeit Tausende, ja Zehntausende Arbeiter aus allen Landesteilen zu uns strömten: qualifizierte Maurer und einfache arme Leute, die keinen Beruf hatten. Aber diejenigen, die Brasilia erbaut haben, wohnen nicht in seinem Weichbild. Wir Architekten sind immer bestrebt, für die arbeitenden Menschen, für das Volk zu schaffen. Ich glaube, das ist mir nicht gelungen...“

Natürlich ist das ein zu hartes Urteil. Das Volk Brasiliens kennt und schätzt das Werk Oscar Niemeyers. Übrigens werden nach seinen Projekten in vielen Gliedstaaten des Landes Schulen für die Armen gebaut. Der Architekt ist nicht schuld daran, daß in den von ihm entworfenen Wohnhäusern der neuen Hauptstadt Arbeiter nicht wohnen können, daß sie genötigt sind, sich abseits von ihr, in Satellitenstädten, anzusiedeln. Nur für zwei Bauleute hat sich in Brasilia selbst Platz gefunden: für zwei Bronzestatuen, die zu Ehren Hunderttausender Arbeiter vor dem Präsidentenpalais aufgestellt worden sind als Anerkennung der Schöpfer der Stadt, die als ein Wunder des 20. Jahrhunderts gilt.

Was Niemeyer und seine Kollegen, die Architekten, Ingenieure und Bauarbeiter zustande gebracht haben, ist eine Hymne in Stein auf das Ingenium der schaffenden Menschen.

Juli, 1967

INTERNATIONALE UMSCHAU

ANTILLEN

Wohin treibt Anguilla?

Die Insel Anguilla im Karibischen Meer, die ein Areal von nur 90 km² und nur 6000 Bewohner hat, ist plötzlich der Schauplatz turbulenter Ereignisse geworden. Kaum hatte ihr interimistischer Präsident, Peter Adams, auf Barbados das Abkommen über die Wiedereinverleibung der Insel in den mit England assoziierten Staat St. Kitts-Nevis-Anguilla unterzeichnet (sie löste sich von ihm im Februar los), da gewannen seine Gegner erneut die Oberhand. Auf Anguilla ergriff eine Regierung Ronald Websters die Macht und erklärte sofort, sie sei entschlossen, mit dem assoziierten Staat zu brechen. Ebenso warnte sie London, falls „Befriedungskräfte“ auf Anguilla verlegt werden sollten, würde es zu einem Blutvergießen kommen. Um es kurz zu sagen: Anguilla will nichts mit der Inselkombination zu tun haben, die in den stillen Klausen des Foreign Office geplant worden ist. Wohin treibt denn nun die kleine Insel auf den stürmischen Wogen des Karibischen Meers?

Man hat einigen Grund zu der Annahme, daß es bei der ganzen Sache nicht ohne Washington abgegangen ist, das den berechtigten Wunsch der Inselbewohner ausschalten will, die Last der

britischen Krone abzuschütteln. Schon die Lage Anguillas gibt zu denken: Sie ist strategisch wichtig, denn die Insel liegt in der Aneгада-Straße zwischen den Großen und den Kleinen Antillen. Von Walli, der Hauptstadt von Anguilla, ist es zum Mittelpunkt des Systems der militärischen Inselstützpunkte der USA auf den Virginia-Inseln viel näher als nach Basseterre, der Hauptstadt des „assoziierten Staates“.

Weiter: Juristischer Berater der neuen provisorischen Regierung von Anguilla ist Prof. Roger Fisher von der Harvard-Universität. Dieser Sachverständige fuhr gemeinsam mit Ronald Webster nach New York, um wegen der Insel beim UNO-Ausschuß für Entkolonisierung vorstellig zu werden. Es sei hinzugefügt, daß die Hälfte der erwachsenen Bewohnerschaft von Anguilla auf den nahen Virginia-Inseln beschäftigt ist, die unter amerikanischer Kontrolle stehen.

Alle diese Tatsachen sind anscheinend für die Richtung bestimmend, in der Anguilla treibt.

CHILE

Gefährliche Papageien

Die Zollbeamten des chilenischen Hafens Arica beschlagnahmten drei Papageien, die von chilenischen Tierhänd-

lern importiert wurden. Der Grund war solide: Die Vögel schnarrten: „Es lebe Fidel! Wir sind Guerrilleros! Nieder mit Barrientos!“

Guerrilleros sind bekanntlich Partisanen, und Barrientos ist der Präsident und Chef der regierenden Militärjunta von Bolivien. Die Zollbeamten waren über das aufrührerische Geschrei der Papageien, das sich gegen den Chef eines Nachbarstaates richtet, schockiert. Was war zu machen? Man kann doch Vögel nicht als politisch unzuverlässig bezeichnen. Die Leitung des Zollamts fand einen Ausweg: Die gefährlichen Papageien wurden, angeblich wegen eines Verstoßes gegen die Sanitätsgesetze, beschlagnahmt und in Quarantäne gebracht. Dort wird man wahrscheinlich versuchen, sie zur Vernunft zu bringen.

SPANIEN

Madrid spekuliert

In Spanien ist eine Bewegung gegen die amerikanischen Militärstützpunkte in diesem Land im Gange. Die Teilnehmer fordern, daß die Verlängerung des Abkommens über die Stützpunkte, das im September 1968 abläuft, verweigert wird. Man nimmt an, daß Washington und Madrid im Winter kommenden Jahres die Verhandlungen über die Er-

neuerung des Abkommens eröffnen werden.

Ende Juli forderten zwei Zivilorganisationen in Madrid, die sich Volksbewegungen nennen, von der Regierung, daß sie die amerikanischen Stützpunkte in Spanien schleift. Ein Vertreter einer dieser Organisationen, die den Namen Madrider Zivilausschuß führt, hat erklärt:

„Unser Standpunkt ist bekannt. Die überwiegende Mehrheit unserer Mitglieder — und wir haben viele Tausende — sind entschieden dagegen, daß die amerikanischen Stützpunkte in Spanien aufrechterhalten bleiben.“

Entgegen der sonstigen Praxis drücken die Francobehörden bei den laut spanischem Gesetz staatsfeindlichen Forderungen ein Auge zu, obwohl diese Forderungen obendrein von illegalen Organisationen gestellt werden, die vom Innenministerium keine Erlaubnis haben, sich zu betätigen. Gegen sie wurden keine Zwangsmaßnahmen getroffen. Wie die *New York Times* schreibt, „gibt die Bewegung für die Auflösung der amerikanischen Stützpunkte der spanischen Regierung einen neuen Trumpf für die kommenden Verhandlungen in die Hand“.

Was will Franco bei seinen Alliierten aus Übersee damit herauschlagen, daß er sie mit den Protesten des spanischen Volkes zu erpressen sucht? Nach Ansicht der westlichen Presse braucht er vor allen Dingen politischen Rückhalt. Madrid will u. a., daß ihm die Vereinigten Staaten zum Anschluß an die EWG und die NATO verhelfen und beim jetzigen

Streit mit England wegen Gibraltar seine Partei ergreifen.

Washington schwankt noch. Francos Ansprüche scheinen ihm zu groß zu sein. „Da die USA nicht einmal England zum Beitritt zur EWG verhelfen können“, schreibt die *New York Post*, „verlangen die Spanier einen Preis, den wir einfach nicht zahlen können.“

Außerdem liegt das Regime des Caudillo in den letzten Zügen, und Washington hat offenbar keine Eile, seine Beziehungen zur Franco-Diktatur enger zu gestalten. Deshalb muß Madrid mit den Forderungen des Volkes spekulieren.

USA

Zu Haus und in Vietnam

„Dieses Jahr kehren 15 000 Negersoldaten nach 12monatigem Dienst in Vietnam in die Gettos von New York und Chicago, in die kleinen Städte von Alabama und in die weitabgeschiedenen Gegenden von Tennessee zurück... Für die Freiheit eines asiatischen Landes zu kämpfen, von dem sie nie gehört hatten, und zu Haus das Fehlen der Freiheit anzutreffen, ist eine unglaubliche Ironie des Schicksals, die noch mehr Sprengstoff ins Feuer der heutigen Revolution der amerikanischen Neger werfen wird.“

Das schreibt ein Korrespondent der amerikanischen Zeitschrift *Nation*, Purnell, der unlängst in Südvietsnam war. Die aus dem vietnamesischen Dschungel

heimgekehrten jungen Neger seien bereit, „Stoßabteilungen“ der Negerbewegung für Bürgerrechte zu bilden. Sie hören mehr auf die Anhänger energischer Aktionen als auf die Beschwörungen der Führer des passiven Widerstands.

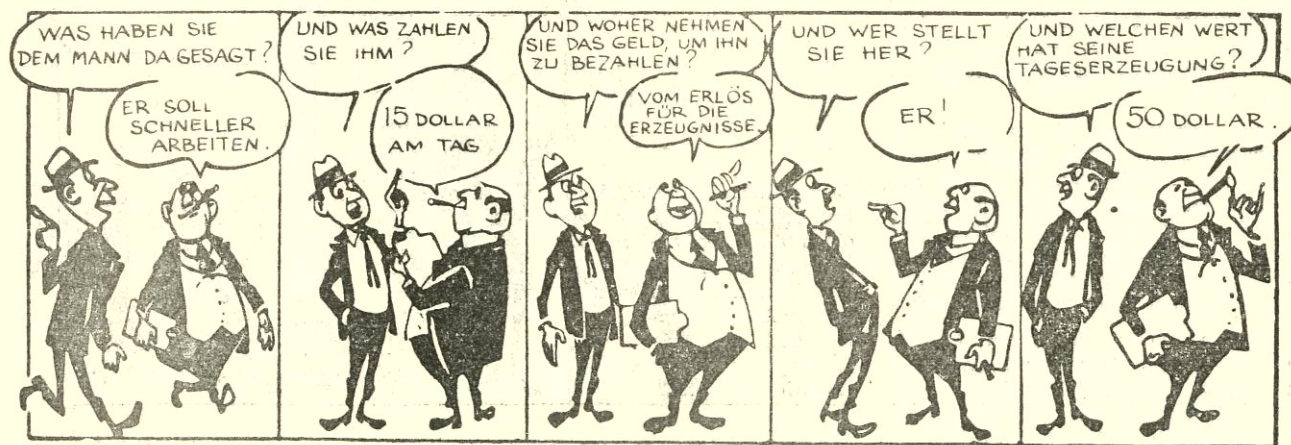
„Im Dschungel und auf den Reisfeldern sehen Tausende Jungen, was es heißt, zu kämpfen und zu sterben. So eine Lehre wird nicht leicht wieder vergessen.“

Presse, Rundfunk und Fernsehen der USA gaukeln dem Durchschnittsamerikaner ein idyllisches Bild vom Militärdienst vor, bei dem angeblich keine Rassenvorurteile und nur Kameradschaft herrschen.

Lauf Purnell hat dieses Bild nichts mit der wirklichen Sachlage gemein. Die Rassendiskriminierung sei bei dem in Südvietsnam eingesetzten Militär etwas ebenso Selbstverständliches wie in Amerika. Gewiß, die Schwarzen und die weißen Soldaten seien unter Beschuß und in den Schützengräben in der gleichen Lage, das werde aber sofort anders, sobald ein Gefecht zu Ende ist und die Soldaten auf ihre Stützpunkte zurückkehren. Dort sähe man manchmal sogar an den Mauern die provokatorische Aufschrift: „Killt die Neger und nicht die Vietkongs!“

Im Freundeskreis besprechen die Negersoldaten ein Problem, „das ihnen viel wichtiger ist als der ganze Vietnamkrieg“, schreibt *Nation*: Die Rassendiskriminierung in den USA, und sie kehren heim, entschlossen, für ihre Rechte zu kämpfen.

Genauer betrachtet...



Bildstreifen von Fred Wright



Regen in Bangkok

Wadim KASSIS und Sergej SWIRIN

Der Regen trommelte auf das Ziegeldach, peitschte gegen die Fensterscheiben, ließ die Kanäle anschwellen und zersprühte auf dem Asphalt. Wenn in Thailand im Mai die Regenzeit anbricht, kann man vor Ausdünstungen, Feuchtigkeit und Tropenschwüle kaum noch atmen. Und so geht es bis Oktober. Nein, es ist wirklich nicht sehr angenehm, in der Regenzeit in Bangkok zu sein.

Vom Hotelfenster aus sind eine breite Straße und Hinterhöfe mit windschiefen, vom Regen schwarz scheinenden Bauten zu sehen. Über die Scheiben rinnt es wie Tränen. Die Rinnsale fließen auseinander, das heißt, daß der Wind seine Richtung gewechselt hat. Jetzt klatscht der Guß schräg gegen die Balkontür. Unten, auf dem Gehsteig, wandeln wie von selbst schwarze Schirme. Vom 5. Stock aus scheinen sie unsichtbaren Schemen zu gehören. Geht man jetzt hinaus, so bietet einem der Portier bestimmt auch einen Schirm an. In Thailand trägt man keine Regenmäntel, dazu ist es zu heiß. Nur die Fahrer der dreirädrigen Pedicabs, der Samlos, haben Überwürfe aus getrocknetem Gras. Erstens haben sie keine Hand für einen Schirm frei, und zweitens haben sie kein Geld, sich einen zu kaufen. Der Grasüberwurf kostet sehr wenig.

Der Regen macht besonders den ausländischen Touristen zu schaffen. Der Himmel ist bewölkt, knipsen kann man nicht; die Sachen schimmeln schnell, Schuhe und Ledergürtel werden grün, bei den Damen geraten die modischen Frisuren in Unordnung und bilden sich verdächtige blauschwarze Rinnsale unter den Augen.

Aber auch in der Regenzeit guckt einmal die Sonne durch die Wolken, läßt Pfützen, Bäche und Klongs verdunsten.

Die Klongs in Bangkok sind Kanäle. Jemand kam einmal auf die Idee, Bangkok das orientalische Venedig zu nennen, und seitdem heißt es so in allen Reiseführern, die Bezeichnung wandert aus einem Thailandbuch ins andere. Der Vergleich stimmt aber nicht recht. Erstens gibt es viele solche Venedigs in verschiedenen Staaten Asiens, z. B. Srinagar in dem indischen Bundesstaat Dschammu und Kaschmir oder Jesselton auf Nordkalimantan. Außerdem bespülen die Klongs in Bangkok nicht die Mauern alter Paläste, sondern fließen an elenden Hütten ohne Fenster und Türen vorbei. Auch Gondeln gibt es hier nicht, sondern nur schmutzige Hausboote, in denen die Bewohner geboren werden, Kinder großziehen, altern und sterben. Das nackte Elend dieser Behausungen wird noch betont durch die aufgehängten schmutzigen Lumpen und löcherigen Matten. In den Hausbooten sieht man magere Kinder und ihre halbnackten Eltern, und sie sind nicht deshalb so dürrig gekleidet, weil hier Tropenhitze herrscht und man mit einem zerschlissenen Lendentuch auskommen kann. Die Leute haben einfach kein Geld für Kleidung, auch nicht für ausreichende Ernährung und ein anständiges Obdach.

Die Gesundheitspolizei hat schon mehrmals ihr Urteil über die Stadtkanäle gefällt. Aber ehe man sie zuschüttet, muß man für Tausende von Familien Wohnung beschaffen. Die Stadtbehörden mit ihrem schmalen Säckel und ihrem Widerwillen dagegen, etwas für die armen Leute zu tun, haben sich an der Angelegenheit lange vorbeigedrückt. In gewissem Grade mußten sie schließlich doch nachgeben. In den letzten beiden Jahrzehnten mußten sie einen Teil der Klongs zuschütten, Brücken abtragen und Straßen ebnen, verbreitern und pflastern lassen. Im Grunde genommen

haben diese Arbeiten im Stadtmaßstab erst begonnen. Skeptiker sagen, und nicht ohne Grund, daß man sie nie beenden wird.

Wir gehen die Klong-ong-ang-Straße entlang. Auch in ihrem Namen kommt das Wort Klong vor, die Straße ist an der rechten Seite einem mit grünem Schimmel bedeckten Kanal zugewandt. Kleine Läden dicht nebeneinander, überall Straßenhändler mit Bauchläden. Man kann hier einen Taschenkamm, Socken, einen Riemen für die Uhr oder einen japanischen Transistor kaufen. Auch kann man hier beliebiges Geld in thailändische Bahts oder umkehrt diese in Dollars, Pfund, Franken und Mark unwechseln. Schmuck aus thailändischem Altsilber, goldene Armspangen, Ringe, Edel- und Halbedelsteine, Schnüre echter und künstlicher Perlen liegen auf den Ladentischen und schillern unter den flinken Fingern der Händler wie kleine Regenbogen. Nephrit, Bronze, Elfenbein, Porzellan und was nicht noch alles!

Die Sonne leuchtet grell und spiegelt sich in dem wie öligen Kanalwasser. Lautlos gleiten Boote vorbei, beladen mit gelbem Seesand. Sie haben großen Tiefgang, das Bord ist fast in Höhe des Wasserspiegels. Auch Sand ist Ware, jemand hat ihn verkauft, jemand hat ihn gekauft. Wahrscheinlich wird irgendwo im Zentrum ein Wohnhaus oder ein Hotel gebaut. Der Sand wird auf dem Wasser befördert. Ebenso wie in alten Zeiten sind die Klongs noch heute Verkehrsadern der Stadt.

Bangkok wurde 1769 die Hauptstadt von Thailand. Bis 1864 hatte es praktisch keine anderen Straßen als den Fluß Chao Phraya und viele hundert kleine Klongs, ein verworrenes Netz, das das ganze Stadtgebiet überzog. Die Klongs, die am Fluß ihren Anfang nahmen, endeten irgendwo weit jenseits der Stadt auf Reisfeldern und mündeten in andere Flüsse oder in Bäche.

In alten Zeiten nannte man den Weg auf dem Festland, der Bangkok mit der Welt verband, die Elefantenstraße. Auf ihr bewegten sich Karawanen von Elefanten, beladen mit Waren. Zu Anfang des vorigen Jahrhunderts, als Thailand

Handelsbeziehungen zu Staaten Europas anknüpfte, begann sich die Stadt zu verändern. Die ersten Europäer suchten sich für ihre Villen das linke Ufer des Chao Phraya aus, u. zw. eine Stelle, an der die Elefantenstraße vorbeiführte. Sie nannten ihre Villenstraße New Road, Neue Straße. Die Elefanten machten den europäischen Kutschen und die kleinen Läden und Bambushütten den steinernen Villen Platz. Etwas verändert, ist die Straße noch heute da. Sie gilt als die Geschäftsstraße des modernen Bangkoks. Dort stehen uralte Tempel mit vergoldeten Dächern im Schatten der Wolkenkratzer von Handelsfirmen, Banken und Hotels.

Die Architektur der Stadt ist ganz verschieden. Planvoll ist dort wohl nie gebaut worden. Unternehmer, Hoteliers und Firmen kauften sich Grundstücke und machten damit, was sie wollten. So ist vor kurzem das Rama-Hotel an den amerikanischen Hotelkonzern Hilton übergegangen, und die Zeitungen schrieben, daß demnächst an den alten Bau ein 20geschossiger Wolkenkratzer angebaut werden soll.

Interessant an den Europäervierteln ist die historische Patpong-Straße. 1939 kaufte der Bangkok-Geschäftsmann Patpongpanip auf einer Auktion für 20 000 Dollar ein Stück sumpfiges Ödland, 150 Meter lang, zwischen zwei großen Straßen, der Suriwong und der Silom. Etwa 15 Jahre später beschloß sein Sohn Udom, der von einer Reise durch westliche Länder zurückkam, auf diesem Grundstück zu bauen. Erst ließ er 150 Meter Straße asphaltieren, dann zu beiden Seiten moderne Gebäude bauen, und er rechnete damit, sie an ausländische Geschäftsleute zu verpachten. Jetzt stehen in der Patpong-Straße dichtgedrängt die Häuser ausländischer Firmen und Luftfahrtgesellschaften, ferner Hotels und Restaurants. Der vor 25 Jahren für 20 000 Dollar erworbene Sumpf wird jetzt auf 5 Millionen Dollar geschätzt.

Nicht weit von dieser pompösen Straße befinden sich Elendsviertel, wo es weder elektrisches Licht noch Wasserleitung und Kanalisation gibt. Noch jetzt

holt man Trinkwasser aus artesischen Brunnen, gießt es in große Flaschen und fährt damit durch die Armenviertel, um es zu verkaufen. Eine französische Firma bekam einen Kontrakt über den Bau einer Drainage-, Wasserleitungs- und Kanalisationsanlage in Bangkok. Sie bekam ihn, weil sie der Frau des damaligen Ministerpräsidenten 18 Millionen Dollar Bestechung zahlte. Die von Bauunternehmern ausgeführten Arbeiten waren aber so schlecht, daß sehr bald die Rohre platzten, die vom Zentrum her nur einige Kilometer weit gelegt worden waren. Ganze Bezirke hatten kein Trinkwasser, manche Straßen waren vom Unrat überschwemmt.

Es wurde festgestellt, daß die Firma die alten, schlechten Rohre nur rings um die großen Hotels und die Regierungsgebäude ausgewechselt, aber in den Randbezirken die Kanalisations- und Wasserleitungsrohre nicht angerührt hatte. Die alten Rohre hielten den erhöhten Druck nicht aus. Die Beamten, die für den Abschluß des Kontrakts verantwortlich waren, kamen mit einem gelinden Schreck davon. Die ausländische Firma aber wälzte die Schuld auf die ungewissenhaften Bauunternehmer ab. Irgendwie flickte man die Rohre, der Tropenregen schwemmte den Unrat von den Straßen weg, die Firma rückte mit noch einer Bestechung heraus, und das Gericht stellte das „Kanalisationsverfahren“ ein.

Ein Bezirk in Bangkok heißt Thonburi. Die Einwohner sagen, wer nicht in Thonburi gewesen sei, der habe Bangkok nicht gesehen.

Der Bezirk liegt am rechten Ufer des Chao Phraya, wo dieser zwei Windungen hat. Das Viertel ist ein Labyrinth enger, krummer Gäßchen, die sich nach allen Richtungen hinziehen und einander überschneiden. Nur mit Mühe kommt ein Wagen durch das Gewirr der hölzernen Pfahlbauten. Am Steuer muß man immerfort aufpassen, daß man nicht zufällig unter einen Pfahlbau gerät, wo Hühner, Vieh und riesige Tongefäße, Djas, mit Trinkwasser gehalten werden.

In der Polizeichronik der Bangkok-Zeitungen liest man oft den Namen

Thonburi. Raubüberfälle und Brände haben das Elendsviertel traurig berühmt gemacht. Wir haben selbst einen großen Brand gesehen, der fast eine ganze Straße vernichtete und etwa 300 Personen obdachlos machte. Von einer modernen Feuerwehr war gar keine Rede, die Leute versuchten, dem Brand mit Eimern und langen Stangen beizukommen. Natürlich gibt es in der Stadt eine Feuerwehr, aber kein Löschwagen kann durch die engen, gewundenen Straßen von Thonburi fahren.

In diesem Viertel wacht man früh auf und legt sich sehr spät, erst nach Mitternacht, zur Ruhe. Die Leute treiben Handel, bereiten ihr Essen zu, waschen sich und verrichten ihre Notdurft vor den Augen der Passanten. Die Enge ist erschreckend. Nachbarn können sich, ohne laut zu sprechen, über die Straße unterhalten. Der Schuster weiß, was für Fisch es heute beim Barbier zu Mittag gibt, und der Gemüsehändler findet ohne weiteres ein Haus, wo der Kohl zur Neige gegangen ist. Alles steht offen, so daß man hineinsehen kann.

Thonburi braust wie ein aufgestörter Bienenstock. Über den regengeschwärzten Häusern hängen die scharfen Düfte der Gewürze. Geschickt zwischen Passanten und Radfahrern lavierend, geht federnd ein Straßenhändler mit Süßigkeiten, die Tragstange über den Schultern, an der Körbe mit kandierten Südfrüchten — in Stückchen geschnittenen Papayas, Ananas und Mangofrüchten — hängen. Zwei Frauen schieben einen Karren mit Holzkohle. Ihre müden, ausgemergelten Gesichter sind von Kohlenstaub schwarz, und man hat den Eindruck, als sähen sie nichts als den schweren schwarzen Kasten auf Rädern und das Pflaster.

Bis Mittag ist es noch weit, aber die Sonne brennt schon unbarmherzig. In Thonburi ziehen buddhistische Mönche mit kahrlasierten Köpfen und hellorange Umwürfen von Haus zu Haus, von Tempel zu Tempel. Nach thailändischer Sitte muß jeder Junge mindestens für sieben Tage ins Kloster. Vor den Mönchen haben alle Ehrfurcht. In Thailand ist der Buddhismus die

Staatsreligion, und nach der Landestradi-
tion ist der König das Oberhaupt der
buddhistischen Kirche, also geheiligt.

Aus Thonburi kehren wir wieder ins
Zentrum zurück und betreten ein Café.
Von seiner offenen Veranda aus sieht
man einen abgerundeten Platz mit dem
Monument der Demokratie, einem Denk-
mal von origineller Form. Es ähnelt ries-
igen Blütenblättern einer steinernen
Knospe. Zum Andenken an die bürger-
liche Revolution von 1932 aufgestellt,
sollte es eine frohe Zukunft versinnbild-
lichen. Seitdem sind aber schon fast 40
Jahre vergangen, und die Thailänder
sagen beim Anblick des Monuments
spöttisch: „Unter diesem Stein liegen
alle unsere Freiheiten begraben.“

Thailand ist das einzige Land Südost-
asiens, das niemals zur Kolonie herabge-
würdigt war. Aber schon bei flüchtiger
Bekannschaft merkt man, wie es von
den USA geknechtet wird.

Im Jahre 1950 bekam Thailand das
erste Dollaralmosen. Zurückzahlen konn-

te es die Summe nicht in Südfüchten,
sondern mußte dafür Soldatenblut ge-
ben. Thailand unterstützte die Aggres-
sion der USA in Korea.

Später mußte es für ein neues Dollar-
almosen der SEATO beitreten und mit
den USA ein militärisches Zweierabkom-
men schließen. Um den wahren Zweck
dieses Abkommens zu bemänteln, rede-
te Washington den Staatsmännern
Thailands ein, daß ihr Land von einem
Einfall aus Laos bedroht sei. Im Jahre
1962 ließen die USA in Thailand 5000
Soldaten einmarschieren. Der Anfang
war gemacht. Seitdem hat das Pentagon
Thailand allmählich in seinen südost-
asiatischen Flugzeugträger verwandelt.

Im Dezember 1963 starb Ministerprä-
sident Sarit Thanarat. Seine Diktator-
methoden und seine Abmachungen mit
dem amerikanischen Militärklüngel hat-
ten die Atmosphäre im Lande erhitzt.
Die Gefängnisse waren überfüllt, das
Volk lebte in ständiger Angst davor,
was der morgige Tag bringen würde.

Die neue Regierung, deren Chef Feld-
marschall Thanom Kittikachorn wurde,
mußte aus Furcht vor einem Ausbruch
erklären, daß sie einen anderen Kurs
steuern würde, und sie mußte eine Ga-
rantie für demokratische Freiheiten ver-
sprechen. Manches in diesem Sinne wur-
de auch getan. Für die Politik und die
Wirtschaft sind aber immer noch die
Extremrechten bestimmend. Nach wie
vor wird das drakonische „Antikommun-
stengesetz“ angewandt, das der Poli-
zei und den Straforganen unbegrenzte
Befugnisse erteilt. Unter dem Vorwand
einer kommunistischen Gefahr behaup-
ten die Gegner einer Verfassung, daß
Thailand „für das parlamentarische Sys-
tem noch nicht reif“ sei.

Einsam steht auf dem Platz das Monu-
ment der Demokratie und wirft seinen
schwarzen Schatten auf die vorbeifah-
renden Wagen. Von dort aus führt die
breite Radjadamneon Avenue nach
Nordwesten bis zu einem anderen Platz,
auf dem sich der Marmorbau des thail-
ändischen Parlaments erhebt. Blendend
leuchten die weißen Mauern und spie-
geln die Sonne wider. Über der hohen
Mittelkuppel schwebt ein Adler. Der
Rasen ringsum ist aber schon lange
nicht geschoren worden, und vor dem
Parlament parken keine Wagen. Ein
Tropenstrauch hat, zum Licht drängend,
den Asphalt gesprengt. Vor dem eiser-
nen Gittertor hängt ein rostiges Schloß.

Wie wenig gleicht diese Vernach-
lässigung und Ödnis dem regen Le-
ben und Treiben im Flughafen von Bang-
kok! In diesem Gebäude ruhen sich in
Polstersesseln amerikanische Militärflie-
ger nach Einsätzen in Vietnam aus. Hier
befindet sich auch das Büro des Chefin-
tendanten der Luftstreitkräfte der USA.
Er empfängt die „Boys“, weist ihnen
Zimmer in Hotels von Bangkok nach
und stellt ihnen Wagen zur Verfügung.
Gummikauend rasen sie wie verrückt
am Monument der Demokratie und an
dem verödeten weißen Marmorparla-
ment vorbei zu Nachtclubs, Kneipen
und Bars.

Mit kreischenden Bremsen halten die
Taxis mit den neuen Gästen vor den
Hotels. Für andere Ankömmlinge sind
da gewöhnlich keine Zimmer frei, alle
sind für amerikanisches Militär vorbe-
stellt. Die Amis amüsieren sich und ru-
hen von ihren Schandtaten in Vietnam
aus. Tüchtige Geschäftsleute renovieren
in Eile alte Herbergen, geben ihnen
schmissige Namen und vermieten die
Räume.

Nachdem sie sich ausgetobt und voll-
gesoffen haben, rasen die Yankees am
übernächsten Tag, am dritten Tag oder
nach einer Woche wieder die Chaussee
entlang, diesmal in Richtung Flughafen.

*sein klägliches Dasein als einen persön-
lichen Mißerfolg, als einen Mißerfolg
im Konkurrenzkampf, der das Wesen
des kapitalistischen Systems ist. Man
sieht immer noch nicht ein, daß das Sys-
tem selbst an der Dürftigkeit der
Existenz schuld ist. Was hat man schon
von materieller Befriedigung, wenn
diese kein persönliches Glücksgefühl
auslöst?*

*Sollte es dem Kapitalismus sogar ge-
lingen, alle seine Probleme zu lösen
und wirtschaftliche Schwierigkeiten zu
überwinden, so könnte er der Persön-
lichkeit nur das Gebrechen der patholo-
gischen Superkonkurrenz und der
Habgier bieten, ein Gebrechen, das
Liebe und Zufriedenheit aus dem Her-
zen bannt. Er kann nur Leiden bringen.
Der Kommunismus jedoch wird Hirne
und Herzen erobern, denn nur er ver-
mag die Menschen restlos glücklich zu
machen.*

Bernard Galitz
New York, USA

Leserbriefe

DAS WESEN DES SYSTEMS

*Heute, da sowohl der Kapitalismus als
auch der Sozialismus in verschiedenen
Ländern bestrebt sind, ihre Produktiv-
kräfte maximal zu entwickeln, sehen
sich die Menschen immer häufiger und
heftiger vor die Notwendigkeit gestellt,
ihre Wahl zwischen dem einen und dem
anderen System zu treffen. Die Frage
ist, welches dieser Systeme die Bedürf-
nisse der Menschen am besten zu be-
friedigen vermag.*

*Wachsende Unsicherheit und geistige
Spannung ist der Preis, den die unter
den Verhältnissen des Kapitalismus le-
benden Menschen für ihr Wohlergehen
zahlen müssen. Der Konkurrenzgeist
wächst und bemächtigt sich der Seelen.
In unserem Lande erreichen die Fälle
von Nerven- und Geisteskrankheiten
astronomische Ziffern. Alle Amerikaner
sind wohl in dem einen oder anderen
Grade unausgeglichen. Seltsamer-
weise betrachtet man immer noch*

J. NEMTSCHINSKI

Die Front im Dschungel

Eine kleine, zierliche Frau, Balzac-For-
scherin, Verfasserin eines Buchs
über den ukrainischen Dichter Schew-
tschenko: so kannten wir die polnische
Schriftstellerin Monika Warnenska, und
nur mit Mühe können wir uns vorstel-
len, wie sie sich in der schwarzen
Tracht des südvietnamesischen Bauern,
eine Pistole am Gürtel, den Weg durch
das südvietnamesische Dschungel bahnt.
Was sie dabei erlebte, schilderte sie in
ihrem ausgezeichneten Buch „Die Front
im Dschungel“ (Volksverlag, War-
schau 1967).

M. Warnenska war dreimal in Viet-
nam: in dem für die Demokratische Re-
publik Vietnam noch friedlichen Jahr
1962, gleich am Anfang der Eskalation
1965 und Anfang dieses Jahres. Inge-
samt verbrachte sie fast anderthalb
Jahre in Vietnam, davon über zwei Mo-
nate in seinem südlichen Teil. Die
Schriftstellerin legte Hunderte Kilome-
ter in den befreiten Zonen zurück,
sprach mit Nguyen Huu Tho, dem
Präsidenten des ZK der Na-
tionalen Befreiungsfront Südvietnams,
und mit der Heldin des vietnamesischen
Volkes Nguyen Thi Dinh, der Stellver-
treterin des Oberbefehlshabers der Be-
freiungsarmee, hatte Begegnungen mit
Bauern, Soldaten und Partisanen.

Nun liegt Monika Warnenskas Buch
vor uns, ein mit leidenschaftlicher An-
teilnahme geschriebenes Werk, das mit
jeder Zeile die Barbarei und die Ver-
brechen des amerikanischen Militärklün-
gels anprangert, ein objektives Zeug-
nis, ein literarischer Rechenschaftsbe-
richt darüber, was sie gesehen und ge-
hört, was ihr Herz erbeben ließ.

Die Seiten, die von den Bestialitäten
der USA-Aggressoren im Süden handeln,
die Fotos, auf denen die Ruinen von
Vinh Linh, Hon Gay, Vinh, Dong Hoi
und vielen anderen Städten und Dör-
fern des Nordens starren, appellieren
an das Gewissen und die Vernunft der
Menschheit, rufen sie auf, sich zusam-
menzuschließen, um dem barbarischen
Krieg ein Ende zu bereiten.

Die Stadt Hoa Binh im Norden, deren
Name „Friede“ bedeutet, wurde von
amerikanischen Fliegern viele Male
bombardiert. Wenn es jetzt auch keinen
Frieden in Hoa Binh gibt, schreibt Mo-
nika Warnenska, so ist der Gedanke an
ihn nicht zu töten, denn er beseelt je-
den Vietnamesen. Die Menschen in

Vietnam kämpfen um Frieden für ihr
Land, für ihre Kinder. Und sie wissen,
daß der Frieden nicht durch die Preis-
gabe von Freiheit und Unabhängigkeit
herbeizuführen ist. Aus ihren Gesprä-
chen mit Vertretern verschiedener Be-
völkerungsschichten im Norden wie im
Süden zieht M. Warnenska die Schluß-
folgerung, daß sie alle einig sind in
ihrer Forderung: die Amerikaner, die
als Aggressoren und Eroberer gekom-
men sind, dürfen nicht auf vietnamesi-
schem Boden bleiben, sie müssen ab-
ziehen, u. zw. dorthin, wo sie hergekom-
men sind!

„Die Amerikaner irren sich, wenn sie
meinen, daß man uns einschüchtern
kann“, sagte mir Truong Thanh vom
Parteikomitee in Nam Dinh. „Wissen
Sie, wie oft sie die Dämme, Wehre und
andere Bewässerungsanlagen hier bom-
bardiert haben? Zweihundertfünfzigmal! Die
amerikanischen Flieger werfen Tag und
Nacht ihre Bomben ab, wir aber stellen
das Zerstörte sofort wieder her... Au-
ßerdem legen wir Ausweichstraßen an.
Versucht der Gegner, den Verkehr auf
einer Straße zu unterbinden, so benut-

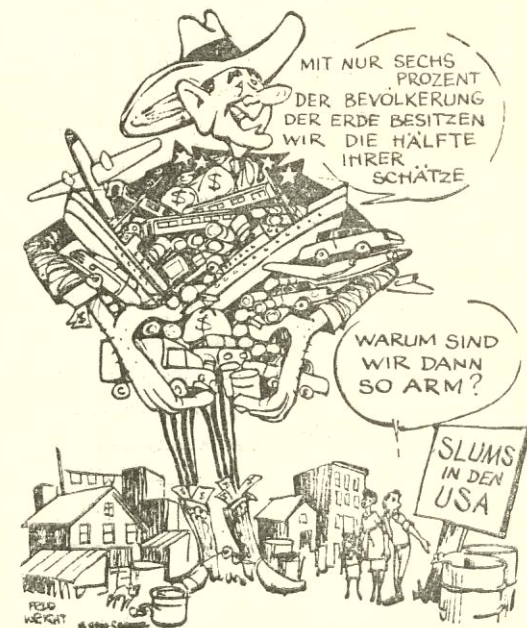
BÜCHERSCHAU

Monika WARNENSKA. „Front
w dżungli“.

Ludowa Spółdzielnia Wydaw-
nicza, Warszawa, 1967.

zen unsere Fahrzeuge eine andere, die
zwar nicht so gut und nur provisorisch
ist, sich aber für den Transport der
verschiedensten Frachten eignet. Die
ganze Bevölkerung betrachtet das als
ihre Aufgabe, den Straßenarbeitern hel-
fen die Bauern und ihre Angehörigen;
selbst Greise tun mit, grauhaarige Fra-
uen bringen den Arbeitenden Wasser,
Reis und Obst. Kurz, unsere Straßen
sind für unsere Fahrzeuge stets befahr-
bar. Das bedeutet aber auch, daß wir
die Dörfer mit Düngemitteln versorgen
können, damit die Bauern eine gute
Ernte erzielen und so dem Aufruf der
Partei nachkommen können, 5 Tonnen
Reis pro Hektar einzubringen.“

Eindrucksvoll schildert die Verfasse-
rin, wie selbstlos die vietnamesischen
Arbeiter, Bauern und Intellektuellen ar-
beiten. Viele Städte und Dörfer sind
zerstört, Schulen und Krankenhäuser
niedergebrannt worden. Doch das Leben
geht im Dschungel weiter. Unter der
Erde, in Stollen und Höhlen funk-
tionieren Betriebe, Schulen und Lazarette,
Kindergärten und -krippen. Hier die



Fred Wright, U.S. News Service

Schilderung einer Kinderkrippe in Vinh Linh:

„Das ist ein sich nach und nach vertiefender Stollen an einem Abhang. In vielen Metern Tiefe zeigten mir die Erzieherinnen die ‚Einrichtung‘ ihrer Anstalt. Im trüben Licht kleiner Petroleumlampen sah ich in einem engen quadratförmigen Raum mehrere lange, aus Bambusstäben zusammengefügte Fahrgestelle mit Holzrädern. An den Längslatten, die den Rahmen eines solchen Fahrgestells bilden, hingen Korbwiegen, in denen, von Moskitonetzen geschützt, sorgsam gewickelte Säuglinge lagen. Bei Luftalarm werden diese

Gestelle in die Tiefe des Stollens geschoben, nach der Entwarnung aber zu einer engen Luke, durch die von oben frische Luft kommt.

Schauder, Schmerz und zorniger Haß auf den Aggressor erfassen jeden beim Anblick dieser winzigen Wesen, die, kaum ins Leben getreten, der normalen Daseinsbedingungen beraubt sind. Selbst wir Polen, die wir das ganze Grauen der hitlerischen ‚Neuordnung‘ zu spüren bekamen, hatten nicht so schwer unter dem Krieg und der Okkupation zu leiden wie die Großen und Kleinen in dieser unterirdischen Kinderkrippe... Man sollte amerikanische Mütter her-

bringen, ihnen all das zeigen und sie fragen: ‚Versteht ihr, was eure Männer, Brüder und Söhne angerichtet haben? Könnt ihr den Kummer und das Leid der vietnamesischen Mütter ermessen? Wenn ja — warum tut ihr so wenig, um diesem gemeinen Krieg ein Ende zu machen?‘

Der Odem des Todes verschont auch die kleinsten Vietnamesen nicht: Spreng-, Napalm- und Kugelbomben machen keinen Unterschied zwischen alt und jung.

Monika Warneńskas Buch bezeugt es: Der Krieg in Vietnam ist eine Schmach Amerikas.

August 1967

6. Der Ministerrat des Irak bestätigt ein „Gesetz über die Ausbeutung der Erdölvorkommen“. Alle Rechte auf Erdölschürfung und -gewinnung im Irak werden der irakischen Erdölgesellschaft übertragen.

7. Auf Mauritius, einer britischen Kolonie im Indischen Ozean, finden Wahlen zur Gesetzgebenden Versammlung statt. Den Sieg erzielt die Labourpartei von Ministerpräsident Seewoosagur Ramgoolam.

8. Abschluß des viertägigen Besuchs einer bulgarischen Regierungsdelegation im Irak. Das unterzeichnete Abkommen sieht wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit und eine Anleihe an den Irak vor.

8. Auf dem Versuchsgelände in Nevada wird die 17. unterirdische Kernexplosion dieses Jahres (ca. 20 Kilotonnen) ausgelöst.

9. Hanoi. Das Komitee für die Feier des 50. Jahrestags der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution bestätigt einen Plan entsprechender Maßnahmen.

9. In Peking kommt es vor der Botschaft der Mongolischen Volksrepublik zu einer antimongolischen Demonstration von Mao-Trupplern, die die Botschaft demolieren.

9.—10. In Jerusalem konferieren hinter verschlossenen Türen 60 Großindustrielle und Bankiers aus 14 Ländern über Finanzhilfe an Israel.

10. In Paris wird der Beschluß der französischen Regierung bekanntgegeben, sich dem Vertrag über die der Tätigkeit der Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums zugrunde liegenden Prinzipien anzuschließen.

CHRONIK

9. In Ulan Bator wird eine Protesterklärung der mongolischen Regierung gegen die antimongolische Hetze in Peking veröffentlicht.

9. Libyen und die USA beginnen Verhandlungen über die Auflösung der amerikanischen Fliegerstützpunkte in Tripolis und Wheelus.

9. In Kuangtschou (Kanton) kommt es zu heftigen Zusammenstößen zwischen Mao-Trupplern und Arbeitern: ungefähr 500 Tote und Verwundete.

9. In Havanna schließt die erste Konferenz der Lateinamerikanischen Solidaritätsorganisation nach Annahme ihrer Satzung.

9. Der interimistische Staatspräsident von Indonesien, General Suharto, billigt die Gründung einer neuen Partei, der Moslempartei Indonesiens.

10.—12. In Damaskus finden Gespräche zwischen dem Präsidenten des Irak, Aref, und dem syrischen Staatschef Atassi statt.

10.—13. In Kairo weilt auf Einladung Präsident Nassers der jugoslawische Staatspräsident Josip Broz Tito.

11. Der Chef der militärischen Bundesregierung Nigerias, Generalmajor Yakubu Gowon, befiehlt dem Heer, der Luftwaffe und der Marine totale Kampfhandlungen gegen die Ostregion, die sich von Nigeria abgespalten hat.

9. Die Sowjetregierung protestiert in Peking energisch gegen die rechtswidrige Festhaltung des sowjetischen Schiffes „Swirsk“ im Hafen von Dalny.

9. Abschluß eines dreitägigen offiziell-

len Besuchs des italienischen Außenministers Fanfani in Rumänien.

9. Der bekannte Negerführer, Nobelpreisträger Martin Luther King kündigt eine Landeskampagne der amerikanischen Friedensfreunde für eine Umfrage in den USA über den Vietnamkrieg.

12. A. N. Kossygin richtet an den Premier des Staatsrates der VR China, Tschou En-lai, ein Protesttelegramm gegen den Banditenüberfall auf das sowjetische Motorschiff „Swirsk“ im Hafen von Dalny.

12.—14. In Amman hält sich auf Einladung König Hussein von Jordanien der irakische Präsident Abdel Rahman Aref zu einem offiziellen Besuch auf. Sie erörtern die Situation im Nahen Osten nach der israelischen Aggression; Aref besichtigt die irakischen Truppen in Jordanien.

13. In den USA trifft Bundeskanzler Kiesinger ein zu Verhandlungen mit Präsident Johnson, Staatssekretär Rusk, Verteidigungsminister McNamara und Finanzminister Fowler.

9. Das amerikanische Arbeitsministerium gibt bekannt, daß in der ersten Jahreshälfte 1967 in den USA mehr Streiks stattfanden als in jeder anderen Jahreshälfte der letzten 15 Jahre: 2600 Ausstände mit 1 280 000 Streikenden.

13.—14. In Damaskus finden Verhandlungen zwischen dem jugoslawischen Staatspräsidenten Josip Broz-Tito und dem syrischen Staatschef Nureddin Atassi statt.

15. Auf der Weltausstellung in Montreal findet der Nationaltag der UdSSR statt. In Kanada trifft eine vom Ersten Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, D. S. Poljanski, geführte sowjetische Delegation ein.

Redaktion: Moskau K-6,

Maly Putinkowski

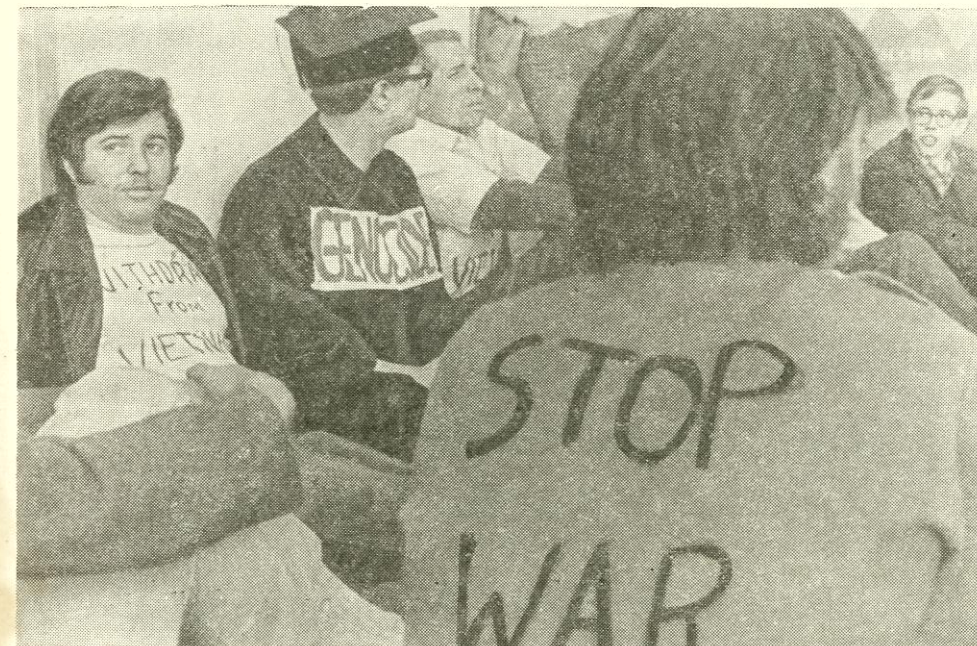
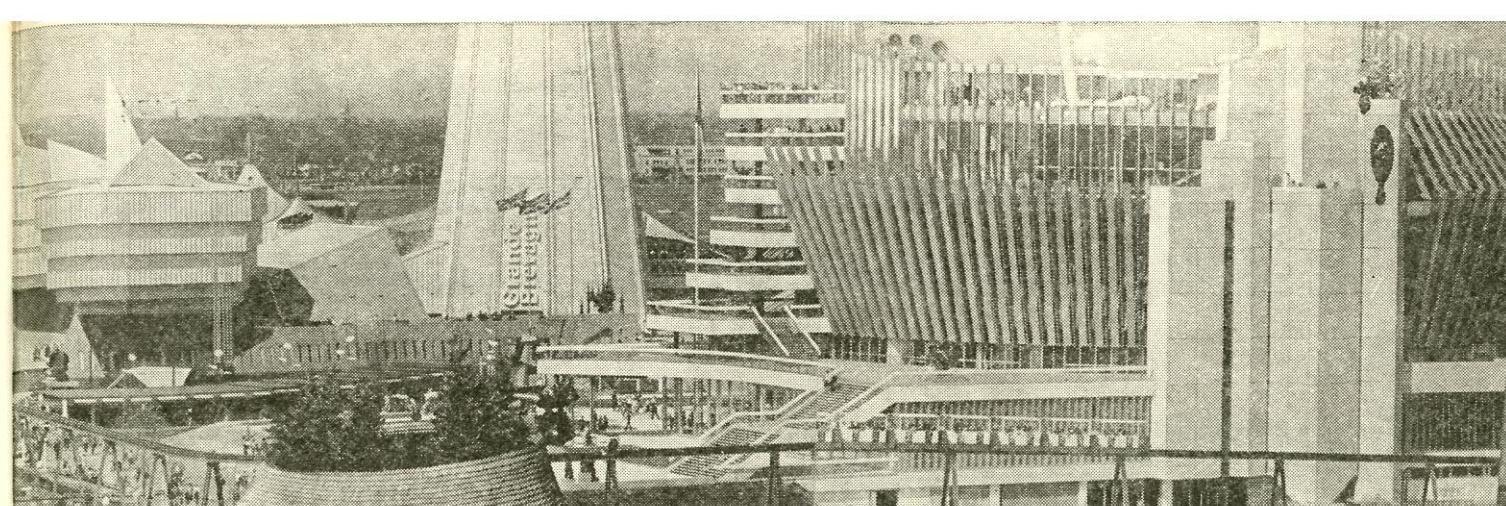
pereulok 1/2

Chefredakteur: Natalja SERGEJEWA

Stellvertretende Chefredakteure: V. Bereshkow, N. Sluzker

Redaktionskollegium: I. Andronow, L. Besymenski, P. Jefimow, M. Kremnjow, I. Trofimowa, D. Wolski

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics



EXPO 67

Gesamtansicht (oben); in der amerikanischen Halle: Studentendemonstration gegen den Krieg in Vietnam (links); „Zwei“, Skulptur von Louis Archambault vor der Kunsthalle; ein Verkehrsmittel auf dem Ausstellungsgelände: ein Pedicab (unten)

